

12/2002

blz

Zeitschrift der GEW BERLIN

56. (71.) Jahrgang
Dezember 2002

Standpunkt
Am starken Ende
anpacken

Schwerpunkt
Kürzungen im
Öffentlichen Dienst

Mete-Ekşi-Fonds
Preisverleihung
2002

Bildungspolitik
Alles schon
vergessen?

PISA
Schulbibliotheken
sind nötig

Diskussion
Seiteneinsteiger
statt ausgebildete
Lehrkräfte?





Titelbild:
Klaus Stuttmann

Übrigens...

Große Empörung in unserer Mitgliedschaft: Der Berliner Senat hat einseitig alle Gespräche mit den Gewerkschaften zum sogenannten Solidarpakt abgebrochen und ein Diktat zur Arbeitszeitverlängerung und zur Lohnkürzung verhängt. Wir hatten andere Erwartungen an einen rot-roten Senat. Die Beschäftigten des Berliner öffentlichen Dienstes sollen nun in Geiselschaft für schlimme Versäumnisse von diversen Bankdowskis genommen werden. Das werden sich unsere Mitglieder nicht gefallen lassen. Die blz hat den Schwerpunkt dieser Ausgaben diesem Thema reserviert.

Es ist wieder so weit: Wir planen die Schwerpunkt- und Titelhemen für das kommende Jahr. Daran möchten wir gerne unsere LeserInnen beteiligen und bitten um Vorschläge. Große Chancen haben Vorschläge, die mit Termin, Autoren und sogar fertigen Artikeln aufwarten.

Weihnachten steht vor der Tür, daher die Farbe rot für unsere Weihnachtsmänner. Die blz-Redaktion ist mit ihren Leserinnen und Lesern zufrieden. Und wie steht es mit der umgekehrten Zufriedenheit? Wir wünschen uns weiterhin die aktive Beteiligung von allen. In diesem Sinne wünschen wir euch allen friedliche Weihnachten und einen guten Start in das kommende Jahr. pit

Impressum

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 € (inkl. Versand).

Redaktion:

Pit Rulff (verantwortlich), Klaus Will (Koordination und Schlussredaktion), Beate Frilling, Bettina Liedtke, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Günter Langer
Redaktionsanschrift: Ahornstr. 5, 10787 Berlin,
Tel. 21 99 93-46, Fax. -49, e-mail: blz@gew-berlin.de

Anzeigen und Verlag:

GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 8 vom 1.1.02

Satz und Layout:

bleifrei Texte + Grafik, Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin,
Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de

Druck:

Gallus Druckerei KG, Gutenbergstr. 3, 10587 Berlin
Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsöffentlichen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

ISSN 0944-3207

12/2002: 23.000

Inhalt

.....	Standpunkt/Leute	3
.....	kurz und bündig	4
.....	post an die redaktion	5

schwerpunkt

Ulrich Thöne	Für eine solidarische Gesellschaft!	6
Klaus Büscher	Solidarpakt geplatzt	8
Ilse Schaad	Dahinter steckt System	9
Ilse Schaad	Ein Dankeschön an die Presse	12
Klaus Will	Wo kommen die Schulden her?	13

Mete-Ekşi-Preis

N.N.	Preisverleihung 2002	14
-----------	-----------------------------------	----

schule

Ruth Garstka	Medienkompetenz in der Schule	16
Karla Werkentin	Alles schon vergessen?	18
Siegfried Arnz	Schuldistanzierte in Berlin	20
Manfred Triebe	Leitbild des LSA	21
Landesvorstand	Reform der gymnasialen Oberstufe	22
Assfalg/Dederer u.a.	Seiteneinsteiger pro & contra	24
Johannes G. Wiese	PISA und die Schulbibliothek	25

recht & tarif

Ilse Schaad	Warnstreikwelle an der DEKRA-Akademie	27
Dost-Ferreira/Rhode	Individuelle Förderung kaum möglich	28
Heike Langenberg	Der Eckrentner	28

gewerkschaft

Hartmut Schurig	Ist die Bildung noch zu retten?	29
Rolf Müller	Pensionäre gründen Nachhilfeverein	29
Ernst Pilz	Seniorentreffen Berlin - Nordrhein-Westfalen	30
Landesvorstand	Bildung ist keine Handelsware	30

service

.....	Theater und Schule, Fortbildung, Materialien	31
-------	---	----

Redaktionsschluss 3/2003: 7. Februar 2003 • Thema: noch offen

Die nächsten Sitzungen der Redaktion: 13. und 19. Februar 2003 jeweils um 18 Uhr
in der Ahornstraße 5, unter dem Dach in Zimmer 47. Gäste sind erwünscht.

Am starken Ende anpacken!

Überall herrscht Krisenstimmung. Wer fragt eigentlich noch nach den Ursachen der Haushaltslöcher oder gar nach den Folgen? Öffentliche Ausgaben werden als Ballast betrachtet und entsprechend die dort Beschäftigten. Im Land scheint sich zunehmend Schizophrenie auszubreiten: Die, die gestern noch nach Reformen im Bildungssystem riefen, protestieren heute lautstark, wenn sie endlich ihrer Steuerpflicht entsprechend der Einkommens- und Vermögenslage nachkommen sollen. Den Arbeitnehmern wird neben Einkommensver-

beitszeit. Es ist auch beim besten Willen nicht mehr vermittelbar, dass Steuergeschenke an Vermögende, hohe Einkommensbezieher und große Unternehmen verteilt werden, die Einnahmen der öffentlichen Haushalte aber ausbluten und anschließend die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dafür aufkommen sollen.

Die GEW ist kompromissbereit, das haben wir in Berlin und in vielen Landesverbänden bewiesen. Aber Kompromisse sind keine Einbahnstra-

standpunkt



Eva-Maria Stange ist Bundesvorsitzende der GEW

zucht eine ständig steigende Einkommenssteuerlast und den Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängern Kürzungen ihrer ohnehin niedrigen Unterstützungen zugemutet. 30 Prozent der 15-jährigen aus Migrationsfamilien verlassen in Berlin die Schule ohne Schulabschluss. Eine „Risiko-Gruppe“, die kaum eine Chance auf eine Berufsausbildung oder einen Existenz sichernden Job hat. Das ist nicht nur ein persönliches Problem, sondern das ist gesellschaftlicher und sozialer Sprengstoff! Doch statt in qualitativ gute Kitas, den Ausbau des Förderunterrichts, die Reduzierung der Gruppengröße, mehr (junge) Pädagogen – schlicht und einfach in gute Bildung zu investieren, setzen die Finanzminister quer durch alle Parteien auch nach PISA den Rotstift ungeniert an.

Beschäftigte im öffentlichen Dienst mit festen (!) Arbeitsplätzen sind sowieso privilegiert. Logisch, dass Ministerpräsidenten endlich auch wie Besitzer maroder Unternehmen handeln wollen: Androhung von Mehrarbeit und Gehaltsverzicht gegen Kündigung. Nichts anderes ist mit der Öffnungsklausel bei der Bundesbesoldung beabsichtigt. Nichts anderes sind die Vorschläge des Berliner Senats zur Ausdehnung der Ar-

ßen. Was wir brauchen ist eine grundlegende Veränderung in der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik, auch um die dringend notwendigen Reformen im Bildungssystem in Gang zu setzen. Es ist kurzfristig notwendig, dass in den öffentlichen Haushalten Bildung oberste Priorität hat. Die Finanzminister sollten endlich dem Vorstoß der EU-Kommissarin für Bildung folgen und Ausgaben für Bildung als Investitionen betrachten. Ein echter Sozial- und Generationenvertrag wäre die (Wieder-)Einführung der Vermögens- und höherer Erbschaftssteuer. 20 Milliarden Euro könnten für eine Bildungsoffensive zur Verfügung stehen. Es gibt Lösungen für die desolate Lage der öffentlichen Haushalte. Man muss nur am starken Ende anpacken und nicht am schwachen. *Eva-Maria Stange*

Ortrud Hagedorn hat für ihr Engagement beim Konfliktlotsen-Projekt das Bundesverdienstkreuz am Bande erhalten. Der LISUM-Mitarbeiterin wurde das Verdienstkreuz in einer Feierstunde von Bildungsminister Klaus Böger am 1. November überreicht. Wir gratulieren! Ortrud Hagedorn ist die Begründerin des Konfliktlotsen-Modells und bildete 1992 an ihrer Schule die ersten sieben Schüler zu Konfliktlotsen aus. Heute beeinflussen in Berlin 1.400 SchülerInnen an 170 Schulen das Schulklima nachhaltig. Erst im letzten Jahr ist die Arbeit der Konfliktlotsen durch die Verleihung des mit 7.500 Mark dotierten Mete-Ekşi-Preis gewürdigt worden.

Wolfgang Benz konnte im Oktober ein Jubiläum feiern: Das von ihm geleitete Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin besteht seit 20 Jahren. Am 9. November 1982 eröffnete der New Yorker Historiker Herbert A. Strauss mit seiner Antrittsvorlesung das Zentrum, 1990 übernahm Wolfgang Benz als Nachfolger von Strauss die Leitung des inzwischen über die Grenzen Deutschlands bekannten Zentrums, dessen Schwerpunkt heute vor allem die Vorurteilsforschung ist.

Karl-Heinz S. führt das Landesschulamt immer noch vor. Im Fall des Steglitzer Lehrers, dem von Eltern, Lehrern und Schülern rechtsradikale Hetze vorgeworfen wird, kommt das LSA im Disziplinarverfahren nicht voran. Jetzt soll es eine amtsärztliche Untersuchung geben. Ob diese tatsächlich zustande kommt, ist aber fraglich, da sich S. dagegen juristisch wehrt. Seit fast zwei Jahren ist S. bei vollem Gehalt vom Dienst suspendiert, weil das LSA nicht in der Lage ist, das Verfahren abzuschließen. Ende September verurteilte das Kammergericht eine Boulevardzeitung zur Zahlung von 6.400 Euro Schmerzensgeld, da sie geschrieben hatte, S. verbreite die Generalstaatsanwaltschaft

in Potsdam entschieden, dass das Buch von S. über die Wehrmachtausstellung keine Volksverhetzung enthalte.

Christoph Stözl ist Berliner CDU-Vorsitzender und studierter Historiker. Zuletzt öffentlichkeitswirksam aufgefallen ist er durch seinen auf einen rot-grünen Wahlsieg gezielten Spruch „Die Deutschen haben immer Unglück gehabt, wenn sie sich irrationalen Stimmungen hingaben oder sich mit Propagandaphrasen in Gang bringen ließen. Das war 1914 so, das große Unglück der Erdrutschwahlen von 1931/32 war so.“ Im Juli 1932 hatten die Nazis die SPD als stärkste Partei überholt. Am 20. Oktober kommt er in seiner wöchentlichen Morgenpost-Kolumne „Notizblock“ ins Grübeln über das deutsche Schulsystem und findet schließlich heraus: „Wir können es uns nicht leisten, inkompetente Mitbürger zu haben.“ Das finden wir auch.

Bernhard Nolz ist von der Stadt Aachen im September mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet worden. Mit Nolz wurde die amerikanische Kongressabgeordnete Barbara Lee ausgezeichnet. Der Siegerlehrer und GEW-Kollege und die amerikanische Abgeordnete wurden für ihr Eintreten gegen Militärschläge nach dem 11. September geehrt. Nolz hatte in seiner Gedenkrede zum 11. September den Schülern u.a. Kriegsdienstverweigerung empfohlen. Er wurde daraufhin vom Dienst suspendiert und dann an eine andere Schule strafversetzt.

Waldemar Klemm ist SPD-Genosse geblieben, aber jetzt für mehrere Jahre ohne Stimmrecht. Ausgeschlossen wurden dagegen seine MitsstreiterInnen, u.a. das GEW-Mitglied Irmtraut Schlosser. Wie im letzten Heft berichtet, hatten die GenossInnen statt den SPD-Kandidaten bei der Bundestagswahl zu unterstützen zur Wahl des Direktkandidaten Christian Ströbele (Bündnis90/Grüne) aufgerufen, was ihnen ein Parteiausschlussverfahren einbrachte.



Foto: Privat

In jedem Alter empfehlenswert: Die blz macht Appetit auf die GEW BERLIN!

Kein Geld für Bildung?

Im öffentlichen Bildungswesen Berlins soll kräftig gespart werden, weil die Stadt pleite ist. Zweifel kommen auf, wenn man liest, dass für Wowereits Abschiedsparty als Bundesratspräsident immerhin 25.000 Euro locker gemacht werden können und der Senat allem Anschein nach für die Privatuniversität „European School of Management and Technology“ 25 Mio. Euro bereitstellt, um damit die Sanierung des ehemaligen Staatsratsgebäudes zu finanzieren. In einer Presseerklärung kritisierte der Vorsitzende der GEW BERLIN, Ulrich Thöne, dass im Bildungsbereich Millionenbeträge gekürzt werden, der Senat aber gleichzeitig „offenbar erhebliche finanzielle Mittel in eine Privatausbildung von 300 Jungmanagern“ schieße. Thöne forderte vom Senat eine unverzügliche Klarstellung, dass Berlin keine weiteren Mittel für die Privatuniversität bereitstelle und verwies auf die Erfahrungen in Bremen, wo sich eine ähnliche Einrichtung als Fass ohne Boden erwiesen habe.

Zehn Jahre fairer Handel

Der Verein zur Förderung des fairen Handels mit der „Dritten Welt“ feierte dieses Jahr sein

zehnjähriges Jubiläum. Das „TransFair“-Siegel sei mittlerweile aus der Nische der Soli-Gruppen heraus und beim Normalverbraucher angekommen. Fast jeder zweite Deutsche kenne heute das Markenzeichen für fair gehandelte Produkte. Mittlerweile schenke auch Bundespräsident Johannes Rau bei Staatsbesuchen fair gehandelten Kaffee und Tee aus. Und engagierte Betriebsräte hätten es geschafft, dass in den VW-Kantinen nur noch TransFair-Kaffee in die Tassen kommt, schreibt die ver.di-Zeitung „Publik“.

Nur noch Schüler

Beginnend mit Ingrid Stahmer wurden vor einigen Jahren nach und nach alle Texte aus der Senatschulverwaltung dahingehend geändert, dass entweder neutrale Bezeichnungen oder die weibliche und männliche Form eingesetzt wurden. Bildungssenator Klaus Böger scheint dies jetzt wieder rückgängig machen zu wollen. In den neuen Ausführungsvorschriften für Schülerausweise ist neben den Regelungen zu „Schülerausweisen in Scheckkartenformat“ vor allem neu, dass es jetzt nur noch Schüler gibt. Da hat sich jemand große Mühe gemacht und immerhin drei-

zehnmal die Schülerinnen gelöscht. Die soll man sich jetzt mitdenken: „Personen- und Funktionsbeschreibungen gelten jeweils in der weiblichen und männlichen Form“. Dummheit, Absicht oder lediglich ein naiver Sparversuch des Hauses Böger? Die Gesamtfrauenvertreterin Monika Dobkowitz bemängelte unverzüglich diesen Unterschlagungsversuch einer nicht unbedeutenden Personengruppe. Eine Antwort des Bildungssenators steht noch aus – oder ist eingespart worden?

Bögers Kunststück bei der Schulpsychologie

Die Schaffung von 15 neuen Stellen für SchulpsychologInnen kündigte Bildungssenator Klaus Böger nach dem Attentat von Erfurt an – und verschwieß dabei großzügig, dass er gerade von den 38,5 bestehenden Stellen für SchulpsychologInnen 26,5 Stellen auf die Streichliste gesetzt hatte – damit verbleibt für jeden Bezirk mal gerade eine Stelle. In einer Presseerklärung vom 24. Oktober weist der Personalrat Mitte-Tiergarten-Wedding darauf hin, dass in seinem Bezirk die Schulpsychologische Beratungsstelle schon heute hoffnungslos überlastet sei: „Seit langem ergeben sich unver-

trebare Wartezeiten, teilweise bis zu mehreren Monaten. Dieser Zustand ist in einem sozialen Brennpunktbezirk wie Mitte schon heute unerträglich. Nicht auszudenken ist die Lage, wenn die Diplompsychologen nun auch noch abgezogen werden, statt die Stellen deutlich aufzustocken.“ Die Ankündigung von 15 neuen Stellen bei gleichzeitiger Streichung von 26,5 Stellen sei „mehr als eine Mogelpackung.“

USA: Mehr Geld für Bildung

Nach einer Studie des „National Center for Public Policy and Higher Education“ vom Sommer dieses Jahres können sich immer weniger US-Bürger eine höhere Bildung leisten, da die Kosten für College und Universität in den letzten Jahren deutlich stärker als die Einkommen gestiegen seien. Für die ärmsten Familien sei der Prozentsatz ihres Einkommens, den sie für ein Jahr Collegeausbildung ausgeben müssen, von 13 auf exorbitante 26 Prozent gestiegen. Aber auch wachsende Teile der Mittelschichten kämen mittlerweile in den Sog der Verschuldung. Diese Zahlen nannte Ingrid Lohmann auf der GEW-Sommerschule in diesem Jahr. Unter dem Titel „Bildung – Ware oder öffentliches Gut?“ warnte sie dort vor einer weitgehenden Privatisierung von Bildung wie es das Dienstleistungsabkommen GATS anstrebe. (Vollständiger Text unter „Publikationen“: www.ingridlohm.de)

Beitragsquittungen 2002

Wir weisen darauf hin, dass die GEW-Beitragsquittung 2002 wie im Jahr zuvor der GEW-Bundeszeitschrift Erziehung & Wissenschaft im Februar beigelegt ist. Die blz erscheint in diesem Monat nicht, da es wegen der Winterferien eine Doppelnummer 1-2 gibt, die im Januar herauskommt.

Drei-Wege-Modell

In der blz 10/02 haben wir auf Seite 16 den Verfasser der Grafik „Das Drei-Wege-Modell der Schulentwicklung“ unterschlagen: Hans-Günter Rolf. Wir bitten um Entschuldigung!

Aufarbeitung des „Generalplan Ost“ an der Humboldt-Universität

Der „blz“ steht es selbstverständlich frei, wissenschaftspolitische Ereignisse durch Autoren ihrer Wahl kommentieren zu lassen. Im Falle der Berichterstattung zum „Generalplan Ost“ wäre mir etwas mehr Sorgfalt allerdings sehr angenehm. Matthias Burchard erhebt in der blz 1/02 den Vorwurf der Unaufrichtigkeit der agrarwissenschaftlichen Fakultät der HU bezüglich der Aufarbeitung ihrer Vorläuferinstitution an diesem genozoiden Projekt und unter „kurz und bündig“ melden Sie fälschlicherweise in der blz 7-8/02, die Fakultät weigere sich, eine von Herrn Burchard zusammengestellte Ausstellung zu diesem Thema zu zeigen. Und dies obwohl von Seiten unserer Fakultät Aktivitäten unternommen werden, die eigentlich in ihrem Sinne sein müssten. Auf Grund permanenter persönlicher Angriffe und Desinformation der Öffentlichkeit von Seiten Herrn Burchards lehnen die Fakultätsleitung und meines Wissens auch die Universitätsleitung gemeinsame Projekte mit Herrn Burchard ab. Auch ich persönlich weigere mich entschieden, die Zustimmung zu den jeweiligen Anliegen und Projekten von Herrn Burchard als Messlatte für eine antifaschistische Grundhaltung zu akzeptieren. NS-Verbrechen, an denen die Universität beteiligt war, werden z.Zt. von einer Arbeitsgruppe des Akademischen Senats der Universität, in der auch unsere Fakultät vertreten ist, bearbeitet. Im Übrigen gibt es an unserer Fakultät schon seit Jahrzehnten eine kritische agrargeschichtliche Forschung (z.B. Prof. Dr. Volker Klemm). Auch Herrn Burchards (m.W. einzige) wissenschaftliche Veröffentlichung zum Thema ist bei uns erschienen.

Prof. Dr. U. Nagel

Dekan der landwirtschaftlich-gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität

(Der Beschluss der Fakultät, die Räume für eine Ausstellung bereit zu stellen, erfolgte nach Redaktionsschluss der Ausgabe.)

Bayerns hohles Gewäsch

Thomas Isensee versäumt in seinem Beitrag zu den PISA-Resultaten in der blz 9/02 darauf hinzuweisen, dass Bayern bei den sogenannten leistungsschwachen Schülern viel schlechter abschneiden würde, wenn nicht die Studie absichtlich verfälscht worden wäre. Ich will den Wert seiner richtigen Aussagen zur bayerischen Bildungspolitik nicht schmälern. Ich fände es aber wichtig, dem Fachpublikum der blz die Kritik des Prof. Klemm zu unterbreiten. Was seine Analyse zur „bayerischen Kulturpolitik“ ebenfalls ergänzungswürdig macht, ist die Tatsache, dass Bayern jedes Jahr über 2000 Akademiker aus anderen Bundesländern importieren muss. Die große Klappe, die die bayerischen Regierungs- und Kulturpolitiker zeigen, muss für die Leser der blz als hohles Gewäsch erkannt werden. Dazu muss die blz ihren Beitrag leisten. Es muss in den bildungspolitischen Diskussionen klar werden, dass Bayern seine „guten“ Ergebnisse nur erreichen konnte, indem es bewusst täuscht und auf Kosten der anderen Bundesländer seine menschenwürdige Auslese betreibt.

Anton Kulmus

„Fortschritte“ des LSA

Mit Interesse hat der Personalrat beim Landesschulamt als Personalvertretung für die Verwaltungsdienstkräfte des LSA euer Interview mit dem Leiter des Landesschulamtes, Herrn Ludger Pieper, in der blz-Ausgabe 10/02 zur Kenntnis genommen. Den interessierten LeserInnen wird der Eindruck vermittelt, dass das Landesschulamt als Verwaltungsbehörde in den letzten zwei Jahren (wohl unter Anwesenheit von Herrn Pieper als Leiter) zu olympischer Form aufgelaufen ist. Unabhängig von organisatorischen Veränderungen, welche die verwaltungsinternen Arbeitsabläufe in einer der Hauptaufgaben des Landesschulamtes, der LehrerInnenversorgung der Berliner Schule, gestrafft haben, stellen wir seit dem Amtsantritt

von Herrn Pieper auch andere „Fortschritte“ fest. Von etlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Dienstbehörde Landesschulamt wird das Führungsverhalten des Leiters als problematisch und belastend angesehen. Insofern verwundert es uns nicht, dass viele kritische Stimmen zu eurem Interview direkt aus der Behörde gekommen sind. Wir können nur hoffen, dass die Zahl der Leserbriefe aus der Verwaltungsbehörde zu eurem Interview mit dem Leiter des Landesschulamtes keinen direkten Rückschluss auf ein angsterfülltes Klima in der Verwaltungsbehörde zulässt.

Der Personalrat beim Landesschulamt

Der schwierige Schüler

Ich habe mit Interesse den entsprechenden Artikel in der blz 11 gelesen. Bei der Durchsicht der aufgelisteten Themen fehlt mir ein wesentliches: das des Geschlechtes der Kinder, die ihre Schwierigkeiten in der Schule haben und mit denen wir unsere Schwierigkeiten haben. Der Artikel „Die Säbelzahntiger sind los“ (weiter hinten im selben Heft) berichtet z.B. über 8 Jungen in der Dehnklasse der SL. Und vor kurzem hieß es in einem anderen Artikel von Sanem Kleff: Die Verlierer laut PISA sind Migranten, männlich, Diese Beispiele lassen sich fortsetzen. Der Ansatz der geschlechtsbewussten Pädagogik hat sich dieser Tatsachen angenommen, und auch in Berlin gibt es Programme und Erfahrungen der geschlechtsbewussten sozialen Erziehung: Der Modellversuch „Konfliktbewältigung für Mäd-

chen und Jungen“ mit seinen Publikationen „Mädchen sind besser – Jungen auch“, die Broschüre „Koedukation im Wandel – Berliner Lehrerinnen und Lehrer berichten über ihre Erfahrungen mit der Mädchen- und Jungenarbeit“ sowie Fortbildungsangebote von Margot Wichniarz und Helga Moericke zeugen davon. Wie oft lauten die Beschwerden und das Stöhnen von KollegInnen auch „... oh, diese Jungs ...“ Gleichzeitig ist dieses Thema alles andere als trendy und es finden sich wenig Kollegen oder auch Kolleginnen, die sich empathisch und gleichzeitig fördernd und fordernd den Jungen und ihrer Suche nach Sinnhaftigkeit und Orientierung stellen. Ich möchte hiermit vorschlagen, die Tagung um dieses Thema zu ergänzen und bin bereit, dazu einen Beitrag zu leisten. Wie der aussehen könnte und mit wem zusammen dieser Teil zu gestalten wäre müssten wir noch weiter besprechen. Den Titel der Tagung halte ich nicht für sehr glücklich – er erinnert mich an die unsägliche Festlegung eines Kindes auf Teile (durchaus sehr bestimmende Teile) seines Verhaltens, was bekanntlich kontraproduktiv wirkt. Aus der Sicht des Konstruktivismus erschaffen wir mit diesem Begriff seine Schwierigkeiten immer wieder neu. Wie wäre es mit „Unsere Schwierigkeiten im Umgang mit herausfordernden Schülern“ oder „Herausfordernde Schüler – ihre Schwierigkeiten in der Schule, unsere und die der Institution“?

Gerhard Neumann

Die Lehrerinnen und Lehrer der Nürtingen-Grundschule trauern um

Leyla Kubat

Frau Leyla Kubat war viele Jahre an der Nürtingen-Grundschule als Lehrerin tätig. Sie hat sich mit hoher Kompetenz und unermüdlichem Engagement um ihre Schüler bemüht.

Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen.

Kollegen, Schüler und Eltern der Nürtingen-Grundschule



Für eine solidarische Gesellschaft!

Berlin ist pleite. Das ist nichts Neues. Die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien sollen zahlen. Auch das ist nichts Neues, auch wenn es immer nachdrücklicher eingefordert wird. Dabei soll es den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes besonders an den Kragen gehen. Ebenfalls nichts Neues. Und auch die vierte Nachricht kennen alle schon: auch wenn alle Kürzungsmaßnahmen durchgesetzt werden ist die Haushaltsnotlage 2006 noch dramatischer. Wer will da nicht mitsingen bei einem Lied aus den Bauernkriegen: „Wo soll ich mich hinwenden, in dieser schweren Zeit...“.

Aber es gibt auch die andere Seite. Berlin ist nach Hamburg die Stadt mit der größten Dichte an MillionärInnen pro EinwohnerIn. Dieser Widerspruch ist eine Folge der wirtschaftlichen Globalisierung. Wohlstandsmehrung für wenige und Verarmung vieler, das sind die weltweit sichtbaren Folgen der Entfesselung des weltweiten Kapitalverkehrs. Über das große „Vorbild“ die USA, schrieb Paul Krug-

man, US-Wirtschaftswissenschaftler: „Vom Millionär zum Milliardär: Befreit von allen Gleichheitsidealen, reißen die Reichen in den USA immer mehr Wohlstand an sich. Die Mittelschicht löst sich auf.“ („DIE ZEIT“ vom 7.11.02)

Diese zweite Seite ist weit weniger bekannt. Wer weiß schon, dass die Managergehälter in Deutschland in den letzten fünf Jahren um 300 Prozent gestiegen sind? Wenn trotz einer fast stabilen Preisentwicklung das deutsche Bruttoinlandsprodukt gewachsen und gleichzeitig die Bevölkerungszahl eher rückläufig ist, dann muss doch irgendwer davon profitieren. Denn der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt kann dafür nicht verantwortlich gemacht werden, der ist trotz anwachsender Arbeitslosigkeit niedriger als vor 25 Jahren (Christoph Butterwege; Prekär, Okt. 02).

Es gibt sicher viele Möglichkeiten, mit diesem Prozess der gesellschaftlichen (Reichtums-) Polarisierung und dessen sozialen Folgen umzugehen. Die Palette reicht von der aktiven Förderung über das laue Hinsehen, die aufgeregte Ängstlichkeit bis hin zum bewussten Widerstand. Der Berliner Senat hat sich für eine aktive Rolle der Förderung der Umverteilung von unten nach oben und dessen ideologische Rechtfertigung entschlossen.

Die Genese der Kürzungspolitik

Im Herbst letzten Jahres wurde durch die Korrektur der Steuer-

schätzung für 2001 sichtbar, dass die Körperschaftssteuer keine Gewinne von deutlich über 20 Mrd. Euro liefern würde, sondern Verluste! Flugs wurden alle Pläne geändert. So auch der unter rot-grün erarbeitete Konsolidierungsplan für Berlin. Der sah eine anfänglich regelmäßige zusätzliche Bundesunterstützung von mindestens 3 Mrd. vor. Die ArbeitnehmerInnen sollten mit einem Betrag von 1 Mrd. Mark (= 500 Mio. Euro) via „Solidarpakt“ beteiligt werden. Senator Ehrhart Körting hielt noch im September 2001 in einer Senatssitzung diese Zahl für das Äußerste, was den ArbeitnehmerInnen und der Stadt zugemutet werden könne.

Harald Wolf (damals Fraktionsvorsitzender der PDS) kritisierte damals die angekündigten pauschalen Kürzungen und damit eine Arbeitsplatzvernichtung im öffentlichen Dienst. Statt Strukturveränderungen vorzunehmen, werde ein Ausstieg aus dem Flächentarifvertrag vorbereitet. Dass „die Gewerkschaften quietschen sollen“ sei unanständig. Falls die Ampel scheitern sollte, werde die PDS in eine solche Koalitionsvereinbarung nicht eintreten... (ND 3.12.2001) „Die geplanten Kürzungen bei der Bildung seien ein Skandal“, so Gregor Gysi. Berlin habe schon „die schlechteste Bildung in ganz Deutschland“. Dieser Bruch von Wahlversprechen führe zu einer Politik- und Demokratieverdrossen-

heit. „Lasst uns eine knallharte Opposition sein“, forderte Gysi.“ (Ebd.)

Klaus Wowereit will jetzt nach den erheblichen Kürzungen vom Sommer 2002 (Streichung von Kita- und Hortstellen, der Altersermäßigung für LehrerInnen....) noch einmal mindestens 500 Mio. Euro beim Personal kürzen. Dieses Konzept geht zurück auf Überlegungen aus der Ampel-Koalitionsrunde und sind dort vor allem von der FDP eingefordert worden.

Da so Berlins Finanzmisere keineswegs gelöst werden kann, will Wowereit sich weitere Optionen für die Zukunft offen halten. Deswegen geht er an den Umbau der Grundlagen der Sozialverfassung. Er will künftig unter dem Druck von Kündigungen und Arbeitszeitverlängerung über Lohn und Gehalt verhandeln sowie über Besoldung bzw. Pensionen bestimmen können. Das Gemeinwesen wird zerlegt, das Prinzip des Kampfes aller gegen alle gefördert und volkswirtschaftliches Gleichgewicht sowie gesamtwirtschaftliche Folgenabschätzung zugunsten eines bornierten betriebswirtschaftlichen Standpunktes fallen gelassen.

Niemand will sich vor der Erkenntnis drücken, einen eigenen Beitrag zur Lösung der Krise bringen zu müssen. Aber es müssen auch Schritte zu einer Lösung sein und keine Abzockerei im Stile von Wegelagerern. Nach Auskunft des Finanzsenators wird Berlin allein im Jahr 2002 ein zusätzliches, vorher nicht eingeplantes Defizit in Höhe von 676 Mio. Euro tragen müssen. Die Grünen weisen mit einigem Recht sogar darauf hin, dass das Loch noch viel größer wäre (über 1 Mrd. Euro), weil Ausfälle im Länderfinanzausgleich und beim Vermögensverkauf hinzukämen. Wie kann es weitergehen?

Alle müssen an den Verhandlungstisch

Berlin ist richtig pleite. Deshalb müssen alle an einen Tisch: die Arbeitgeberverbände, die Verbände mittelständischer Unternehmen, die Bundesanstalt für Arbeit, die Industrie- und Handelskammer, die Banken, die Bankgesellschaft Berlin, die Parteien des Abgeordnetenhauses, VertreterInnen der Wissenschaft und der Wirtschafts-

institute sowie die Gewerkschaften – und natürlich der Bund. Sie alle müssen erklären, was sie entsprechend ihrer wirtschaftlichen Kraft zu einer Lösung beitragen. Wenn alle mitmachen, wenn um die AnlegerInnen der Luxusfonds z.B. ganz bewusst kein Bogen gemacht wird, wenn Vermögende sich verpflichteten, wirklich etwas abzugeben, statt über die Kürzung der Sozialhilfe zu rasonieren, dann werden die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften ganz sicher nicht abseits stehen. Wer aber Solidarität einfordert und ausschließlich die Geldbeutel der finanziell Schwächeren meint, der erweckt selbst bei den Gutwilligen nur den Eindruck, betrügen zu wollen, weil es hier sozial höchst ungerecht zugeht.

Es fehlt an einer politischen Kraft, die für eine solidarische Perspektive einsteht und wirbt. Aus den Reihen der Grünen, aus der PDS und auch aus der SPD kommen Vorschläge, die in die richtige Richtung gehen. Aber jede kocht ihr Süppchen und reibt sich in den eigenen Reihen auf. Warum treten diese FreundInnen, KollegInnen, GenossInnen ... nicht gemeinsam mit den Gewerkschaften ein für einen Politikwechsel, für eine Alternative zur vorherrschenden Politik des Neoliberalismus? Wir wären uns doch einig über die Richtung, die angestrebt werden soll: Kontrolle der Finanzmärkte, Schließen der Steuerschlupflöcher, gesicherte Staatseinnahmen durch höhere Gewinn- und Vermögensbesteuerung, vermehrte öffentliche Investitionen und drastische Senkung der Jugendarbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung durch Umverteilung der vorhandenen Arbeit auf alle, die arbeiten wollen.

Eine lange Auseinandersetzung steht an

Die KollegInnen, die Menschen nicht nur in Berlin wollen und brauchen eine andere Orientierung. Es ist ein Unding, wenn lauthals über die negativen Folgen der Streichung von Steuerprivilegien für die private Nutzung von Firmenkameras der Luxusklasse gejammert und gepöbelt wird, und nahezu die gleichen Leute eine Kürzung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe wegen des „überbordenden Sozialstaates“ für unverzichtbar halten. Diesem verloderten Mainstream

in den Gehirnen müssen wir unsere Ziele und Werte und unsere Solidarität entgegenstellen.

Niemand kann das Ende der Talsohle vorhersagen. Wir werden uns für eine lange Auseinandersetzung wappnen müssen. Dazu gehört die klare Entscheidung einer bzw. eines jeden, der Entsolidarisierung dieser Gesellschaft den Kampf anzulegen und sich einmischen zu wollen. Dazu gehört natürlich auch die aktuelle Bereitschaft, über die im Haushalt eingestellten Kürzungsbeträge zu verhandeln, um gestützt auf Protest und Widerstand Wege zu suchen, die angekündigten Zwangsmaßnahmen des Verbots von Neueinstellungen und der Verlängerung der Arbeitszeit für die Beschäftigten zu verhindern.

Aber das Wichtigste in meinen Augen ist es, dass wir uns bewusst machen, dass wir für Ziele kämpfen, mit denen eine solidarische Gesellschaft möglich wird. Darum müssen wir ringen, uns Zeit und Kraft nehmen. Denn nur so kann die Zuversicht reifen, sich auf der richtigen Seite zu engagieren. Erst das wird uns die nötige Gelassenheit geben, um durchhalten zu können.



Fotos: C.v.Pöhlitz/Transit

All dies wird auf unserer Landesdelegiertenversammlung Ende November diskutiert werden müssen. Ich gehe davon aus, dass wir dort auch ein Angebot für Verhandlungen mit dem Senat beschließen werden. Und wir werden darüber entscheiden, was wir zu tun bereit sind, um den Senat wieder an den Verhandlungstisch zu zwingen, den er provokativ verlassen hat.

Dann kommt es darauf an, dass jede Kollegin und jeder Kollege sich an den beschlossenen Aktionen tatkräftig beteiligt. Es geht um eine andere Politik, es geht um eine solidarische Gesellschaft!

Ulrich Thöne

ist Vorsitzender der GEW BERLIN

„Solidarpakt“ geplatzt

Was bedeutet das für mich persönlich?

Nach dem Amoklauf des Senats nach dem selbst inszenierten Platzen des „Solidarpaktes“ und einer bisher beispiellosen Kampagne der Berliner Medien gegen die Dienstkräfte des Berliner öffentlichen Dienstes fragen sich viele KollegInnen besorgt, was die vom Senat vollzogenen Maßnahmen ganz persönlich für sie bedeuten könnten.

Dabei muss sehr genau zwischen Beamten und Angestellten unterschieden und daran erinnert werden, dass wir bislang noch in einem Rechtsstaat leben, wonach die Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung, Exekutive und Judikative an Recht und Gesetz gebunden sind; Art. 20 (3) GG. Gut ist es auch, wenn man bestimmte Hintergründe kennt. Ich gehe hier auf die Situation bei den Angestellten ein. Ilse Schaad erläutert die Bedingungen bei den BeamtInnen.

Was geschieht bei den Angestellten?

1994 ist das Land Berlin aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ausgeschlossen worden.

Das hätte zur Folge gehabt, dass sämtliche Änderungen im Bereich des BAT/BAT-O einschließlich der Vergütungstarifverträge, die seit diesem Zeitpunkt auf Bundesebene abgeschlossen worden sind, in Berlin nicht mehr gegolten hätten. Um das zu verhindern, haben die Berliner Gewerkschaften im Herbst 1994 mit dem VAdöD*, in dem das Land Berlin Mitglied ist, ei-

nen sog. Übernahmearbeitsvertrag (Ü-TV) geschlossen. Dadurch wurde sichergestellt, dass sämtliche Änderungen im Tarifbereich öffentlicher Dienst, die von der TdL und den Gewerkschaften auf Bundesebene bisher vereinbart wurden, unmittelbar und zwingend auch in Berlin galten. Die weitere Rechtseinheit mit dem Bund und den Ländern wurde dadurch sichergestellt, was insbesondere für den Ostteil von außerordentlicher Bedeutung war.

Diesen Ü-TV will nun der Senat fristgemäß zum 31.12.2003 kündigen. Das heißt, dass alle Änderungen im Bereich des BAT/BAT-O einschließlich der Ergebnisse aus der Tarifrunde 2003 nach geltender Rechtslage in Berlin noch umgesetzt werden müssen, ab 2004 sieht das dann anders aus. Um der Mitnahme der Tarifrunde 2003 zu entgehen, hat sich das Land Berlin nun eines besonders obskuren Tricks bedient: Es hat seine Mitgliedschaft im VAdöD zum 31.01.2003 in der Hoffnung gekündigt, damit die Tarifanpassung 2003 bei den Angestellten nicht zahlen zu müssen. Dieses Manöver ist jedoch so durchsichtig, dass es mit einiger Sicherheit einer arbeitsgerichtlichen Überprüfung nicht standhalten dürfte. Die Ziele dieses Aktionismus ähneln denen im Beamtenbereich: Auch bei den Angestellten sollen Urlaubs- und Weihnachtsgeld „modifiziert“, Vergütungsanpassungen eingefroren oder deutlich nach hinten verschoben werden. Auch für Angestellte gilt übrigens – zumindest wenn sie Gewerkschaftsmitglieder sind –, dass sie individuell auf tarifliche Rechte nicht verzichten können, § 4 Abs. 4 Tarifvertragsgesetz (TVG).

Richtig spannend wird es also erst 2004, wenn der Ü-TV abgelaufen ist. Aber auch dann sind die Arbeitsbedingungen und die Gehälter nicht dem hemmungslosen Zugriff des Senats ausgesetzt, denn es tritt die sog. Nachwirkung ein. Das heißt konkret: Alle (Bundes-) Tarifverträge des öffentlichen

Kürzungen sind nicht immer sinnvoll!



Dienstes gelten auf dem Stand vom 31.12.2003 fort, „bis sie durch eine andere Abmachung ersetzt werden“ (§ 4 Abs. 5 TVG). Was ist nun eine „andere Abmachung“?

1. Die sog. „freiwillige Änderung“ des Arbeitsvertrages. Übliches Lockmittel: „Verzichte Du für fünf Jahre auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld und ich nehme Dich bei betriebsbedingten Kündigungen aus!“ Von der Annahme solcher Angebote – vorzugsweise im vertraulichen Gespräch – ist ohne vorherige Konsultation mit seiner Gewerkschaft dringendst abzuraten! Davon kommt man nur in den seltensten Fällen wieder runter, das gilt insbesondere für nicht gewerkschaftlich organisierte Dienstkräfte!

2. Ersetzung des abgelaufenen Tarifvertrages durch einen neuen. Den müsste der Senat dann mit den Berliner Gewerkschaften aushandeln und die haben auch ihre Vorstellungen über das, was den Berliner Angestellten noch zugemutet werden kann.

3. Kommt es individuell zu keiner „freiwilligen“ Änderung oder nicht zu einem vertretbaren Tarifvertrag auf Berliner Ebene, bliebe dem Land Berlin nur die betriebsbedingte Änderungskündigung gegenüber jedem einzelnen Angestellten, wenn es etwa auf Dauer Urlaubs- und Weihnachtsgeld weg haben wollte. Vor Ausspruch einer solchen Kündigung müsste es allerdings in jedem Einzelfall die Zustimmung der zuständigen Personalräte einholen und dann, wenn diese nicht zustimmen, die Einigungsstelle anrufen. Aber selbst dann, wenn die Einigungs-

Wowereit sagt

Berlin ist in einer besonderen Haushaltsnotlage. Wir müssen unsere Ausstattungsvorsprünge gegenüber anderen Bundesländern abbauen. Deswegen führt an einer Personalkosteneinsparung von 500 Mio. jährlich kein Weg vorbei.

Die Position der GEW

Berlin hat im Bildungsbereich überhaupt keine Ausstattungsvorsprünge, sondern eindeutig Nachholbedarf. Deshalb sind die schon umgesetzten Kürzungen in Kita und Schule verantwortungslos. Darüber waren sich noch vor der Abgeordnetenhauswahl im Oktober 2001 alle einig: Bildung muss Priorität haben und verbessert werden.



Dahinter steckt System

Die Bundesratsinitiative des Landes Berlin zur Kürzung der Beamtenbezüge.

stelle dem Kündigungsbegehren zustimmen sollte, hat jeder einzelne Angestellte das Recht, gegen die Änderungskündigung arbeitsgerichtlich vorzugehen (gut zu wissen, dass ich als Mitglied dann meinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz zur Seite habe). Die Gerichte stellen allerdings an die Begründetheit einer betriebsbedingten Änderungskündigung recht hohe Anforderungen (das Land Berlin muss beweisen, dass diese Kündigung im Einzelfall sozial gerechtfertigt ist).

Insgesamt gesehen, gibt es also zur Zeit trotz des Dauerfeuers in den Medien und der Drohgebärden seitens des Senats absolut keinen Grund, in Panik zu verfallen. Es gibt überhaupt keinen Grund etwa jetzt die Gewerkschaften zu verlassen, denn diese sind z.Z. offensichtlich die Einzigen, denen Recht und Gesetz noch etwas gilt und die der allgemeinen Verunsicherung etwas entgegen zu setzen haben. Und man sollte jetzt mit unorganisierten KollegInnen im Angestelltenverhältnis reden: Wer sich jetzt nicht als Gewerkschaftsmitglied in den Schutz der noch geltenden Tarifverträge begibt, dem ist dann wirklich nicht mehr zu helfen.

In der GEW-Geschäftsstelle sind ausführliche Infos zum Thema „Tarifflucht“ und „Änderungskündigung“ erhältlich, siehe auch www.gew-berlin.de

Klaus Büscher
Referat A



*VAdöD = Verband von Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes

S PD und PDS sowie die gesamte Berliner Presse waren sich im Oktober schnell einig: Schuld am Scheitern der sogenannten Solidarpaktverhandlungen waren die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Tatsächlich hat der Senat bereits seit Februar die Schritte vorbereitet, die zur kalkulierten und vorbereiteten Beendigung der Gespräche mit den Gewerkschaften umgesetzt wurden.

Kern der gesamten Maßnahmen ist, sämtliche Kürzungen auf dem Rücken der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durchzuführen. Der Öffentlichkeit wurden die Zwangsmaßnahmen als „Alternativen des Senats bei Nichteinigung mit den Gewerkschaften“ präsentiert. Diese Alternativen sehen folgendes vor:

- Erhöhung der Arbeitszeit für alle Beamtinnen und Beamte sofort auf 42 Stunden in der Woche. Die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte wird auf die Höchststundenzahl anderer Bundesländer erhöht, Ermäßigungstatbestände werden gestrichen. Damit werden auf einen Schlag ca. 2.850 Stellen, davon knapp 1.650 allein im Schulbereich, vernichtet.
- Berlin starten eine Bundesratsinitiative zur Öffnung des Bundesbesoldungs- und Versorgungsrechtes
- Das Land Berlin wird sich von den im öffentlichen Dienst geltenden Tarifverträgen entweder durch Kündigung oder Austritt aus den Arbeitgebervereinigungen verabschieden.

Dazu erklärte der Regierende Bürgermeister am 22. Oktober im Info-Radio: „Dementsprechend machen wir alles, was zeitlich geboten ist, um tatsächlich im Jahr 2003 mit Einsparungen anzufangen: Wir sind aber jederzeit bereit, auch in der Lage, Beschlüsse wieder rückgängig zu machen.“

Der Moderator fügte hinzu: „Sofern die Gewerkschaften einlenken. Bis dahin aber formuliert es ein Teilnehmer, sei es wie beim

Irak. Die Politik müsse eine überzeugende Drohkulisse aufbauen und deutlich machen, dass sie auch danach handeln werde.“

Die Drohkulisse, die der Regierende Bürgermeister damit meinte, war die Drohung mit betriebsbedingten Kündigungen.

Die Arbeitszeitverlängerung wurde inzwischen vom Senat beschlossen. Eine weitere parlamentarische Beteiligung an dieser Regelung ist nach der letzten Änderung des Landesbeamtengesetzes nicht mehr vorgesehen. Vor wenigen Monaten hat das Abgeordnetenhaus im Rahmen des zweiten Haushaltsrechts- und Beamtenrechtsänderungsgesetzes des §35 des Landesbe-

amtengesetzes dahingehend geändert, dass die Arbeitszeit nun nicht mehr durch das Parlament per Gesetz festgelegt wird, sondern von der Verwaltung eigenständig geregelt werden kann. Die eigenständige Regelung der Verwaltung ist nun die Erhöhung der Arbeitszeit von Beamtinnen und Beamte auf 42 und der Lehrkräfte auf erhöhte Pflichtstunden (siehe Tabelle nächste Seite).

Die Bundesratsinitiative

Die zweite Initiative des Landes Berlin soll eingreifen in bundesweit einheitliche Regelungen im Beam-

Wowereit sagt

Der Rechnungshof hat gemahnt, die Pflichtstundenzahl der Lehrer an andere Bundesländer anzupassen. Deshalb stellt die Pflichtstundenerhöhung keine Belastung über Gebühr da, zumal es pädagogische Verbesserungen im Umfang von mehr als 1 000 Stellen geben wird.

Die Position der GEW

Berliner LehrerInnen schneiden im Ausstattungsvergleich zu Hamburg z.B. deutlich schlechter ab. Sogar im Flächenstaat Bayern ist die Zahl der Pflichtstunden geringer, obwohl die Lehrkräfte dort spürbar mehr Entlastungsstunden haben. Pädagogische Verbesserung gibt es nur auf dem Papier. Tatsächlich sind ca. 1.100 Stellen zum Schuljahresbeginn – durch Streichung der Altersermäßigung und der Vertretungsreserve für Langzeiterkrankte z. B. – vernichtet worden!

tenbereich. Durch Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes in den §§14, 20 und 68 A soll die Möglichkeit der Aussetzung von Besoldungsanpassungen durch Landesgesetz, mit dem Ziel der

Absenkung bis auf 90 Prozent der Grundgehaltssätze, gegeben werden. Folge einer Umsetzung dieser Maßnahme wäre, dass nicht mehr die Bezahlung der Beamtinnen und Beamten „amtsangemessen“ erfolgt, sondern nach Kassenlage. Dieser Gedanke ist den Grundsätzen des Berufsbeamtentums – ganz egal wie man politisch dazu steht – eigentlich fremd.

Grundlage des Berufsbeamtentums ist, dass der öffentliche Dienst einheitlich gestaltet wird. Besoldung und Versorgung der Be-

amtInnen ist seit der 1971 erfolgten Einfügung des Artikels 74 a GG Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes. Der schon zuvor eingeleitete Vereinheitlichungsprozess ist 1975 durch das 2. BesVNG in Bund und Ländern und bis 1977 durch das Beamtenversorgungsgesetz abgeschlossen worden. Seitdem regelt das Bundesrecht die Besoldung und Versorgung abschließend. Davor bestehende eigenständige Gestaltungsmöglichkeiten bezogen sich nicht auf die Grundgehaltssätze, sondern auf die Zuweisung von Ämtern zu bestimmten Aufgaben. Allerdings stellte sich relativ schnell heraus, dass durch die weit gehende Öffnung eine Spirale nach oben eröffnet wurde. Die Vereinheitlichung 1971 diente dem Zweck, den „Wettbewerb nach oben“ zu beenden.

Folge der Initiative des Landes Berlin wäre, dass nach kurzer Zeit das Besoldungsniveau im Westteil der Stadt bei 90 Prozent und, legt man den jetzigen Abstand zwischen Ost und West zu Grunde, im Ostteil der Stadt bei 81 Prozent liegen würde. Durch Änderung des §13 des Gesetzes über die Ge-

währung einer jährlichen Sonderzuwendung (sog. Weihnachtsgeld) soll die Möglichkeit einer Absenkung des Bemessungsfaktors bis auf 0 des Weihnachtsgeldes durch Landesgesetz gegeben werden. Durch Änderung des §1 Urlaubsgesetz soll die Möglichkeit eröffnet werden, das Urlaubsgeld komplett zu streichen. Um ein Auseinanderfallen des Bezahlungsniveaus zwischen aktiven und passiven Beamtinnen und Beamten zu vermeiden, soll der §70 des Beamtenversorgungsgesetzes ebenfalls geöffnet werden, um auch die Versorgungsanpassung analog der Besoldungsanpassung aussetzen zu können.

Die geplanten Maßnahmen können, werden sie alle durchgeführt, zu einer Besoldungsabsenkung im Lande Berlin um 16 Prozent führen. Der Artikel 72 Absatz 2 Grundgesetz verpflichtet den Bundesgesetzgeber zur Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse und zur Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit. Bezieht man die geplante Arbeitszeiterhöhung, die zwischen 5 und 18 Prozent liegt, mit ein, fällt im Vergleich zum Bundesgebiet das Verhältnis zwischen Arbeit und Bezahlung im

Wowereit sagt

Es sind befristete Regelungen aufgrund der Haushaltsnotlage.

Die Position der GEW

Wer die Regelung als befristet verkaufen will, täuscht die Öffentlichkeit. Wenn die Länder je nach Kassenlage selbst und einseitig festlegen dürfen, was im öffentlichen Dienst verdient wird, gibt es keine Grundlage mehr für eine Einheitlichkeit. Eine politische Erklärung der Regierungskoalition, bis 2007 soll Ost an West angeglichen sein, ist dann nicht mehr glaubwürdig, weil der Bund seine Regelungskompetenz nicht mehr wahrnimmt.

Schulart	Erhöhung	Geltende Pflichtstundenzahl	Geplante Pflichtstundenzahl ab 2003
Grundschulen, Krankenanstalten, Grundstufen der Gesamtschulen (ohne J.-F.-Kennedy-Schule)	0,5	27,5	28,0
Beo-Klassen, soweit die Lehrkraft dort überwiegend tätig ist	1,5	25,5	27,0
Sonderklassen für körperbehinderte Kinder sowie Sprachheilklassen	1,5	25,5	27,0
Hauptschulen	0,5	26,5	27,0
Realschulen		26,5	27,0
Gymnasien	2,0	24,0	26,0
Französisches Gymnasium	4,0	22,0	26,0
Gesamtschulen (ohne Grundschulteil)	2,0	24,0	26,0
J.-F.-Kennedy-Schule		entsprechend d. Org.-Rahmen	26,0
Abendgymnasien	4,0	21,0	25,0
Kolleg an VHS	4,0	21,0	25,0
Berlin-Kolleg	4,0	21,0	25,0
Sonderschulen	1,5	25,5	27,0
Gehörlosenschule und Blindenbildungsanstalt	1,5	23,5	25,0
Schulen in Heimen	1,5	23,5	25,0
Berufsfeldbezogene Oberstufenzentren	2,0	24,0	26,0
Berufs-, Berufsfach-, Fachober-, Fachschulen	2,0	24,0	26,0
Berufsbildende Schulen mit sonderpädagog. Prägung	2,0	23,0	25,0
Lehrer für Fachpraxis regelmäßig	1,0	31,0	32,0



Ein Thema, das uns schon länger beschäftigt!

Foto: Michel

Land Berlin um maximal 34 Prozent auseinander. Hierzu schreibt der Senat in seiner Vorlage: „Gemäß Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 24.10.02 (2BvS 1/01) erfüllt eine Gesetzesvielfalt auf Länderebene die Voraussetzungen des Artikel 72 Absatz 2 GG erst dann, wenn sie eine Rechtszersplitterung mit problematischen Folgen darstellt, die im Interesse sowohl des Bundes als auch der Länder nicht hingenommen werden kann.“ Und behauptet weiter: „Die ist hier nicht der Fall: So sollen die den Ländern eingeräumten Regelungsmöglichkeiten der unterschiedlichen finanziellen Leistungskraft in begrenzter, dem Alimentationsprinzip entsprechender Weise Rechnung tragen. Zum anderen ist die Schaffung der Öffnungsklauseln auch im gesamtstaatlichen Interesse zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse erforderlich.“

Angesichts der tatsächlichen Lebensverhältnisse und Lebenshaltungskosten in Ballungsräumen ist diese Aussage kaum haltbar. Auch die Behauptung, durch diese Maßnahme käme es nicht zu einer Rechtszersplitterung, wird bei ei-

ner gerichtlichen Überprüfung belegt werden müssen, was schwer fallen wird.

In der Öffentlichkeit war der Eindruck erweckt worden, Herr Wowereit habe in einem „Kamingespräch“ die anderen Länderchefs von der Sinnhaftigkeit und Grundgesetztreue seine Initiative überzeugen können. Das ist natürlich albern. Die Gespräche mit den anderen Bundesländern und dem Bundesinnenministerium laufen seit Monaten.

Wowereit sagt

Das Senatskonzept – weniger Arbeit bei Verzicht auf Einkommenssteigerungen – ist sozial ausgewogen, gerecht und die bessere Lösung.

Die Position der GEW

Der Vorschlag lautet: Mindestens 15 Prozent Lohn- und Gehaltskürzung bis 2006 für alle, aber keine Arbeitszeitverkürzung für Lehrerinnen und ErzieherInnen. Das ist eine derbe Mogelpackung!

Dort hat die Initiative des Landes Berlin, über vier Jahre die Besoldungsanpassung auszusetzen und dann über weitere vier Jahre in Schritten wieder auf das Bundesniveau hoch zu gehen, durch den sächsi-

schen Ministerpräsidenten eine entscheidende Veränderung erfahren. Der sächsische Ministerpräsident Milbradt, der seit Jahren die politisch gewollte Angleichung der Ost-an-West-Bezahlung beenden und umkehren möchte, hat seine Zustimmung zu der Initiati-

ve davon abhängig gemacht, dass die Unterschreitung auf 90 Prozent zugelassen wird. Rein zufällig ist dies die im BAT-Ost geltende Tarifquote. Man sieht die Absicht und ist verstimmt.

Der Bundesrat hat überraschend den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung am 8. November abgesetzt. Der Antrag des Landes Berlin war nicht termingerecht eingegangen und hätte nur mit Zustimmung aller Länder behandelt werden können. Bayern dagegen wünscht sich nicht nur eine negative, sondern auch eine positive Öffnung. Reiche Länder sollen die 100 Prozent auch überschreiten dürfen.

Damit ist die Behandlung aufgeschoben aber nicht aufgehoben. Die GEW BERLIN lehnt die geplanten Maßnahmen ab. Sie sind verfassungswidrig, sie sind unsozial, sie sind einseitig und verantwortungslos. Deswegen wird die GEW BERLIN mit allen Mitteln gegen die geplanten Maßnahmen vorgehen. Dazu gehört auch die verfassungsrechtliche Prüfung und ggf. Verfassungsklage.

Wowereit sagt

Bundesweite Besoldungserhöhungen sollen durch Entscheidungen des Abgeordnetenhauses ersetzt werden können. Wir bekommen dafür deshalb viel Unterstützung, weil auch den reichen Ländern die Personalkosten davon galoppieren.

Die Position der GEW

Die Verfassung schreibt in Artikel 72 die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit vor. Durch einen Besoldungs-„wettbewerb“ nach unten wird die einheitliche Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gefährdet. Gute Polizisten, Feuerwehrmänner, Erzieherinnen, Richter, Ärzte, Lehrkräfte usw. gehen nach Bayern, weniger Qualifizierte nach Berlin und Sachsen.

Ilse Schaad
Leiterin Referat A



Ein Dankeschön an die Presse

Der Berliner Blätterwald gibt den Gewerkschaften die Schuld an der Finanzmisere.

Auf ihrer Pressekonferenz am 23. Oktober bedankten sich die Fraktionsvorsitzenden von SPD und PDS bei der Berliner Presse für deren Berichterstattung.

Ob die Berliner Journalisten sich nach der Pressekonferenz noch Gedanken gemacht haben, wie dieses Dankeschön zu bewerten ist?

Wowereit sagt

Die Arbeitszeitverlängerung für Beamte ist eine Reaktion auf die Haushaltsnotlage. Sie setzt keine neuen Maßstäbe.

Die Position der GEW

Hier werden neue Maßstäbe für das soziale Gefüge gesetzt. Ältere sollen länger arbeiten, Junge werden deshalb arbeitslos, aber um Vermögende wird ein Bogen gemacht.

Der Ärger über die Presse ist insbesondere bei den Beschäftigten

des öffentlichen Dienstes hoch, denn die Zeitungen berichten einseitig, unkritisch und auf Regierungskurs – und zwar die gesamte Berliner Presse. Die folgenden Beispiele erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sind wahllos herausgezogen worden.

Berliner Morgenpost, 4.11.02: „Körting sägt an den Karriereleitern“
Joachim Fahrhun schreibt: „Der Innensenator wolle die automatische Beförderung von Beamten und Angestellten abschaffen, künftig soll auch die Leistung zählen.“

- In einem dreispaltigen Artikel lässt sich der Verfasser über eine nicht existierende Praxis im öffentlichen Dienst Berlins aus. In Berlin gibt es weder im Angestellten- noch im Beamtenbereich eine automatische Beförderung. Auf Nachfrage des Hauptpersonalrats erklärte der Innensenator, dies sei ihm bekannt. Er habe lediglich „etwas philosophiert“. Der Innensenator hat nicht philosophiert, sondern ganz einfach phantasiert. Korrigiert hat die Morgenpost ihre falsche Berichterstattung natürlich nicht.

BZ, 04.11.02: „Immer mehr Lehrer: Endstation Psychiater“
Evelyn Köhler schreibt: „Fakt ist, der Dauerkrankenstand unter den Berliner Lehrern (6,4 %) ist der höchste im öffentlichen Dienst.“

- Fakt ist, dass der Krankenstand unter den Lehrern einer der niedrigsten im gesamten öffentlichen Dienst des Landes Berlin ist.

taz, 24.10.02: „Der Handschlag wird fester“ und Kommentar *„Die Rechnung ging nicht auf“* von Stefan Alberti.

Hier wird der Eindruck erweckt, als ginge es um einen befristeten Verzicht auf Einkommenserhöhungen, als seien nur höhere Einkommen betroffen und als ginge es um ein Geschäft „Einkommensverzicht gegen Arbeitszeitverkürzung“.

- Fakt ist, die Finanzlage des Landes Berlin wird im Jahr 2006 nicht besser, sondern schlechter sein. Die Annahme, dass Maßnahmen wie der geplante Einkommensverzicht um 10 Prozent dann rückgängig gemacht werden, ist kindisch.
- Fakt ist, die Maßnahmen sollen bei Vergütungsgruppe IV b bzw. A10 für BeamtInnen beginnen. Wenn das schon höhere Einkommen sind, stellt sich die Frage, was mittleres oder niedrigeres Einkommen ist.
- Fakt ist, dass das Angebot einer Arbeitszeitverkürzung für rund 50 Prozent der Beschäftigten ausdrücklich nicht gilt. Insbesondere ErzieherInnen und Lehrkräfte sind von diesem Angebot ausgenommen.

Tagesspiegel, 26.10.02: „Hoffnung für Solidarpakt – Beamtenbund bereit zum Verzicht“
Barbara Junge stellt das Angebot des Beamtenbunds vor. Zum Beispiel sollen bis 2006 Leistungsprämien und Zulagen bei Beamten ausgesetzt werden.

- Fakt ist, in Berlin werden trotz entsprechender Änderung des Landesbeamtengesetzes bislang weder Leistungsprämien noch Zulagen gezahlt.

Berliner Morgenpost, 28.10.02:

„Wowereit: Sogar Verzicht auf den öffentlichen Dienst ist möglich“
Getreu der vom Senat verkündeten Linie, man müsse eine Drohkulisse aufbauen, um Gewerkschaften in die Knie zu zwingen, zitiert Karsten Hintzmann in seinem Artikel die Äußerung von Wowereit, wenn die Gewerkschaften so weiter machen würden, dann würde man den öffentlichen Dienst eben ganz abschaffen. Hier hätte es vielleicht nicht einmal einer Recherche bedurft, um den Unsinn zu erkennen.

BZ, 04.11.02: „Berliner Lehrer im Vergleich“

„Im internationalen Vergleich müssen Lehrer bei uns weniger Stunden unterrichten, aber verdienen besser als ihre Kollegen im Ausland.“

- Fakt ist, ein Einkommens- und Arbeitszeitvergleich ist nicht möglich ohne Berücksichtigung der Einkommenspyramide in jedem Land sowie der sonstigen, die Arbeitszeit der Lehrkräfte beeinflussenden Faktoren wie Klassengröße, Anzahl der Klassenarbeiten, Stundentafel, Länge der Schulzeit, Ganztagsunterricht.

Tagesspiegel, 01.11.02: „Das Schweigen der Länder“

Albert Funk berichtet darüber, dass die MinisterpräsidentInnen Milbradt (Sachsen) und Simonis (Schleswig-Holstein) den Vorstoß, die Beamtenbesoldung länderspezifisch abzusenken, massiv unterstützen.

- Fakt ist, dass zeitgleich zu dieser Initiative in Schleswig-Holstein die Erhöhung der Abgeordneten-diäten um 5,7 Prozent mit den gestiegenen Lebenshaltungskosten begründet wird.

Diese Liste ließe sich ohne Mühe fortsetzen. Seit Monaten liest man in Berliner Blätterwald nur eines: die Gewerkschaften sind an allem Schuld, Berlin ist eine Gewerkschaftsstadt, die Beamten sitzen auf ihrem fetten Hintern und fresen dem Land Berlin die Haare vom Kopf. Damit wird die „Einsicht“ erzeugt, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes seien die Verursacher der Berliner Haushaltskrise und deswegen müssten sie sie auch selbst durch Lohnverzicht und Arbeitszeiterhöhung beseitigen.

*Ilse Schaad
Leiterin des Referates A*

Wo kommen die Schulden her?

Bis 1991 lag die Verschuldung von Berlin auf dem Niveau der Westflächenländer und unter der Verschuldung von beispielsweise Hamburg. Damals flossen insgesamt 19,6 Milliarden DM als Hilfen aus dem Bundeshaushalt und der EU nach Berlin. Binnen weniger Jahre wurde dieser Zufluss gestoppt, im Jahr 1995 gab es nur noch einen Zufluss von 11 Milliarden DM. Die zum Ausgleich für die gestrichenen Gelder versprochenen „blühenden Landschaften“ und der „Berlin-Boom“ blieben jedoch aus. Statt dessen schlossen im Ostteil der Stadt zahlreiche Betriebe ihre Tore, im Westen wanderten reihenweise Unternehmen ins Umland ab bzw. schlossen ihre Niederlassungen, weil es keine Berlin-Präferenzen mehr gab. Zusätzlich musste die Stadt hohe Ausgaben für die Zusammenführung der beiden Stadthälften verkraften und eine allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, die sich in sinkenden Steuereinnahmen bemerkbar machte.

Der plötzliche Stopp finanzieller Hilfen, den Berlin selbst beim besten Willen nicht kompensieren konnte, ist die

eigentliche Ursache der hohen Verschuldung, die auf eine politisch-wirtschaftliche Fehleinschätzung der Kohl-Regierung und der Hinnahme dieser Entscheidung durch den Diepgen-Senat beruht. Eine Reihe von Fehlern des Berliner Senats verschärfte diese Situation zu-

sätzlich: der Skandal um die Berliner Bankgesellschaft ist hier nur das herausragende Beispiel. Dieser Crash schlug 2001 immerhin

mit acht Prozent der damaligen Gesamtverschuldung zu Buche (Helmut Seitz, Juni 2001).

Die Stadt hat ab Mitte der neunziger Jahre erhebliche Kürzungen vorgenommen. Dieter Vesper vom WSI führt auf, dass von 1995 bis 2000 der Personalbestand des öffentlichen Dienstes um 35.000 Vollzeitstellen reduziert und auch bei den Sachkosten (dazu zählen auch die Zuschüsse an die Hochschulen) kräftig gestrichen wurde. Die Sachinvestitionen sanken gar um die Hälfte. Damit habe Berlin eine Vorleistung erbracht, wie sie weder Bremen noch das Saarland bei ihrem 1992 festgestellten Haushaltsnotstand leisten mussten. Und Finanzsenator Thilo Sarrazin musste mehr als einmal sein Zahlenwerk über die angeblich üppige Personalausstattung Berlin nach unten korrigieren.

Berlin hat aufgrund der historischen Entwicklung große Lasten zu tragen, denen keine entsprechenden Einnahmen gegenüber stehen. Diese Lasten zu schultern, kann nicht nur Sache der BerlinerInnen sein, es ist eine Aufgabe,

die der Bund ebenfalls mitzutragen hat. Und es ist nicht so, dass die Bevölkerung in Saus und Braus gelebt hat oder lebt, sondern mit den Kürzungen Basisleistungen des Gemeinwesens nach und nach entfallen, was die Stadt kaum noch ertragen kann. Dies gilt erst recht für den öffentlichen Dienst, der nicht nur etwas kostet, sondern auch Leistungen für alle erbringt. Personalkürzungen sind

immer deswegen auch Leistungskürzungen. Das als „Solidarpakt“ verbrämte Kürzungsdiktat des Senats will



Foto: C.v.Polentz/rensf

„Die Berliner Misere hat nicht nur hausgemachte Gründe.“

den öffentlichen Dienst in Haftung für politische Fehler nehmen und geht kaltschnäuzig darüber hinweg, dass dieser schon die bisherigen Kürzungsmaßnahmen ertragen musste. Der angebliche Solidarpakt ist schlichtweg unverschämte und lässt vermuten, dass es nicht um die aktuelle Haushaltspolitik geht, sondern um eine neue Tarifpolitik und eine dauerhafte Absenkung der Löhne und Gehälter. Das ist allemal einfacher als sich darum zu bemühen, dass in einer reichen Industriegesellschaft wie Deutschland auch die Reichen und die Spekulanten entsprechend zur Kasse gebeten werden.

Klaus Will

Angaben entnommen aus: DIW-Wochenbericht 25/01: Dieter Vesper, Zuspitzung der Haushaltskrise in Berlin und Helmut Seitz, Haushaltsnotlage in Berlin, Frankfurt O. Juni 2001 (www.makro.euv-frankfurt-o.de/Lehre/Materialien/WS/OeFF/1_berlinfinalcor.pdf)

Wowereit sagt

Wir treten aus der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeber aus, weil wir dann keine bundesweit ausgehandelten Tarifverträge mehr mitmachen müssen, sondern sie selber gestalten können; zum Beispiel die Löhne und Gehälter auf dem Ist-Stand einfrieren.

Die Position der GEW

Der Flächentarifvertrag sorgt dafür, dass die verfassungsrechtlich gebotene Einheitlichkeit des öffentlichen Dienstes gewahrt bleibt. Er garantiert, dass öffentliche Leistungen für alle BürgerInnen erreichbar und bezahlbar bleiben.



Die Preisträger und TeilnehmerInnen an der feierlichen Verleihung. In der vorletzten Reihe zwischen Sanem Kleff und Werner Munk der türkische Generalkonsul Aydin Durusoy.

Mete-Ekşi-Preisverleihung

Der 1992 von der GEW BERLIN und dem Türkischen Elternverein gegründete Mete-Ekşi-Fonds e.V. vergibt jährlich einen Preis an Kinder und Jugendliche, die sich in besonderem Maße für das friedliche Zusammenleben von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft in Berlin bemüht haben. Der Preis erinnert an Mete Ekşi, der am 13. November 1991 im Alter von 19 Jahren an den Folgen einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft starb. Am 16. November wurde der diesjährige Mete-Ekşi-Preis verliehen.



Den mit 2.000 Euro dotierten ersten Preis erhielt das Gemeinschaftsprojekt der AG „Gewalt“ der Gutenberg-Oberschule (Lichtenberg-Hohenschönhausen) und die AG



„gegen rechts“ des Runge-Gymnasiums (Oranienburg): Auf ihrer Suche nach den Ursachen für Gegensätze und Konflikte im interkulturellen Zusammenleben analysieren die AGs gemeinsam gesellschaftspolitische Ereignisse und Prozesse. Daraus folgernd gestalten sie Aktionen wie Lesungen, Exkursionen, Veröffentlichungen oder gemeinschaftliche Teilnahme an Demonstrationen. Erstmals wird damit vom Mete-Ekşi-Fonds ein Berlin-Brandenburger Projekt ausgezeichnet. Mit auf dem Bild: Tülay Usta (links) und Sanem Kleff (Mitte) vom Mete-Ekşi-Fonds.

Der mit 1.000 Euro dotierte zweite Preis ging an die Reinhardswald-Grundschule in Kreuzberg für ihre Projektwoche „Gegen Rassismus – für Toleranz und Menschenrechte!“. Die Dokumentation, die die Schule über den Inhalt und den Verlauf der Woche zugesandt hatte, überzeugte das Kuratorium, dass an der Schule etwas Außergewöhnliches gelungen ist. LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern haben sich gemeinsam mit großem Engagement dem Thema gewidmet und die Schwierigkeiten aber auch die Möglichkeiten eines friedlichen Zusammenlebens trotz aller Verschiedenheiten ausgelotet. Mit auf dem Bild: Sanem Kleff, Barbara John, Halil Can und Tülay Usta vom Mete-Ekşi-Fonds.

Mete-Ekşi-Preis

Verleihung 2002



In seiner Preisrede ging der Autor Eberhard Seidel auf die aktuelle Situation in Deutschland ein: „Im Vergleich zu den frühen neunziger Jahren ist Deutschland heute eine andere Republik. Gruppen wie jene, die sich um den Mete-Ekşi-Preis beworben haben, leisten einen wichtigen Beitrag, das Land ein wenig friedlicher und attraktiver zu gestalten. Fremdenfeindliche Einstellungen in Teilen der Bevölkerung sind mit den vielfältigen Bürgerinitiativen gegen rechts zwar nicht verschwunden, aber es macht einen Unterschied, ob Fremdenfeindlichkeit ermuntert oder aber in die Latenz verdrängt wird. Aber die letzten Tage und Wochen zeigen, dass diese Erfolge nicht notwendigerweise von Dauer sind. Erneut ist eine rassistische Diskussion entbrannt. Sie zielt einmal mehr vor allem auf die in Deutschland lebenden Türken. Als Beispiel gelte die jüngste Äußerung des Bielefelder Historikers Hans-Ulrich Wehler: „Die Bundesrepublik hat kein Ausländerproblem, sie hat ein Türkenproblem. Diese muslimische Diaspora ist im Prinzip nicht integrierbar. Man soll sich nicht freiwillig Sprengstoff ins Land holen.“



Fotos: C.v.Polentz/Transit

Die Preisverleihung wurde festlich umrahmt vom Sidik Dogan-Orchester (Bild im Hintergrund).

Eine Anerkennungsurkunde, dieses Jahr gestaltet von dem Berliner Karikaturisten Hayati Boyacıoğlu, erhielt die Moses-Mendelssohn-Oberschule für ihr Projekt zur Gewaltvermeidung bzw. -beherrschung an der Schule mit dem Titel „7 Module für eine gewaltfreie Schule“. Die SchülerInnen der Moses-Mendelssohn-Oberschule beteiligen sich an einem umfassenden Konzept für eine gewaltfreie Schule und nehmen seit über zwei Jahren an Schulungen zu Streitschlichtern teil. Schülerinnen, die durch aggressives Verhalten aufgefallen sind, nehmen freiwillig an Coolness-Trainings teil. Auf dem Bild mit dem Spender der An-

er kennungsurkunden, dem Karikaturisten Hayati Boyacıoğlu (links) und Barbara John.

Ebenfalls eine Anerkennungsurkunde gab es für das Schülernetzwerk „MuT“, einem Verbund von 25 Schulen in Marzahn-Hellersdorf, die gemeinsam verschiedene Aktionen gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit durchführten.

Im Anschluss an die Preisverleihung wurden am Gedenkstein auf dem Adenauerplatz, wo Mete Ekşi die tödlichen

Verletzungen erlitt, Blumen niedergelegt.



Medienkompetenz

Ein Bericht aus der Robert-Jungk-Gesamtschule



Unsere Überlegungen gingen davon aus, dass schon in der Schule die Grundlage für Medienkompetenz geschaffen werden muss. In den (neuen) Medien und den IT-Berufen wird auf Jahre hinaus die Nachfrage wachsen. Darüber hinaus sind auch in den „klassischen“ Lehrberufen, z.B. beim Kraftfahrzeugmechaniker, gründliche IT- und Medienkenntnisse erwünscht. Auch in anderen Ausbildungsgängen, in der Oberstufe und für ein Studium sind diese Kenntnisse ein erheblicher Vorteil, manchmal sogar Einstiegsvoraussetzung.

In Berlin gibt es inzwischen mindestens drei Schulen, die sich der neuen Medien mit unterschiedlicher Akzentsetzung besonders angenommen haben: die Jules-Verne-Gesamtschule in Hellersdorf (gefördert von der Bertelsmann-Stiftung), die Carl-Zeiss-Gesamtschule in Lichtenrade und „meine“ Schule, die Robert-Jungk-Gesamtschule in Wilmersdorf-Charlottenburg.

Wie bei uns alles anfang

Vorarbeiten sind in der Robert-Jungk-Oberschule (RJO) seit 1993 geleistet worden. Am Anfang haben die meisten KollegInnen die Multimedia-Werkstatt nur für das Hobby von zwei begeisterten „Filmfreaks“ gehalten – ich schließe mich selbst ausdrücklich ein. Die zwei Kollegen – in ihrem „früheren“ Leben aus der Film- und Bühnenbranche kommend, ein Lehrer und ein Erzieher – stürzten sich begeistert in dieses Projekt. Über Nacht musste ein Antrag für das Anti-Gewalt-Programm „Jugend mit

Zukunft“ eingereicht werden. Wir hatten Glück und bekamen Geld für Scheinwerfer, für eine Kamera, für die Ton- und Lichtausstattung und für einen damals sehr modernen Video-Schnittplatz mit der „Videomachine“ (nur die LaBi hatte noch so ein Exemplar), das technische Herzstück der Filmwerkstatt. Umgebaut und ausgestattet wurde die Filmwerk-

statt mit viel handwerklichem Geschick von den Kollegen und dem Werkmeister: schallschluckende Türen aus alten Tischtennisplatten, das schicke silberne Rednerpult aus alten Holzplatten. Rote Teppiche, Kulissenteile, Sitzbänke wurden uns nach hartnäckigen Bitten von Ausstellern der Funkausstellung kostenlos zur Verfügung gestellt oder durch persönliche Verbindungen ergattert. Über die Ausstattung hinaus gab es keinen Pfennig zur Unterhaltung, Pflege, Ergänzung oder gar Neuausstattung des Studios. Fast 10 Jah-

Großer Andrang bei der Filmwerkstatt

Von Anfang an war die Multimedia-Werkstatt ein Renner bei den Jugendlichen. Eltern und SchülerInnen finden den Schwerpunkt „neue Medien- und Informationstechnik“ an unserer Schule sehr attraktiv. Vor allem das Wahlfach „Mediengestaltung“ (Darstellendes Spiel/Mediengestaltung) in der

re lang ist es uns trotzdem gelungen, die Anfangsausstattung ansprechend und funktionsfähig zu erhalten.

Filmwerkstatt als Schmelztiegel

Die SchülerInnen sind an unserer Schule bunt gemischt: über 20 Herkunftsländer, verschiedene Religionen, behinderte Kinder. Diese Heterogenität der Schülerschaft findet sich auch in der Filmwerkstatt wieder: JedeR kann seine Fähigkeiten einbringen und entwickeln. Insbesondere „learning by doing“, das Lernen im



Prominenz bei den „Studiogesprächen“ der Filmwerkstatt: Klaus Wowereit, Anne Will und Richard von



statt mit viel handwerklichem Geschick von den Kollegen und dem Werkmeister: schallschluckende Türen aus alten Tischtennisplatten, das schicke silberne Rednerpult aus alten Holzplatten. Rote Teppiche, Kulissenteile, Sitzbänke wurden uns nach hartnäckigen Bitten von Ausstellern der Funkausstellung kostenlos zur Verfügung gestellt oder durch persönliche Verbindungen ergattert. Über die Ausstattung hinaus gab es keinen Pfennig zur Unterhaltung, Pflege, Ergänzung oder gar Neuausstattung des Studios. Fast 10 Jah-

re lang ist es uns trotzdem gelungen, die Anfangsausstattung ansprechend und funktionsfähig zu erhalten.

Filmwerkstatt, das die technisch-handwerklichen Aspekte mit Elementen von Selbstdarstellung, Sprechen, Bewegung verbindet, ist ein Magnet. Dieses Fach erfreut sich so großer Nachfrage, dass nicht alle SchülerInnen aufgenommen werden können – trotz der zwei eingerichteten Kurse. Im Jahr 2001/2002 wurde das Fach „Mediengestaltung“ als Schulversuch beantragt – und abgelehnt. Es könne nach der Gesamtschulordnung auch ohne gesonderte Genehmigung angeboten werden, für einen Schulversuch seien auch die

Team und der „Ernst-Charakter“ der Arbeit in der Filmwerkstatt motivieren auch SchülerInnen, die sonst nicht mit Leistungsbereitschaft, Konzentration und Ausdauer glänzen, aber auch Schüler, die kreativ oder technisch begabt sind. Es gibt hier also hervorragende Möglichkeiten der inneren Differenzierung, die für jeden individuelle (Lern-) Erfolge möglich machen. Ein erfreulicher Nebenaspekt ist dabei die Förderung der Mädchen (etwa 50 Prozent der Teilnehmenden) und der Jugendlichen nicht-deutscher Herkunft.

in der Schule

e über das Projekt Medienerziehung.

Prozess- und ergebnisorientiert

Der Unterricht in der Filmwerkstatt hat nicht nur im übertragenen Sinne Werkstattcharakter. Praktisches und theoretisches Lernen gehen notwendigerweise Hand in Hand – selbstverständlich muss man erst lernen, eine Leiter durch das Studio zu tragen, ohne die Scheinwerfer von der Decke zu rasieren. Das Flair des Ausprobierens, des Erprobens, das Hinarbeiten auf ein gemeinsames Ergebnis motiviert SchülerInnen

schließen, sondern sich gegenseitig bedingen.

Verantwortung im Team

Dringend erforderlich ist bei der Arbeit in der Filmwerkstatt die Verlässlichkeit des Einzelnen. Klare, oft auch strikte Anweisungen müssen befolgt werden, egal ob sie vom Lehrer oder von autorisierten Mitschülern kommen. Schon die kleinste Unachtsamkeit kann zur Gefährdung anderer führen. Aus diesem Grund sind Rücksicht, Kooperationsfähigkeit, Verlässlichkeit und Ver-

antwortung Grundvoraussetzungen für das Gelingen der gemeinsamen Arbeit: alle sind aufeinander angewiesen. Das heißt allerdings auch, dass hier Unterricht nicht von einem Lehrer allein durchgeführt werden kann. Wegen der vielfältigen Gefahrenquellen (Elektrizität, empfindliche Geräte, Scheinwerfer, Kabel) ist immer ein zweiter fachlich kompetenter Pädagoge erforderlich (in diesem Fall ein Erzieher).

Reihe von Projekten fächerübergreifend oder in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen entstanden: Zum Beispiel ein Film über ein Solarprojekt der Schule für die Expo, eine Darstellung des Bezirks Wilmersdorf für das Bezirksamt. Im Schuljahr 2001/ 2002 wurden sogenannte „Studiogespräche“ mit Prominenten aus Politik und Medien durchgeführt, u.a. mit dem neuen polnischen Botschafter, Herrn Dr. Kranz, mit der Moderatorin der Tageszeiten, Anne Will, mit der Berliner Chefin des Verfassungsschutzes, Claudia Schmid, mit dem Altbundespräsidenten Richard von Weizsäcker, mit Walter Momper und Klaus Wowereit. Diese Gespräche wurden von ganz unterschiedlichen Schülergruppen vorbereitet und durchgeführt – ernst-

sation zulässt. Kontakte bestehen zu anderen Schulen mit ähnlicher Schwerpunktsetzung (gemeinsame Fortbildungen und gegenseitige Unterstützung geplant) in Berlin und Brandenburg. Darüber hinaus stehen Kooperationsverträge mit dem Museum für Kommunikation und VFT, einer Filmproduktionsfirma, kurz vor dem Abschluss.

Schulneubau mit neuer Ausstattung

Die Robert-Jungk-Oberschule ist eine der wenigen Schulen Berlins, die gerade noch einen Schulneubau erhalten haben. In guter Zusammenarbeit mit dem Schulträger und den ausführenden Betrieben ist es außerdem gelungen, das Gebäude weitgehend nach unseren Vorstellungen mit modernster Informationstechnik (Vernetzung von jedem Unterrichtsraum möglich, vier Computerräume) und mit einem Filmstudio mit modernster Technik (Avid-Schnittplatz) auszustatten. Kaum jemand wird ermessen können, was es für die beiden Kollegen hieß, das Studio in Eigenarbeit zu planen, umzuziehen und das neue Studio selbst aufzubauen – alles während des laufenden Schulbetriebs.

Die Räumlichkeiten im Schulneubau geben erstmals die Möglichkeit, die Arbeit der Filmwerkstatt systematisch und organisatorisch mit dem Fach Darstellendes Spiel zu verknüpfen (Studio, Aufnahmeraum und Theaterraum mit interner Verbindung), aber auch mit Fächern wie Deutsch, Kunst. Mit Hilfe der Vernetzung ist es jetzt möglich, die Produktionen der Filmwerkstatt für den Unterricht in den anderen Fächern verfügbar zu machen.

Unser nächstes Ziel ist es, unser Profil auch in eine Oberstufe einzubringen. Damit das gelingt, benötigen wir aber noch eine Menge Unterstützung und Fürsprache. Auch die Gewerkschaft ist da gefragt.

Ruth Garstka
Schulleiterin



Weizäcker.



Fotos: Robert-Jungk-Gesamtschule

zu mehr Konzentration, Anstrengung und Selbstdisziplin. Sie wirken mit am Prozess und gestalten das Ergebnis und werden auch in ihren Bedürfnissen ernst genommen. Anders als die alltägliche Unterrichtserfahrung vermuten lässt, entwickeln SchülerInnen hier einen hohen Qualitätsanspruch an das „Produkt“ und sind auch bereit, dafür viel Zeit einzusetzen. Mehr noch als in anderem Unterricht (z. B. beim Lerntraining) wird in der Filmwerkstatt deutlich, dass Selbstständigkeit, Verantwortung und Teamarbeit sich nicht aus-

antwortung Grundvoraussetzungen für das Gelingen der gemeinsamen Arbeit: alle sind aufeinander angewiesen. Das heißt allerdings auch, dass hier Unterricht nicht von einem Lehrer allein durchgeführt werden kann. Wegen der vielfältigen Gefahrenquellen (Elektrizität, empfindliche Geräte, Scheinwerfer, Kabel) ist immer ein zweiter fachlich kompetenter Pädagoge erforderlich (in diesem Fall ein Erzieher).

Studiogespräche

Schon in den Anfängen der Filmwerkstatt sind eine ganze

haft und gut durchdacht, wie die Gesprächspartner bestätigen.

Kooperationen über die Schule hinaus

Die Arbeit in der Filmwerkstatt ist nicht nur intern auf Kooperation angelegt, sondern auch nach außen. Die fächerübergreifende Arbeit ist grundsätzlich angestrebt und auch in einzelnen Projekten realisiert. Selbstverständlich ist die Filmwerkstatt auch für die Zusammenarbeit mit anderen Schulen, Institutionen offen – so weit es die Zeit und Organi-

Alles schon ver

Überlegungen zu 30 Jahren Berliner

Was war falsch an der Forderung der 68-er die Bildung zu demokratisieren? War die verklemmte, spießige Erziehung der 50-Jahre nicht längst überholt? Gingen durch die sogenannte antiautoritäre Erziehung Werte verloren? Wenn ja, dann fragt man sich ernsthaft, welche denn? Wer bedauert, dass SchülerInnen kritisch nachfragen? Meint man wirklich, dass Noten für Betragen und Fleiß und verordneter Religionsunterricht der Werteerziehung dienen? Eigentlich müsste jeder wissen,

dass es 1933 sowohl Kopfnoten und auch Religionsunterricht als Pflichtunterricht gab. Sogar die Kirchen waren voller als heutzutage. Diese platte, dumme Art der Diskussion um Bildungsdefizite und mangelnde Erziehung verhindert leider eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem Thema.

Ideen der repressionsfreien Erziehung

Warum wollte Willy Brandt mehr Demokratie wagen? War diese Parole nur Wahlkampf, oder dokumentierte sie eine Haltung, die gesellschaftlich ohnehin da war? In dieser Zeit sind unendlich viele Kinderläden gegründet worden als Gegenbewegung zur staatlichen repressiven Erziehung in den damaligen Kindergärten. Im übrigen haben die Ideen der repressionsfreien Erziehung die staatlichen Kindergärten reformiert. „Summerhill“ und „Die Nikitin-Kinder“ waren Bestseller und keine Bücher, die nur von spinnerten Studenten gelesen wurden. Alles falsch, oder nur vergessen?

Erlebte Undemokratie

Nicht vergessen habe ich die damalige gesellschaftliche Situation, die für LehrerInnen

durch Berufsverbote gekennzeichnet war. Es waren nicht die „faulen Säcke“, die aus dem Dienst entfernt wurden, sondern engagierte KollegInnen, deren einziger Fehler es war, Mitglieder der SEW, DKP, KPD, KBW zu sein. Trotz ihrer manchmal verschrobene Ideen waren sie kritische LehrerInnen, für viele zu kritisch. Viele KollegInnen haben mit mir unendlich viel Zeit aufgewandt, um das Thema Berufsverbote zu thematisieren und dagegen zu kämpfen. Der Kampf war letztendlich erfolgreich, hat aber seine Spuren hinterlassen. Vielen von uns hat er das Gefühl gegeben, nur mit Konfrontation und nicht mit vernünftigen Argumenten weiterzukommen.

Diese Grundhaltung dem Staat gegenüber ist bis heute geblieben, zumal die erlebte Realität in der Berliner Schulverwaltung diese Antihaltung bestärkte und noch weiterhin bestärkt. Wer erlebt hat, dass wichtige Funktionen in der Schulverwaltung – und nicht nur in dieser – nur nach Parteizugehörigkeit besetzt werden, kann von mir nicht verlangen, dass ich noch etwas ernst nehme. Ein Beispiel sei angeführt: Mitte der 80-er Jahre konnte ein SPD-Mitglied in einem CDU-Bezirk nicht Schulrat werden, wohl aber in einer großen Koalition Oberschulrat in der Senatsverwaltung. Zeigt sich hier das Qualitätsmanagement der Berliner Verwaltung? Alle wissen, dass Stellenbesetzungen auch noch heute so funktionieren, auch wenn man ein mehrtägiges Assessment durchführt. Der/die Geeignteste steht sowieso schon aufgrund der Parteizugehörigkeit fest. Es ist doch vernünftig von vornherein bekannt zugeben, dass die CDU die Stelle für die Leitung des LISUM und die SPD dafür die Stelle für die Leitung des LSA besetzt. Die



Alle Fotos aus der von blz 6/1976

In sämtlichen Medien sind die verheerenden deutschen PISA-Ergebnisse kommentiert und bewertet worden. Unabhängig von der politischen Zugehörigkeit der jeweiligen AutorInnen, besteht Einigkeit in der Forderung, dass das deutsche Bildungssystem grundlegend reformiert werden muss. Bei der Frage, wer Schuld an dieser offenkundigen Misere hat, gehen die Meinungen auseinander. Viele AutorInnen sind der Meinung, dass gerade die berühmte 68-er Generation in ihrer Funktion als Eltern und als LehrerInnen versagt hat und folglich die Verantwortung für das schlechte Abschneiden der Kinder trägt. Erziehung war zu antiautoritär, zu wenig Leistung wurde gefordert, auf die Bedürfnisse der Kinder wurde zu viel Rücksicht genommen. Ist dem wirklich so, oder soll eine schnelle Schuldzuweisung die gesellschaftliche Verantwortung für die Bildung und Erziehung beiseite schieben? Ich bin – mittlerweile als Alt-68-erin – immer noch engagiert als Schulleiterin an einer Hauptschule tätig. Ich habe dreißig Jahre lang die Berliner Bildungspolitik nicht nur beobachtet, sondern versucht, sie zu beeinflussen und mitzugestalten.

PISA hat unstrittig festgestellt, dass ein erfolgreicher Schulabschluss und Herkunft der Eltern in Deutschland korrelieren. Eine neue Erkenntnis? Was war falsch an der damali-

gen Forderung, Bildung für alle gesellschaftlichen Schichten zu ermöglichen? Waren die theoretischen Überlegungen von Bernstein, Negt, v. Werder u.a. falsch? Der zentrale Punkt der damaligen Bildungsdebatte war die kompensatorische Erziehung. Das Defizit der Herkunft sollte durch Bildung und Erziehung in und durch Schule kompensiert werden. Die Chancen für unterprivilegierte Kinder sollten drastisch erhöht werden. Der Begriff der Kompensation taucht jetzt wieder in den Medien als Forderung an unsere Schule auf. Offensichtlich waren die damaligen Überlegungen richtig. Heute pilgern Bildungspolitiker nach Finnland und staunen, dass es dort eine Schule ohne Aussonderung gibt. Schon vergessen, dass die 68-er nach Dänemark gepilgert sind, Tvind-Schulen besichtigt haben und diese Art der Pädagogik für unser Bildungssystem eingefordert haben. Alles vergessen, oder sich nie ernsthaft mit dem Schulsystem der Nachbarländer auseinandergesetzt? Schließlich fand das vor mehr als 30 Jahren statt. Erschreckend ist nur, dass unsere Bildungspolitiker keine 30-jährigen sind, sondern durchaus das Alter der 68-er haben. Ich frage mich, was haben die 1970 gemacht?



gessen?

Bildungspolitik.

Chance, dass man ein kompetentes CDU- oder SPD-Mitglied findet, ist doch gegeben.

Migranten leben schon länger bei uns

PISA hat weiterhin festgestellt, dass Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache in unserem Schulsystem im Vergleich zu anderen Ländern mit einer ähnlichen Migrationsgeschichte außerordentlich benachteiligt sind. Auch dieses Problem ist nicht neu, sondern seit 20 Jahren bekannt. Schon vergessen, dass LehrerInnen am Anfang der 80-er Jahre darauf hingewiesen haben, dass Migrantenkinder Gefahr laufen Analphabeten in 2 Sprachen zu werden? Gerade die GEW hat sich in diesem Bereich stark engagiert, um auf diese Situation aufmerksam zu machen und hat Wege aufgezeigt, dieses zu verändern. Und wieder ist nichts Grundlegendes passiert. Die zweisprachige Alphabetisierung war ständig begleitet vom Kampf (s.o.) die Stellen zu sichern und nicht von einer gründlichen Evaluation der Arbeit mit Migrantenkinder. Es ging ständig nur darum, zu verhindern, dass die ohnehin schon kläglichen Ansätze nicht auch noch aufgrund der Berliner Finanzlage gestrichen wurden. An einer inhaltlichen Diskussion und an einer ernsthaften Veränderung der schulischen Situation der Migrantenkinder hatte offensichtlich niemand Interesse bis auf die betroffenen KollegInnen. Deren Engagement wurde bestenfalls belächelt, meistens ignoriert.

Kindergarten als Bildungseinrichtung

Es war schon immer klar, dass der Besuch des Kindergartens und die vorschulische Erziehung bei der Förderung von Kindern und insbesondere der

Migrantenkinder eine wichtige Rolle spielen. Schon vergessen, dass Berlin in den 70er Jahren eine Jugendsenatorin hatte, die den Kindergarten als Bildungseinrichtung betrachtete? Vergessen, dass die monatlichen Beiträge lediglich ein Essenszuschuss waren, schließlich sollte in der Kita das Fundament für den späteren Schulerfolg gelegt werden? Die Antwort heute ist eine Vergrößerung der Gruppengröße und so hohe Beiträge, dass viele ihre Kinder nicht in die Kindertagesstätte schicken.

Rotstiftpolitik ist ein alter Hut Die Streichungen im Bildungsbereich sind keine Erfindung der 90er Jahre. Schon vergessen, dass der damalige Berliner Schulsenator Carl-Heinz Evers 1970 zurückgetreten ist,

STREICHUNGEN IM BILDUNGSBEREICH

SIND KEINE ERFINDUNG DER 90ER JAHRE

weil er der festen Überzeugung war, dass mit den damaligen Mitteln eine vernünftige Schulpolitik nicht zu machen sei? Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass ich vor über 30 Jahren den Unterricht vorzeitig beendet habe und mit Schulleitung und KollegInnen in die Hasenheide gepilgert bin, um meine Solidarität mit dem Schulsenator zu demonstrieren und gegen die Streichungen im Bildungsbereich zu protestieren. War die Demonstration während der Dienstzeit falsch? Sicherlich nicht. Im übrigen wurde der damalige Lehrerstreik nicht geahndet, im Gegensatz zu der Arbeitsniederlegung im Jahre 2000, die eine völlig überzogene bürokratische Reaktion zur Folge hatte.

Diskussion beleben

Die Ergebnisse der PISA-Studie haben bewiesen, dass Proteste und auch Streiks zwingend notwendig und gerechtfertigt sind. Nur, wer soll sich aufregen, demonstrieren, streiken – die Alt-68-er? Nicht nur die GEW, die KollegInnen, sondern auch SchülerInnen haben sich über die zunehmende Vergrei-



sung der Kollegien beschwert. Es ist eine Binsenweisheit, dass junge KollegInnen in der deutschen Schule gebraucht werden, um mehr Schwung in die verkrusteten Strukturen zu bringen. Unterricht und Erziehung wird auch lebendig durch unterschiedliche Auffassungen und heftige Diskussionen. Dieses kann aber nicht stattfinden, wenn nur vereinzelt junge Menschen eingestellt werden.

Eine dreißigjährige Wut

Diese 30 Jahre alten Erfahrungen, dieses Déjà-Vu-Erlebnis, macht viele KollegInnen unendlich wütend. Die Reaktionen sind unterschiedlich. Viele resignieren, viele versuchen das Beste aus der Situation zu machen. Die Arbeit findet dennoch keine Anerkennung. Die Pflichtstundenanzahl soll heraufgesetzt werden, Ermäßigungstatbestände werden abgebaut, die Arbeitszeit wird verlängert. Ein müdes Schulterzucken der KollegInnen war die häufigste Reaktion nach Veröffentlichung der PISA-Studie. Dieses ist verständlich, wenn man feststellt, dass man 30 lange Jahre die jetzt von der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommenen Probleme thematisiert hat und feststellt, dass offensichtlich niemand an einer wirklichen Veränderung des deutschen Bildungssystems interessiert ist.

Die eigenen Fehler

Man kann nicht nur die Fehler der anderen Revue passieren lassen, sondern muss auch die eigenen Versäumnisse aufzeigen. Wir haben uns viel zu wenig in die Bildungspolitik ein-

gemischt. Wir hätten die positiven Ansätze stärker unterstützen müssen. Als in Berlin Gesamtschulen eingerichtet wurden, haben wir diese nicht genügend unterstützt, sondern kritisiert und genölt. Zu diesem Zeitpunkt hätten wir die Dreigliedrigkeit unseres Schulwesens sehr viel stärker thematisieren müssen. Statt dessen haben wir uns in unseren Gymnasien eingekniet und gemurmelt, dass das Leistungsniveau sinkt, anstatt zu versuchen das eigene Gymnasium als Gesamtschule auszubauen. Dass die Politik diesem Gedanken nicht gefolgt wäre, kann als Entschuldigung nicht gelten, da es nie versucht wurde. Die Entwicklung der damaligen Mittelstufenzentren und die Situation der heutigen Gesamtschulen in den neuen Bundesländern geben uns Recht. Mittlerweile ist die Diskussion über unser dreigliedriges Schulsystem nicht mehr erwünscht, trotz PISA-Studie und den Erfahrungen unserer Nachbarn.

Schüler- contra Lehrerinteressen

Wir haben uns zu stark von den Lehrerverbänden die Bildungspolitik diktieren lassen. Damit ist nichts gegen eine starke Lehrgewerkschaft gesagt, dennoch sind die Interessen der LehrerInnen nicht unbedingt diejenigen der SchülerInnen. In vielen Fällen waren wir blind, wenn es um die Fehler und auch Unfähigkeit von KollegInnen ging. Es kam und kommt eine klammheimliche Freude auf, wenn ein Kollege, der offensichtlich unfähig ist, lediglich an eine andere Schule umgesetzt wurde, die dann das Problem hatte. Es war

→ falsch, sich gegen Umsetzungen zu wehren. Man hätte diese als Erfahrungsgewinn betrachten müssen und nicht von vornherein als Bestrafung.

Wir sollten uns Vorwürfe machen, dass wir uns nicht hinreichend um die Belange der Migrantenkinder gekümmert haben. Wir hätten viel stärker deren Recht auf Bildung einfordern und die ausländischen KollegInnen stärker in die Pflicht nehmen müssen. Statt dessen haben wir uns um deren gerechte Bezahlung gekümmert und dies nicht an Deutschkenntnis gekoppelt. Warum haben wir nicht gesagt, dass eine gleiche Bezahlung nur mit einer staatlichen Zusatzprüfung zu erhalten ist?

Elternpflicht

Wir hätten auch die Eltern – deutsche wie ausländische – stärker in die Pflicht nehmen müssen. Statt dessen haben wir zugesehen, wie sich immer mehr SchülerInnen aus der Schule verabschieden. Die gesellschaftliche Entwicklung unserer Kinder ist an der Schule glatt vorbeigegangen. Wir haben dieses leider auch zugelassen.

Wird sich etwas ändern?

Es steht den LeserInnen frei, die Fehler der einen gegen die Fehler der anderen aufzuzurechnen. Fest steht für mich, dass die PISA-Studie die bildungspolitischen Gemüter zwar bewegt, es aber anzunehmen ist, dass sich nichts Grundlegendes verändern wird.

Die berühmten Alt-68-er gehen langsam auf die 60 zu und sind begreiflicherweise müde. Auch ich bin es leid, feststellen zu müssen, dass ich seit 30 Jahren dasselbe sage, weil sich immer noch nichts verändert hat.

Karla Werkentin
ist Schulleiterin in
Weißensee



Schuldistanzierte in Berlin

Bislang gab es keine gesicherten Zahlen über Fehlzeiten in der Berliner Schule. Dauerhaftes Fehlen hat viele Gesichter: Krankheit, Geschwister beaufsichtigen, Arbeiten im Gemüseladen der Familie, Schulangst sowie das „klassische Schwänzen“. Die Landeskommision gegen Gewalt bei Senatsbildungsverwaltung erhielt vor einem Jahr den Auftrag, in einer interdisziplinär zusammengesetzten Arbeitsgruppe das Problem zu analysieren, Umfang und Ursachen zu ergründen sowie Vorschläge zu entwickeln für erfolgreiche Strategien. Dabei stützte sich die AG wesentlich auf die Untersuchungen von Dr. Thimm/Brandenburg. Thimm unterscheidet außerschulische und schulische Ursachen für schuldistanziertes Verhalten. Da wir in den Schulen auf die außerschulische Seite wenig Einfluss haben interessiert mich besonders die schulische Seite. „Schule ist langweilig“, „Ich verstehe sowieso nichts“, „Die Lehrer interessieren sich ja nicht wirklich für mich“ – das sind Schüleräußerungen, die das System Schule angreifen. Bestätigt wird das durch die aktuellste OECD-Studie, in der Deutschland bei dem Kriterium, wie Schüler sich in deutschen Schulen individuell unterstützt fühlen, wiederum auf einem der hintersten Plätze landet. Das alles ist nichts grundsätzlich Neues – trotzdem leistet sich Deutschland hartnäckig eine Schulkultur, die auf Selektion statt Förderung aufbaut, die statt eines individuellen Feedbacks auf Zensuren besteht, die das Sitzenbleiben nach wie vor für sinnvoll hält, die kognitives Lernen im klassischen Frontalunterricht handlungsorientiertem Projektunterricht vorzieht, die nicht zuletzt an der Schimäre von der homogenen Lerngruppe, abgesichert durch das dreigliedrige Schulsystem, festhält – und das alles trotz umfangreicher wissenschaftlicher Untersuchungen, die seit Jahr-

zehnten das Gegenteil beweisen. Was soll ein Hauptschüler, der zum dritten Mal eine 7. Klasse besuchen soll, anderes tun, als zum Schuldistanzierten zu werden, wenn er noch halbwegs gesund ist?

In der AG wurde eine Umfrage entwickelt, die vor den Sommerferien mit einem Rücklauf von 97 Prozent in allen Schulen durchgeführt wurde und zu den jetzigen Ergebnissen führte. In der blz wurde mehrfach Kritik an dieser Umfrage geäußert. Zu zwei Kritiken meine Antwort:

1. *Warum wurde nicht differenziert nach entschuldigt und unentschuldigt?* Bekanntermaßen werden viele Fehlzeiten entschuldigt, ohne dass dafür ein akzeptabler Grund vorliegt. Und das immer wiederkehrende entschuldigte Fehlen eines Schüler mit Bauchschmerzen oder Angst weist im Zweifelsfall genauso auf Defizite in der Schule hin wie unentschuldigte Fehlzeiten.

2. *Die besondere Erfassung der Fehlzeiten von SchülerInnen nichtdeutscher Herkunftssprache sei diskriminierend.* Diese Kritik ist vordergründig und oberflächlich. Spätestens seit PISA weiß man, dass ausländische Jugendliche in unserem Bildungssystem besonders benachteiligt sind und besonders häufig keinen Schulabschluss erreichen. Was liegt näher als die Vermutung, dass sich dies auch in besonders hoher Schuldistanz niederschlägt, also etwa nach dem Motto „Schulschwänzen ist vor allem ein Problem der Ausländer“. Die besondere Erfassung dieser SchülerInnen sollte Klarheit bringen. Die hat die Befragung gebracht: das Problem ist bei ausländischen SchülerInnen unwesentlich größer als bei deutschen!

Ergebnisse der Schulumfrage

Rund 15.000 SchülerInnen fehlten in Berlin mehr als 20 Tage im zweiten Halbjahr des vergangenen Schuljahres, das sind knapp 5 Prozent aller Schüle-

rinnen in den Klassen 1-10. Dass es allein in den Hauptschulen 2700, also fast 19 Prozent sind, überrascht nicht wirklich. Die Bündelung schwieriger SchülerInnen in den Hauptschulen führt nicht selten dazu, dass viele KollegInnen froh sind über die, die fehlen.

Worin liegt die Chance der veröffentlichten Befragung?

In der AG sind wir uns einig, dass sich ohne weitgehende Reformen nichts an der dramatischen Situation ändern wird. Deshalb werden Vorschläge erarbeitet, die die pädagogische Arbeit in den Schulen, eine verbesserte und verbindliche Kooperation zwischen Schule und Jugendämtern und die Veränderung rechtlicher Rahmenbedingungen (u.a. die Versetzungsordnung) umfassen. Einigkeit besteht auch darin, dass Reformen nicht nur kostenneutral zu haben sind. So wird gefordert, dass im Bereich der Hauptschulen gekoppelt an erfolgreiche Konzepte eine durchgehende Doppeltsteckung realisiert wird.

Angesichts des Bedarfs an Beratung und Hilfe mutet es an wie eine Geschichte aus dem Tollhaus, dass die Ausdünnung der Schulpsychologie um mehr als 30 Prozent immer noch fortgesetzt wird: eine Psychologin ist in Berlin für mehr als 5000 SchülerInnen zuständig. Die Situation wird sich dramatisch verschlechtern, wenn diese Kürzung ab Januar 2003 Realität wird. Ich hoffe, dass in letzter Minute doch noch Sachverstand die Oberhand gewinnt und die langjährig arbeitenden KollegInnen ihre Kompetenz weiter einbringen können. Nutzen wir also die Chance und suchen Bündnispartner, die ernsthaft daran arbeiten, Bedingungen in Schule und Gesellschaft, die zu schuldistanziertem Verhalten beitragen, zu verändern.

Siegfried Arnz

ist Schulleiter der Werner-Stephan-Hauptschule
in Tempelhof
Informationen: www.senbj.s.berlin.de

Das Landesschulamt ist seit seiner Gründung 1995 nicht aus den negativen Schlagzeilen heraus gekommen. Weder der mehrfache Wechsel an der Spitze noch die regelmäßigen Umstrukturierungen (wer erinnert sich noch, wie viele es waren?) haben die größte Behörde Deutschlands effizienter werden lassen.

Die Motivation der MitarbeiterInnen des LSA ist mittlerweile durch die zahlreichen Umstrukturierungen, die Bezirksfusion und den bevorstehende dritten Umzug der Behörde auf einen neuen Tiefstand gesunken. Zumal die meisten Beschäftigten ihren jetzigen Leiter Ludger Pieper allenfalls aus der Presse kennen. In dieser Situation und nur wenige Wochen vor der wohlverdienten und schwer erarbeiteten Auflösung des LSA publiziert die Leitung nun ein Leitbild für die Beschäftigten der Behörde. Die naheliegende Frage, wozu das LSA gerade jetzt ein neues Leitbild benötigt, wird in dem Falblatt so beantwortet: „Wir, die Verwaltung und Schulaufsicht des LSA wollen unsere Zukunft aktiv mitgestalten. Dieses Leitbild ist unser Diskussionsbeitrag zur Entwicklung einer gemeinsamen Behördenkultur der neuen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport.“ Es ist also eigentlich kein Leitbild für das Landesschulamt, sondern für die Senatsschulverwaltung ins-

Wir informieren alle Beteiligten und erzeugen Transparenz

Das Landesschulamt (LSA) hat sich kurz vor der Auflösung ein Leitbild gegeben. Warum eigentlich?



gesamt. Ein hoher Anspruch. Die Aussagen im Leitbild über die Führungskräfte sind Plattheiten und haben mit der Realität wenig zu tun. Wer es aber durch seine Erfahrungen im Alltag noch nicht bemerkt hat, der weiß jetzt, dass „unsere Führungskräfte Vorbilder (sind)“, „fachlich und sozial kompetent“ sind sie sowieso, das steht sinngemäß schon in § 6 Verwaltungsreform-Grundsätze-Gesetz (VGG) von 1999 –

und was im Gesetz steht muss wohl so sein. Da muss man nicht noch ein Leitbild erfinden. Aber weiter: Wer schon einmal mehrere Monate auf eine Antwort vom LSA gewartet hat, weiß es zu würdigen, wenn im Leitbild steht, „wir bewältigen unsere Aufgaben präzise und zeitnah“. Wer schon einmal mit dem Leiter des LSA verhandelt hat, versteht den tieferen Sinn der Formulierung „wir halten uns an Absprachen“. Wer in dem Leitbild des LSA erfährt, dass „wir die Persönlichkeit aller (achten), ...die Leistungen anderer (würdigen) und Anerkennung aus (sprechen)... und einen vertrauensvollen, fairen und offenen Umgang (pflegen)“ dem fallen auf Anhieb ein Dutzend Umsetzungen ein, bei denen deutlich wurde, dass der einzige Maßstab für das Verwaltungshandeln der Stellenplan ist.

Bestimmte Formulierungen aus dem VGG fehlen leider im Leitbild des LSA: Zum Beispiel Befragungen der Beschäftigten zum Führungsverhalten,

die im Paragraphen 6 (8) VGG alle zwei Jahre vorgeschrieben sind. Kein Wunder: Der Leiter des LSA hat eine entsprechende Initiative von Personalräten aus dem Schulbereich gerade ausgebremst.

Nun ist ein Leitbild ja gewissermaßen eine Zielvereinbarung, eine Verständigung auf Führungsprinzipien innerhalb einer Verwaltung. Da eine Verwaltung nicht nur aus der Leitung besteht, müssen Personalrat und Beschäftigte ebenfalls die Möglichkeit haben, ihre Vorstellungen einzubringen. Aber weder wurde der zuständige Personalrat beim LSA gefragt, noch die Beschäftigten. Das jetzt publizierte Leitbild ist also eine Zielvereinbarung, die die Leitung mit sich selbst abgeschlossen hat. Wohl als Einstandsgeschenk für die Fusion von LSA und Senatsschulverwaltung. Ob diese sich dafür bedanken wird?



Manfred Triebe

anzeige

passat REISEN

24 Std. INFOLINE 69 58 210

FAXABRUF 69 58 22 30

WWW.PASSAT-REISEN.DE

10561 KREUZBERG	10565 TIERGARTEN	10561 WERDING	10561 EICHENDORFSHAIN	10565 BRÜNNENBERG
Grünwaldstraße 97 Ecke Solmsstraße Mo-Fr 10-20 / Sa 10-15 4 95 82 - 0	Waldstraße 60 Ecke Turmstraße Mo-Fr 10-19 / Sa 10-15 3 95 80 - 25	Müllerstraße 59a U-Bht. Rehberge Mo-Fr 10-14 u. 15-19 4 52 50 - 47	Boxhagener Straße 123 U-Bht. Frankfurter Tor Mo-Fr 9-18 / Di 9-21 / Sa 10-13 29 34 03 - 0	Grunwaldstraße 44 U-Bht. Bayrischer Platz Mo-Fr 10-19 / Sa 10-15 21 28 06 - 0

www.passat-reisen.de

Gewinnen Sie im aktuellen Gewinnspiel:

- 2 Flüge mit dem City-Shuttle der Air Berlin
- Berlin - London-Stansted

AIR-BERLIN
We fly Europe

Fincas, Casas, Casitas... auf den Kanaren

mit angenehmen Temperaturen das ganze Jahr bestens geeignet für einen naturnahen, ruhigen **Badeurlaub**.

Zum Beispiel La Palma

Versteckte Badebuchten, ausgedehnte Kiefern-wälder, riesige Bananenplantagen, tiefe Barrancos & wildzerklüftete Felslandschaften.

Die Kanarische Schweiz – ideal auch zum Wandern!

Viele Top-Angebote und Reise-Infos auch im Internet.

Casa Blanca

Traumhaus in bester Lage bei Los Llanos. Schöner Garten, 2 Terrassen, 2 Schlafzimmer, großer Küchen-Wohnbereich, Bad, Sat-TV, Großer Pool (nicht beheizbar).

Bis 2 Personen € 41,- pro Tag (jede weitere Person € 8,-/Tag, Kinder bis 12 Jahre frei.

Zur Landesdelegiertenversammlung am 27./28. November liegen konträre Beschlussträge vor. Über den Ausgang der Diskussion können wir erst im Januar berichten. Hier der Beschluss des GLV:

1. Grundsätzliches

Die GEW Berlin erwartet eine Weiterentwicklung der Berliner Schule, die zu einer Erhöhung der Qualität der Schule führt:

- Höhere Qualifizierung von Schülerinnen und Schülern im Hinblick auf ihre zentralen Kompetenzen in allen Bereichen
- Deutliche Erhöhung der Zahl der Absolventen mit höheren Schulabschlüssen einschließlich des Abiturs.

Dies bedeutet aus Sicht der GEW grundlegende Veränderungen beginnend mit der vorschulischen Erziehung und nicht in erster Linie organisatorische Umgestaltung in der gymnasialen Oberstufe. Aus der Sicht der GEW BERLIN ist daher nicht die Dauer der Schulzeit bis zum Abitur entscheidend, obwohl eine Verkürzung, die den Absolventen die Möglichkeit eröffnet, Studium oder Berufsausbildung früher zu beginnen, sicherlich aus der Sicht der Jugendlichen ihre Vorteile hat. Entscheidend ist vielmehr die inhaltliche Ausgestaltung dieser organisatorischen Veränderung hinsichtlich Lehrplänen und Didaktik, aber auch der materiellen und personellen Ausstattung. Eine fundierte Stellungnahme hinsichtlich der genannten Kriterien ist schon deshalb schwierig, als vermutlich auch wegen der Eile des Verfahrens diskutierbare Vorlagen über Absichtserklärungen zu einzelnen Punkten hinaus nicht vorhanden sind. Wenn dann ein Zeitrahmen von zwei Monaten für die Diskussion vorgegeben wird, ist ein Konflikt mit den Grundsätzen der GEW hinsichtlich Beteiligung der Betroffenen und Transparenz in der öffentlichen Diskussion schuli-

scher Angelegenheiten vorprogrammiert.

Aus Sicht der GEW Berlin ist natürlich auch zu prüfen, ob eine Mehrbelastung der Lehrerinnen und Lehrer eintritt, und in welcher Weise diese ausgeglichen oder aufgefangen wird.

Bedacht werden sollte auch, dass schon 1992 eine Schulzeitverkürzung geplant war. Sie sollte dem Ziel einer Verschärfung der Bedingungen und der Verringerung der damals als überhöht angesehenen Abiturientenzahlen dienen, ein Ziel, das noch 1997 in Äußerungen führender Mitarbeiter von SenSchul anklang. Vor diesem Hintergrund muss die inhaltliche Ausgestaltung des neuen Ansatzes von 2002 genau betrachtet werden: die gleiche Maßnahme soll nun plötzlich der Erhöhung sowohl der Qualität als auch der Absolventenzahlen dienen.

2. Zum Verfahren

Das Verfahren der Entwicklung und Umsetzung der Reform der gymnasialen Oberstufe weist erhebliche Mängel besonders hinsichtlich der Transparenz auf:

- Zur VOGO gehört eine AVPA, in der die Ausgestaltung der Abiturprüfung geregelt wird. Insbesondere bei der geplanten Einführung zentraler Prüfungen in einigen Fächern in Verknüpfung mit der Schulzeitverkürzung kommt es auf

DIE DISKUSSIONSZEIT IST

MIT ZWEI MONATEN

ZU KURZ BEMESSEN

das Detail an, vor allem zur Einschätzung hinsichtlich Öffnung oder erhöhte Selektivität des Abiturs. Der VOGO-Entwurf enthält naturgemäß nur eine generelle Ermächtigungsklausel für zentrale Prüfungen.

- Es werden keinerlei Aussagen über die Rahmenbedingungen gemacht, unter denen Lehrkräfte und Schülerinnen

Reform der gymna

Eine „Erste Stellungnahme der GEW zum Entwurf der VOGO“ des
Geschäftsführenden Landesvorstand auf seine



die doch erhebliche Verdichtung des Unterrichts – an der Gesamtsumme der Stunden soll sich ja nichts ändern (KMK-Vereinbarungen) – leisten sollen. Derzeit wird niemand große finanzielle Zusagen hinsichtlich der Ausstattung der Schulen – Aufenthaltsräume, Büchereien, Computerzugang, Essensversorgung – erwarten dürfen. Aber wenigstens sind Absichtserklärungen notwendig, in welcher Weise diese Probleme zukünftig angegangen werden sollen.

- Es fehlen bisher verbindliche Aussagen hinsichtlich der Arbeitsbelastung. Das ist um so gravierender, als schließlich die Absicht besteht, den nach Abschluss des Abiturs Ende März bis zu den Sommerferien dann nicht mehr zu erteilenden Unterricht in eine

höhere Unterrichtsbelastung umzurechnen – aber nach welchem Schlüssel?

Solche erheblichen Leerstellen im Kontext von zeitlichem Druck im Verfahren seitens der Senatsverwaltung sind geeignet, bei den Betroffenen Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Erklärungen hinsichtlich von Beteiligung und Diskussionsphase zu erzeugen.

3. Organisationsform und Inhalte

Die Bestimmungen der VOGO sind geeignet, die Selektivität der gymnasialen Oberstufe zu erhöhen und den Zugang zum Abitur zu erschweren mit dem möglichen Ergebnis geringerer Absolventenzahlen.

- Die Verdichtung der Unterrichtsbelastung ist insbesondere für Jugendliche aus sozi-

sialen Oberstufe

wurf einer neuen VOGO“ hat der
r Sitzung am 4. November beschlossen.



Foto: Manfred Vollmer

Richtung einer methodischen Einführung in die oberstufenspezifische Arbeitsweise verbunden wäre. Darüber fehlt aber jede Aussage. Dies ist insbesondere für die Aufbauform der gymnasialen Oberstufe von Bedeutung, aus der bereits unter jetzigen Bedingungen ein hoher Anteil – übrigens ohne jede statistische Erfassung durch die Senatsverwaltung – erfolglos ausscheidet. Die ins Auge gefassten Stützungsmaßnahmen – Zusatzkurse – bedürfen noch der näheren Erläuterung.

- Die Einschränkung der Möglichkeiten, ein gewähltes Leistungsfach nach einer Erprobungsphase zu wechseln, stellt für viele Jugendliche eine Verschärfung dar, insbesondere, wenn es sich um Aufbauschüler oder Jugendliche aus einem bildungsfernen Milieu handelt.

- Der Wegfall des Leistungskurses Sport ohne jede öffentliche Diskussion, der eigentlich mit der angestrebten Schulzeitverkürzung nichts zu tun hat und wohl nur Gelegenheitshalber – Erfüllung eines langgehegten Wunsches – mit eingefügt wurde, schränkt den Kreis möglicher Abiturienten weiter ein.

- Die geplanten Veränderungen im Fach Politische Weltkunde – nunmehr Politische Bildung – werden weder inhaltlich noch organisatorisch zur öffentlichen Diskussion gestellt. Gerade für dieses Fach ist ein solches Verfahren äußerst fragwürdig.

- Inwiefern die Einführung zentraler Prüfungen in einigen Fächern die Wahlmöglichkeiten einschränkt, wird davon abhängen, ob diese Fächer verbindliche Prüfungsfächer sein müssen oder nicht. Darüber gibt es bisher keine Unterlagen.

- Die Einführung eines fünften Prüfungsfachs, die neuen Prüfungsverfahren Eingang

DIE BEDENKEN DER GEW

KÖNNEN NUR DURCH EINE GRÜNDLICHE

DISKUSSION AUSGERÄUMT WERDEN

verschaffen soll und von dieser Intention her zu begrüßen wäre, erhöht den Druck in der zeitlich verkürzten Oberstufe weiter. Innovative Elemente werden zum Ausleseinstrument, wenn sie draufgesattelt werden, anstatt andere Elemente zu ersetzen. Die bisher bekannt gewordenen Pläne zu Inhalten und Anforderungen weisen darüber hinaus auf eine Begünstigung von Jugendlichen aus der akademischen Mittelschicht hin.

- Der Ausschluss bestimmter Fremdsprachen – nämlich Russisch und Türkisch als Muttersprachen zahlreicher Jugendlicher mit Migrationshintergrund – ist nicht geeig-

net, die Benachteiligung solcher Jugendlicher, wie sie die PISA-Studie nachweist, auszugleichen.

In allen diesen Punkten besteht Gesprächs- und Klärungsbedarf. Es darf bezweifelt werden, ob dies in zwei Monaten aufzuarbeiten ist.

4. Schlussfolgerung

Die Vorteile der Neuregelung bestehen in der Verkürzung der Schulzeit und in der Vermeidung einer die Durchlässigkeit weiter einschränken Veränderung in der Sekundarstufe I.

- Aus der Verkürzung der Schulzeit wird aber – wegen der organisatorischen Gegebenheiten bei Ausbilden und Hochschulen – nur ein Teil der Schülerinnen Vorteile ziehen können.

- Angesichts der Verdichtung in der verkürzten E-Phase steht zu befürchten, dass mittelfristig und unter anderen politischen Rahmenbedingungen doch noch Ausleseentscheidungen in die Mittelstufe vorverlegt werden.

Die oben genannten Bedenken sind dem gegenüber aus Sicht der GEW so erheblich, dass sie nur durch eine lange und gründliche, durch Ergebnisoffenheit gekennzeichnete Beratungsphase ausgeräumt werden können. Der Schulsenator wird daher aufgefordert, den unrealistischen Zeitplan der Umsetzung aufzugeben und in einen gründlichen Diskussionsprozess einzutreten. ■

al schwachen Familien – insbesondere, wenn sie auf Jobs angewiesen sind – sicherlich eine Verschärfung.

- Die Verkürzung der Einführungsphase wäre nur dann akzeptabel, wenn damit eine konsequente pädagogische und didaktische Umgestaltung in

anzeige

Ihr gutes Recht

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Muss ich bei Smog-Alarm in der Schule anwesend sein? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement der Loseblattsammlung Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Das Werk gibt es zum selben Preis auch auf CD-Rom!

**GEWIVA, Ahornstr. 5, 10787 Berlin
Tel: 21 99 93-62**

57 €

(für Nichtmitglieder: 67 €)

*Bei Zusendung zusätzlich 7 € Versandkosten



CONTRA

Seiteneinsteiger werden als „Botschafter der Berufswelt“, als chancenreiche personelle Verknüpfung von Schule mit der Berufswelt und damit als Lösung des angeblichen Problems, dass berufsbildende Schulen zu wenig Praxisbezüge vermitteln, gepriesen. Praxiserfahrungen, auch wenn diese – was häufig anzutreffen ist – aus sehr speziellen Bereichen stammen, sollen künftig neben einem fachbezogenen Hochschulstudium hinreichend für den Eintritt in den Lehrerberuf sein. Didaktisch-methodische, diagnostische, lernpsychologische Kenntnisse und vor allem ein pädagogisches Grundlagenwissen spielen als berufsqualifizierende Eingangsvoraussetzung für die Aufnahme einer Lehrtätigkeit offensichtlich keine Rolle mehr. Der klassische Berufsschullehrer, der neben einem fachwissenschaftlichen Studium ein erziehungswissenschaftliches Studium absolviert, darüber hinaus Schulpraktika durchführt und zudem in aller Regel eine Berufsausbildung vorweisen kann, wäre folglich ebenso wie der Hochschulabsolvent mit abgeschlossenem Studienratstudium mit dem Seiteneinsteiger völlig gleichgestellt.

Sollten sich dann doch noch einige Verwegene für das Studium zum Berufsschullehrer entscheiden, so müssten sie bei ihrer später anstehenden Übernahme in den Schuldienst damit rechnen, von nicht einschlägig berufsqualifizierten Diplom-Absolventen resp. Seiteneinsteigern verdrängt zu werden. Damit soll nicht ausgedrückt werden, dass Seiteneinsteiger nach einer qualifizierten Ausbildung grundsätzlich nicht gute Lehrer sein können, aber das Berufsbildungssystem darf nicht auf einer derart naiven, im übrigen die aktuell diskutierten Anforderungen an Lehrer ignorierenden „Konzeption“ aufgebaut werden.

Kollege Silbernagel geht in der blz 10 noch einen Schritt wei-

Seiteneinsteiger statt ausgebildete Lehrkräfte?

Der Artikel von Wilfried Silbernagel in der blz 10/02 ruft unterschiedliche Reaktionen hervor.

ter, indem er die Abschaffung des Referendariats fordert und stattdessen ein „berufsbegleitendes Training“ – was auch immer das sein mag – vorschlägt. Nun kann die jetzige Form der Lehrerausbildung sicherlich in einiger Hinsicht verbessert werden, aber sollte sie deswegen gleich völlig abgeschafft werden? Man stelle sich vor, in einigen Jahren würden die berufsbildenden Schulen überwiegend aus angeleiteten Seiteneinsteigern ohne fundierte didaktische und pädagogische Ausbildung bestehen. Schulen werden dann gerade keine „Kompetenzzentren“ sein, sondern technisch gut ausgestattete Verwahranstalten.

Dem Kollegen Silbernagel ist vermutlich nicht bewusst, dass sein Rundumschlag lehrer- und bildungsfeindliche Strömungen im Lande unterstützt. Jene Kräfte, die von Pädagogik nichts halten, die ihre Erfahrungen aus der eigenen Schulzeit als hinreichend für ihre pädagogische Profession ansehen und die didaktische Fragestellungen als lästig empfinden, werden sich durch diesen Bericht bestätigt fühlen: Weshalb brauchen Lehrer eine eigene berufsqualifizierende Handlungskompetenz? Und natürlich würde die Umsetzung der Forderungen mit einer massiven Verschlechterung der Bezahlung einhergehen. Damit sind die Schlüsse des Berichts auch aus gewerkschaftlicher Sicht inakzeptabel und abzulehnen, aus bil-

dungspolitischer Sicht erst recht.

Peter Assfalg, Hartmut Hannemann, Claudia Holland, Fritz Idler, Thomas Pinnow, Michael Pospiech, Ursula Wathling, Manfred Windhausen

PRO

Wir brauchen Seiteneinsteiger nicht als Notprogramm, sondern kontinuierlich als personelle Verknüpfung mit der Berufswelt. Die Verzahnung von Schule und Berufspraxis muss auf vielen Ebenen stattfinden. Das erste Staatsexamen sollte man in ein universitäres Diplom umwandeln, das Referendariat durch ein zweijähriges berufsbegleitendes Training bei voller Bezahlung ersetzen.

Die Berufsschule braucht „Seiteneinsteiger“, die Praxisnähe durch langjährige Berufstätigkeit ist nicht zu ersetzen. Ich selbst bin als bauleitender Architekt spezialisiert auf IT im Bauwesen. Aus meiner Sicht ist es unmöglich Architektur zu unterrichten, ohne mehrere Jahre auf Baustellen verbracht zu haben. Auch die Einrichtung eines Architekturbüros mit EDV ist ohne unmittelbaren Praxisbezug undenkbar. Bei allen meinen Kollegen verquickt sich die Lehre mit langjährigen Berufserfahrungen. Z.T. fungierten die Kollegen in leitenden Funktionen oder führten ihren eigenen Betrieb. Unser Schwung wird nicht so bald nachlassen.

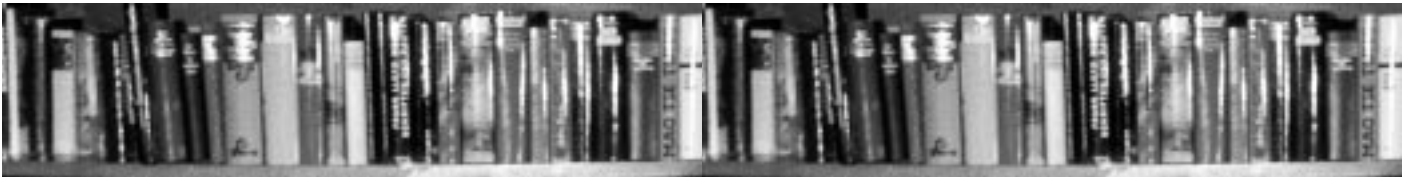
Selbstständigkeit und Eigeninitiative sind für uns selbstverständlich. Wir haben zum großen Teil Management Erfahrung und schieben auch heute noch Projekte in der Berufsschule an.

Dazu kommt, unsere Schüler an den Berufsschulen sind beinahe erwachsen, können meist wie Erwachsene unterrichtet werden. Hier ist kein pädagogisches Konzept wie an Grund- und Hauptschulen gefragt. Es gibt durchaus einige Seiteneinsteiger, die ein Lehramtsstudium angefangen hatten, aber alltagsnahe pädagogische Konzepte, z. B. im Umgang mit Konfliktbewältigung, wurden uns im Studium nicht vermittelt. Die haben wir von erfahrenen Kollegen in berufsbegleitenden Seminaren kennen gelernt.

Es ist eine Notwendigkeit, Berufswissen durch ständige Einstellung von Seiteneinsteigern aktuell zu halten! Die durch Berufs- und Lebenserfahrung erworbene soziale Kompetenz kommt unseren Schülern unmittelbar zugute. Auch neue Methoden im Unterricht – z. B. Lernfeldorientierung – werden von Seiteneinsteigern gerne aufgenommen. Wir haben ja noch keinen verfestigten Lehrstil! Das Argument der „engen Spartenerfahrung“ ist absurd; nahezu alle Seiteneinsteiger sind Hochschulabsolventen. Und: nichts spricht gegen die Teambildung mit Referendaren und Lehrern anderer Fächer. Auf diese Weise können Synergieeffekte genutzt werden! So profitieren nicht nur die Schüler sondern auch die (neuen) Kollegen. Wir beabsichtigen nicht, dass das Lehrstudium wegen der erfolgreichen Eingliederung von uns Seiteneinsteigern überflüssig gemacht wird, sondern wollen lediglich die Berufsschulpraxis durch unsere sicher wertvollen praktischen Erfahrungen bereichern und ergänzen! Die Gleichstellung mit unseren Studienratkollegen in finanzieller- und formaler Hinsicht ist für uns eine logische Selbstverständlichkeit.

Peter Dederer

Sprecher der Seiteneinsteiger



Als langjähriges Mitglied des „IASL – International Association for School Librarianship“ wurde mir bei der Veröffentlichung von PISA sofort klar, dass die Länder auf den ersten Plätzen der internationalen Rangordnung allesamt ein umfangreiches Schulbibliothekswesen haben – anders als die deutschen Schulen. Der relativ schlechte Rangplatz des deutschen Schulwesens steht ganz gewiss im Zusammenhang mit diesem Defizit. Leider hat PISA-E den Faktor „Schulbibliothek“ wegen der geringen Zahl nicht berücksichtigen können; und die Besuchs-kommissionen in den nordischen Ländern waren offenbar nicht dafür sensibilisiert, wohl auch deswegen, weil sie in ihrer eigenen Bildungsbiografie nie einer „Schulbibliothek“ begegnet waren. Allenfalls hatten sie eine „Schülerbücherei“ mit mehr oder weniger bedeutender Kinder- und Jugendliteratur, vielleicht auch eine „Hilfsbücherei“ mit Schul- und Lehrbüchern für weniger bemittelte Schülerinnen. Zur „Lehrerbibliothek“ hatten sie ohnehin keinen Zutritt. Solche meist unsystematischen Büchersammlungen entsprechen nicht dem Standard anderer Länder. Die Tatsache, dass es überhaupt nur in wenigen deutschen Schulen – vorwiegend Gesamtschulen mit Ganztagsbetrieb – eine „Schulbibliothek“ mit dem entsprechenden Personal gibt, hat sowohl politisch-fiskalische wie historische Gründe und Ursachen.

„Schule“ ist in Deutschland bzw. seinen historisch gewachsenen Teilstaaten in erster Linie „top down“ geformt worden, von Herrschern, die gehorsame Soldaten, fleißige Bauern und tüchtige Handwerker als Untertanen haben wollten. Dabei ging jeder Fürst seinen eigenen Weg – wie heute die Ministerpräsidenten der Länder.

PISA und die Schulbibliothek

PISA hat eine unüberschaubare Fülle von Diskussionsbeiträgen in Zeitungen und Zeitschriften, in Rundfunk und Fernsehen zur Folge gehabt. Leider ist ein Thema vergessen worden: die fehlenden Schulbibliotheken.

In solch ein rigide zentral gesteuertes System passt natürlich keine Bibliothek, deren Prinzip ja gerade die Vielseitigkeit und Breite eines Literaturangebots ist und die dem Lernenden die Wahl zwischen unterschiedlichen Büchern offen lässt. Vielleicht ist es symptomatisch für die deutsche Bildungsgeschichte, dass sie nur den Begriff der „Didaktik“ kennt, der „Kunst des (Be-)Lehrens“, nicht den der „Mathetik“, der „Kunst des Lernens“. Erst in den letzten Jahren hat sich das ein wenig gewandelt.

In diesem hierarchisch auf den Landesherrn hin orientierten „Lehrsystem“ steht der Lehrer als dessen ausführendes Organ und als alleiniger Wissensvermittler. Er hat außer den Lehrbüchern keine andere Wissensquelle neben sich nötig, die die Schüler höchstens irritieren könnte, wenn sie dort etwas anderes als die „von oben“ vorgeschriebenen Darstellungen, Werte und Wissensinhalte finden. In diesem System hat auch eine „Schulaufsicht“ ihren Platz, sie hat die Einhaltung der Vorschriften und Regularien zu kontrollieren und „Abweichler“ zur Rechenschaft zu ziehen.

Vorbilder im Ausland

In den Schulsystemen der Angelsachsen und der nordeu-

ropäischen Länder finden wir zumindest idealtypisch eine Schulorganisation, die von den Eltern ausgeht und weitgehend dezentral arbeiten kann – die „public schools“ für die Elite bilden die Ausnahme. Local Education Authorities (LEA), bei denen auch die Eltern maßgebend beteiligt sind, dazu „Parent-Teacher-Organizations“ (PTA) sind mehr oder weniger stark verantwortlich.

Die US-Bundesstaaten unterscheiden sich lange nicht in dem Maß wie unsere Länder voneinander, haben allerdings auch nicht viel im Sinn mit zentralen Regelungen. Auf jeden Fall sind die Schulen weit weniger reglementiert als bei uns und haben ein deutlich höheres Maß an Autonomie. Ähnliches lässt sich auch über die Situation in Schweden und Dänemark sagen. Überall hat so gut wie jede Schule eine funktionierende und auch frequentierte Schulbibliothek.

Als wichtigsten „Faktor“ hat die international „anerkannte“ Schulbibliothek den/die „Schulbibliothekarin“. Dessen/deren Aufgabe enthält sowohl bibliothekarische wie pädagogische Tätigkeiten; die Ausbildung muss deshalb beide Bereiche umfassen. Ob diese Ausbildung nach dem dänischen Modell erfolgt, dass erfahrene

LehrerInnen eine bibliothekarische Zusatzqualifikation erwerben oder – wie in einigen oder vielleicht sogar der Mehrzahl der wenigen deutschen Schulbibliotheken – BibliothekarInnen sich zusätzlich zur bibliothekarischen Ausbildung in spezieller „Bibliotheks-Pädagogik“ ausbilden lassen, wie sie beispielsweise die Fachhochschule für das Bibliothekswesen in Stuttgart bietet, soll hier nicht diskutiert werden. Wichtig ist auf jeden Fall, dass Schulbibliothekare sich in „ihr“ Kollegium integrieren können, also mit Lehrern zu kooperieren und mit Schülern umzugehen lernen. Sie dürfen keinesfalls durch geringere Besoldung gegenüber den Lehrern disqualifiziert werden.

Das ist für deutsche Verhältnisse der zweite „Knackpunkt“: denn hier verursacht nun allerdings die Zwiespältigkeit der Ressourcen ein großes Problem: In Deutschland gehören die „Bücher in der Schule“ zu den „Sachmitteln“. Die Schulträger (die „Sachaufwandsträger“) haben die Kosten nicht nur für die Bibliotheksräume und die Bücher aufzubringen, sondern auch die Personalkosten zu zahlen. Der akute Finanznotstand der Kommunen erlaubt kein Abweichen vom BAT und bindet den Fachhochschulabschluss an diesen Tarif. Die Bibliothekare können sich gegenüber den besser besoldeten Lehrern benachteiligt fühlen; und wenn sie dazu noch nicht einmal an einer Schule voll beschäftigt, sondern nur stundenweise „abgeordnet“ und dazu weisungsgebunden von der zentralen Bibliotheksverwaltung abhängig sind, können sie weder die ständige Betreuung der Schülerinnen wahrnehmen noch an Konferenzen teilnehmen und sich in das Schulleben einbringen.

Wer einmal einen Tag in einer dänischen oder US-ame- ➔

rikanischen Schule verbracht hat, weiß was an selbstgesteuerten Tätigkeiten und Lernprozessen ebenso wie an Einzel- oder Gruppenaufgaben in dieser Zeit abläuft und was Schulbibliothekare dazu beitragen. In Dänemark konnte ich auch beobachten, dass die Schulbibliothek nicht nur einen hohen „Aufforderungscharakter“ für Lernprozesse aufweist, sondern dass sie auch einen „aktivierenden Freiraum“ für das gesamte Schulklima bietet: Selbstgesteuertes Lesen und Lernen wirkt sich ganz eindeutig auf das gesamte Verhalten der Schüler aus; sie benehmen sich ruhiger und gesitteter – auch ohne ständige Aufsicht und Kontrolle.

Ein Instrument zur Chancengleichheit

Dass im deutschen Schulsystem die Bibliothek nicht den gleichen Stellenwert hat wie im angelsächsischen und nordeuropäischen, ist – siehe oben – allerdings auch von der Geschichte der Institution Schule her zu erklären. Damit will ich nicht behaupten, dass heute – nach PISA – eine Schulbibliothek sofort das Allheilmittel für unser Bildungswesen werden könne; denn sowohl unsere Lehrer wie die Bibliothekare müssten die erfolgreiche Nutzung dieses Instruments erst lernen – und „verinnerlichen“. Aber ich behaupte – mit gutem Gewissen –, dass ohne dieses Instrument und seine sach- und zielgerechte Nutzung mindestens die bisher defizitäre „Leseerfahrung“ und „Lesefähigkeit“ nicht zu erreichen ist. Denn die meisten Elternhäuser haben heute keine für ihre Kinder verfügbaren und nutzbaren Buchbestände mehr. Und die Eltern lesen allenfalls BILD! Der Vorsprung von Kindern aus „bürgerlichen“ und bildungs-

willigen Familien ist in erster Linie darin begründet, dass sie eben dieses „Bildungsinstrumentarium Bibliothek“ in ihrer Wohnung haben.

Wer allen Kindern annähernd gleiche Chancen bieten und Defizite ausgleichen will, braucht als unersetzbare Vor-



aussetzung eine Bibliothek auch in der Schule – und zwar in jeder Schule und damit zugleich auch den Fachmann, die Fachfrau, die den Kindern den Umgang mit den Printmedien erschließt und ihnen neben den Techniken die Freude am Lesen vermittelt.

In Hessen haben sich an zahlreichen Schulen die Eltern für die Schulbibliothek stark eingesetzt und sind vielerorts als Helfer dort eingesprungen, wo die Kommunen keine Bibliothekare einstellten. Schulleiter haben diese Stützung gern angenommen und können die positiven Ergebnisse bestätigen. Das hessische Kultusministerium hatte auch einen Kollegen als Berater für Schulen und Eltern eingesetzt. Eine Arbeitsgemeinschaft der hessischen Schulbibliotheken konnte Beratung und Erfah-

rungsaustausch, z. B. bei den jährlichen Tagungen in immer wieder anderen Schulbibliotheken bieten.

Die hessische Kultusministerin Karin Wolff hatte auf einem „Bildungskongress“ noch am 10. Juni 2002 in der Deutschen Bibliothek Frankfurt nichts zur Förderung des Leseverständnisses und der Lesefreude durch eine Schulbibliothek gesagt; vielmehr sollten die Eltern und Kindergärtnerinnen mit Vorlesen die Lesedefizite beseitigen. Anscheinend hat ein Diskussionsbeitrag mit dem Hinweis, dass nahezu alle erfolgreichen PISA-Staaten ein sehr professionelles Schulbibliothekswesen unterhielten, erst einige Monate später gewirkt: dieselbe Kultusministerin hat jetzt ihr Herz für die Schulbibliothek entdeckt und will Bibliotheken in die Ganztagsbetreuung einbinden – ohne freilich zusätzliches Fachpersonal vorzusehen.

Leider wurde mit der Auflösung des Deutschen Bibliotheks-Instituts in Berlin auch die Beratungsstelle für Schulbibliotheken aufgegeben. Auch das ausgezeichnete Informationsblatt „schulbibliothek aktuell“ wurde eingestellt. Der kleine Sonderteil in den „Beiträgen Jugendliteratur und Medien“ kann die eigene Zeitschrift nicht ersetzen.

Doch zeigen sich Silberstreifen am Horizont: drei „Lobbies“ haben sich schon vor einiger Zeit zusammengetan: Die GEW, der Bundeselternrat und die Bundes-SchülerInnen-Vertretung haben unter dem Titel „Rettet die Bildung!“ eine kleine Flugschrift zur Ganztageschule gemeinsam herausgebracht; darin wird die Bib-

liothek „zum Lernen“ gefordert; es fehlt allerdings die für den Ganztagsbetrieb unerlässliche Funktion der Schulbibliothek als Zentrum für Erholung, Entspannung, Begegnung und Kommunikation – eine sozialpädagogische Aufgabe, die mit der „Kulturhoheit“ wenig zu tun hat. Die „Stiftung Lesen“ hat sich des Themas angenommen: sie sieht vor allen die Lesefreude als Motiv für ihre Förderung und hat deshalb die Buchmesse in Leipzig für eine gemeinsame Veranstaltung ebenso gewinnen können wie die Landesarbeitsgemeinschaft Schulbibliotheken in Hessen, die dort einen „workshop“ anbieten wird. Die Stiftung Lesen bereitet zudem eine informative Artikelserie zur Schulbibliothek in einer großen Tageszeitung vor; und nicht zuletzt will die AG „Jugendliteratur und Medien“ der GEW in ihren „Beiträgen zu Jugendliteratur und Medien“ im März 2003 ein Sonderheft Schulbibliothek herausbringen. Das alles sind Zeichen, die hoffnungsfroh stimmen.

Freilich: Anders als die Computerindustrie und die Telekom können Buchverlage und Buchhandlungen nicht die Millionen Euro aufbringen, die für „Schulen ans Netz“ zusammengekommen waren. Ob diese Gelder den entsprechenden Erfolg hinsichtlich „computer literacy“ erreicht haben, ist noch unklar. PISA hat das noch nicht untersucht.

Die Schulleiterfortbildung sollte sich auf jeden Fall dieses Themas annehmen. Buchbestände hat jede Schule; einzelne Buchhändler können auch in Kleinstädten die eine oder andere Spende erübrigen. Elternvereine können mindestens zeitweilig die Organisation schaffen und unterhalten – wie in Hessen. Vielleicht findet sich einer der Schulverbände auch bereit, eine Fahrt zum Besuch einer dänischen Schulbibliothek zu arrangieren. Nur wer das Leben in einer Schulbibliothek erfahren konnte, wird seinen Kollegen den hohen Stellenwert des Instru-



Zweite Warnstreikwelle an der DEKRA-Akademie

Zu einem eintägigen Warnstreik hatte der Hauptvorstand der GEW am 6. November die Beschäftigten der DEKRA-Akademie in Berlin, Duisburg, Düsseldorf, Frankfurt, Mayen, München und Wuppertal aufgerufen. Mit witterungsbedingt kalten Füßen, aber in kämpferischer Stimmung forderten die DEKRA-Beschäftigten mit ihren Protestmaßnahmen den Vorstand der DEKRA-Akademie auf, endlich Tarifverhandlungen mit der GEW aufzunehmen.

Ein wenig verloren wirkten die knapp 30 warnstreikenden Kolleginnen und Kolleginnen von DEKRA-Akademie Berlin schon, als sie bei klirrender Kälte um 7.30 Uhr Aufstellung neben der riesigen Abflughalle des alten Berliner Zentralflughafens Tempelhof nahmen. Doch das tat der den ganzen Tag über währenden guten Stimmung keinen Abbruch. Weit über 90 Prozent der GEW-Mitglieder und einige KollegInnen anderer DGB-Gewerk-

schaften waren dem Streikaufruf gefolgt; der Akademiebetrieb konnte zu großen Teilen lahm gelegt werden. Die Streikenden nutzten die Zeit zu Gesprächen und Diskussionen über Sinn und Zweck der bundesweiten Arbeitskampfmaßnahmen. Man war sich einig, dass der Streik ein kräftiges Signal für die Forderung nach einem Tarifvertrag ist und dass weitere Aktionen zur Unterstützung des Ziels folgen werden, um die DEKRA-Akademie an den Verhandlungstisch zu bekommen.

Kollege Walter Mayer, früherer Geschäftsführer der GEW BERLIN, heute Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall, überbrachte solidarische Grüße seiner Gewerkschaft. KollegInnen der Abteilung Berufsbildende Schulen und des Bezirksverbandes Tempelhof-Schöneberg sorgten den ganzen Tag über mit Kaffee, Brötchen und heißer Gulaschsuppe für das leibliche Wohl der Streikenden.

Ilse Schaad

→ ments und Lernortes „Schulbibliothek“ vermitteln können. Ohne solche Erfahrungen und ohne das geschulte bibliothekspädagogische Personal können Bibliotheken auf Dauer ebenso wenig Erfolge bringen wie die verstreuten

und isolierten „Computerlabs“. Aber Bücher brauchen keinen Techniker und keinen Informatiker!

Johannes G. Wiese

Der Artikel ist von der Redaktion gekürzt worden. Es fehlt der erste Teil zum Thema Schulautonomie.

Supervision lohnt sich!

Für die fachliche Arbeit und für das eigene Wohlbefinden – Individuelle Beratung

**Praxis für kreatives Gestalten, Therapie und Supervision
Regina Liedtke, Tel. 7 81 28 99**

Langjährige eigene pädagogische und therapeutische Erfahrung mit schwierigen Kindern sowie Eltern und Ämtern.

Tiefenentspannung erarbeiten und anwenden

Kurse für LehrerInnen. Die Kurse werden geleitet von Gerlinde Böpple, Yogalehrerin mit schulischer Unterrichtserfahrung.
Tel. 28 04 04 01

Lösungsorientierte Supervision und Einzelcoaching

... ..

Ihre Anzeige in der blz

Tel: 030-21 99 93 46
Fax: 030-21 99 93 49

Berufsleben und dann?
Zusatztage Seminare Psychomotorik
4 Tage Berufsbildung: 11. - 14.12. 2002
www.berufsbildung.de

Supervisionsgruppe

für Lehrer/innen hat noch freie Plätze

Info: Ina Kaufmann

Dipl.Päd. / Supervisorin (DGSv)

Tel: 030/ 693 68 90, e-mail:

ina.kaufmann@t-online.de

Berufliche und persönliche Weiterentwicklung durch Coaching/Supervision

Dipl. Hdl. Roswitha Harmuth

Organisationsberaterin,

Supervisorin (DGSv)

Tel. 030/82 70 22 73

www.roswitha-harmuth.de

INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE
WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN
Pädagogik allein reicht oft nicht!
Berufsbegleitende Aus-/ Weiterbildung Sozialtherapeutische Musikarbeit für Sonder-/ PädagogInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen ect.
www.musiktherapieberlin.de
INFO-TEL.: 030 - 813 50 80



Deutsche Akademie für Psychoanalyse DAP e.V.

Supervisionsgruppen für Lehrerinnen und Lehrer

Dipl. Psych. G.v. Bülow, Supervisorin (BDP)
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)

Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

AYURVEDA BERLIN

Verschenken Sie Wohlbefinden

Geschenkgutscheine für alle klassischen Ayurveda-Therapien. Für die ganzheitliche Behandlung von Körper, Seele und Geist. Unsere Cheftherapeutin Maria (20-jährige Ayurveda-Erfahrung) erwartet Sie mit ihrem kompetenten Team. Unverbindliche telefonische Beratung: 030/40 58 69 68. Vita Nova Ayurveda-Zentrum Berlin GmbH, Friedrichsthaler Weg 29, in ruhiger Grünanlage, Nähe S-Bahnhof Berlin-Hermsdorf

KLINIK NIKOLASSEE

Private Akut- und Rehabilitationsklinik

Innere Medizin - Kardiologie - Psychotherapie - Neurologie
Leitung: Dr. med. Thomas Bodemann, Internist- Dipl.-Psychologe

Schwerpunkte: Diagnostik u. Therapie bei Alkohol- u. Tablettenmißbrauch (Entgiftung/Entwöhnung), Depressionen, Ängsten, Panikattacken, nervösen u. Erschöpfungszuständen, Schmerzen, Schlafstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen

Auch Akutaufnahmen!

Private Kassen, Beihilfe.



80 30 91-0

www.klinik-nikolassee.de

14129 Von-Luck-Str. 3

Unsere Patienten sind unsere Gäste!

Individuelle Förderung kaum möglich

Neuer Personalschlüssel im Kita-Bereich.

mehr unserem pädagogischen Anspruch.

Die konkrete Situation sieht folgendermaßen aus: Nach dem alten Schlüssel stehen unserer Kita drei Erzieherinnen für 48 Kinder zur Verfügung. Wegen Krankheit einer Kollegin sind im Moment aber für die 48 Kinder nur zwei Erzieherinnen da. Nach dem neuen

Personalschlüssel bekäme die Kita nur noch zwei Erzieherinnen, fällt eine Kollegin aus, müsste eine Erzieherin allein die 48 Kinder betreuen.

Wieviel Zuwendung und individuelle Förderung dann jedem Kind zukommt, kann man sich leicht ausrechnen: Vor dem Hintergrund der PISA-Studie, der zunehmenden gesellschaftlichen Probleme und Herausforderungen und der individuellen Probleme der Kinder ist dies unverträglich.

Wir wollten unseren Hortkindern eine fördernde und abwechslungsreiche Ferienzeit bieten und boten deshalb in den Herbstferien ein Ferienprogramm an. Die rege Teilnahme an diesem Programm

IM NOTFALL EINE ERZIEHERIN

FÜR 48 KINDER

hat mehrere Gründe: Zum einen ist es die Freude an besonderen Veranstaltungen und Aktivitäten, zum anderen sind aber kulturelle Aktivitäten für viele Familien kaum bezahlbar und erst durch Gruppenermäßigungen können Kinder am kulturellen Leben der Stadt teilnehmen oder die Natur erleben. Darüber hinaus haben Eltern natürlich nur beschränkt Urlaub und Großeltern stehen kaum noch zur Verfügung. Deswegen

nimmt die Zahl der Kinder auch in den Ferien kaum ab.

Bei uns waren in den Ferien täglich zwischen 35 und 40 Kindern mit zwei Erzieherinnen unterwegs. Eine solche große Gruppe fällt natürlich auf und erzeugt sowohl Ablehnung als auch Mitgefühl bei den Passanten. Davon abgesehen ist es aber auch für uns extrem schwierig: Nach einem solchen Ausflugstag fühlen wir uns ausgebrannt. Es kostet Mühe, die große Gruppe zusammen zu halten, immer aufmerksam zu sein und trotzdem die Kinder unsere Anspannung nicht merken zu lassen.

Dies ist die Rückentwicklung zur Aufbewahrung! Auf diese Art und Weise zeigt unsere Gesellschaft und die Politik, was unsere Kinder uns wert sind!

*Brigitte Dost-Ferreira, Nicola Rhode
Erzieherinnen an einer Kita im Wedding*



Durch die neue Personalbemessung in den Kitas und die Veränderung im Leitungsschlüssel, die erst ab Januar 2003 zum Tragen kommen sollten, aber jetzt schon umgesetzt werden, ist es in unserer Einrichtung nicht mehr möglich, die durch Fortbildung, Urlaub etc. entstandenen Personalausfälle zu kompensieren. Dadurch wird die Qualität unserer pädagogischen Arbeit massiv beeinträchtigt und entspricht nicht

Er ist männlich, über 65 und genießt seine Rente. 45 Jahre lang war er sozialversicherungspflichtig erwerbstätig, 28 518 Euro hat er zuletzt im Jahr verdient. Absolut durchschnittlich. Erfunden wurde der Durchschnittstyp wahrscheinlich Mitte der 50er Jahre. Der Beschriebene ist ein fiktiver Typ, Eckrentner genannt. Der Idealtyp für alle Rentenberechnungen. Er hat kein Gesicht, hat aber dennoch Charakter. Modellcharakter.

In seinen 45 Berufsjahren hat er immer den Durchschnittslohn aller Versicherten verdient. Aktuell sind das die genannten 28 518 Euro im Jahr. Damit erwirbt er einen Entgeltprozentpunkt pro Jahr. Daraus ergibt sich nach 45 Jahren im Osten eine Rente von 1 021,50 Euro pro Monat, im Westen von 1 163,70 Euro. Für Frauen gilt das Gleiche, aber aufgrund ihrer sehr viel weniger durch-

Der Eckrentner



gängigen Erwerbsverläufe und ihres geringeren Verdienstes entsprechen sie ihm noch seltener als Männer es tun.

Der Eckrentner ist ein Auslaufmodell. Immer weniger Versi-

cherte arbeiten 45 Jahre beitragspflichtig. Die Ausbildungszeiten (und damit die Zeiten mit geringerem Einkommen) werden immer länger, die Lebensarbeitszeit im-

mer kürzer. Wie viele Rentner dem Idealbild zur Zeit noch entsprechen, weiß niemand so genau. Nur eins ist sicher: Es werden immer weniger.

Das hat Folgen. Zum einen muss der Eckrentner im Westen 25,86 Euro und im Osten 22,70 Euro pro fehlendem Jahr von seiner Monatsrente abziehen. Zum anderen belastet die kürzere Arbeitszeit die Rentenversicherungsträger, denn sie nehmen weniger Beiträge ein. Dafür müssen sie aber länger zahlen.

In die Pflicht genommen wird der Eckrentner dennoch gern. Immer, wenn es um durchschnittliche Renten geht, wird er bemüht. Dass er ein aussterbender Idealtyp ist, interessiert wenig. Das ideale Maß macht sich gut. Und damit ist dem Eckrentner noch ein langes Leben beschert.

*Heike Langenberg
Aus: VER.DI Publik Nr. 10, Oktober 2002*

Ist die Bildung noch zu retten?

Bundesweit führt die GEW eine Kampagne „Rettet die Bildung: Qualität entwickeln – Arbeitsbedingungen verbessern“ durch. Die Bildungspolitik soll wieder mehr ins Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung gerückt werden.

Im Konzept der Kampagne heißt es: „Die GEW muss sich an die Spitze der Bewegung für Veränderung setzen... Sie muss die Kommunikation zwischen allen an Bildung Beteiligten initiieren, um so Druck auf die politisch Handelnden auszuüben.“ Zwar

haben die PISA-Ergebnisse starke Debatten ausgelöst, zu durchgreifenden Veränderungen in der Politik hat das aber nicht geführt. Mit der Kampagne sollen deshalb die

Handlungszwänge für die Politik deutlich verstärkt werden. Der Start dazu erfolgt noch in diesem Jahr mit landesspezifischen Auftaktveranstaltungen. Im Juni 2003 ist ein bundesweiter „Tag der Bildung“ geplant. Die Kampagne endet schließlich im Frühjahr 2004 mit einer großen „GEW-Bildungskonferenz“.

Der Berliner Senat macht die Bildungsqualität platt!

In Berlin bekommt das Motto „Rettet die Bildung“ eine im Wortsinn ganz unmittelbare Bedeutung.

Die rigorose Androhung der Beendigung aller Neueinstellungen und die damit zwangsläufige Notwendigkeit der Arbeitszeiterhöhung (angekündigt ab Februar '03) drängt alle kleinschrittigen Bemühungen

um Qualitätsverbesserungen in den Hintergrund. Für den Senat spielen Bildungsqualität, PISA, Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst keine Rolle mehr. Daher wird sich der Schwerpunkt in Berlin auf die Abwehr der geplanten Senatsvorhaben konzentrieren müssen. Der Landesvorstand hat deshalb am 28. Oktober ein Kampagnen-Konzept beschlossen, bei dem die Ziele der bundesweiten Kampagne mit den Berliner Bedingungen verbunden werden. Die Kampagne soll aber nicht nur von der GEW und ihren Mitgliedern geführt werden, sondern ebenso sind Eltern und SchülerInnen als Akteure unerlässlich. Denn für uns verändern sich „nur“ die Arbeitsbedingungen. Die nachhaltig Leidtragenden sind aber die Berliner Kinder, deren Bildungschancen durch die geplanten Kürzungsmaßnahmen weiter sinken. Um dies zu verhindern, müssen sich Eltern, SchülerInnen und Lehrkräfte gemeinsam wehren.

Hartmut Schurig



Pensionäre gründen Nachhilfeverein

In Berlin erhalten schätzungsweise 30 Prozent der SchülerInnen wenigstens vorübergehend privaten Nachhilfeunterricht einzeln oder in kleinen Gruppen. Nach neuesten Erhebungen liegt der Durchschnitt bei den OECD-Ländern gar bei 72 Prozent. Pro Stunde werden in Berlin zwischen 8 und 20 Euro gezahlt, weshalb einkommensschwache Familien solche Fördermöglichkeiten kaum in Anspruch nehmen können.

Nachhilfe repariert mehr oder weniger notdürftig Mängel im Schulsystem. Der Reparaturbedarf ist enorm, allein wenn man bedenkt, dass in Berlin rund 12 Prozent der SchülerInnen eines Jahrgangs die Schule ohne Abschluss verlassen. Man kann nicht damit

rechnen, dass die Schulpolitik kurzfristig eine Verbesserung dieser Lage herbeiführen wird. Im Gegenteil: angesichts der neuen Kürzungsbeschlüsse ist ein weiterer Abbau von Förderstunden in der Schule vorprogrammiert

Zweifellos trägt ein Angebot von Nachhilfeunterricht zur besseren Verträglichkeit dieser verfehlten Politik bei. Im Interesse der Jugendlichen sollte man dennoch kompensatorisch tätig werden, denn eine qualifizierte Nachhilfe kann für viele SchülerInnen Leistungsabstürze verhindern, ungewohnte Erfolgserlebnisse ermöglichen und durch die besondere Zuwendung im Einzelunterricht das Selbstwertgefühl stärken – wenn man sich Nachhilfe leisten kann.

Dazu nun mein Vorschlag: Pensionärinnen (aber auch aktive Lehrkräfte) gründen einen Verein, der kostenlos Nachhilfeunterricht anbietet. Dieser Verein kann, falls ihm Gemeinnützigkeit zuerkannt wird, auch Spendenquittungen in Höhe des Stundenhonorars ausstellen, so dass die Unterrichtenden nicht ganz leer ausgehen.

So eine Unternehmung erfordert natürlich etliche organisatorische, juristische und grundsätzliche Überlegungen. Vor allem aber braucht es zunächst einige Menschen, die die Idee gut finden und das Projekt ins Rollen bringen. Die suchen wir.

Wer interessiert ist, meldet sich bitte bei Rolf Müller (Tel. 344 68 12).

Rolf Müller

Praha

Apartments zentrumsnah ab 15.-€
Info (040) 280 24 15

YOGA 2003

Ausbildungsgang
über 7 WE pro Jahre



im Schlüßhof in Lychen
Leitung:

Elisabeth Landolt-Tiedje
Yogalehrerin BDY/EYU,
Kunsttherapeutin, Heilpraktikerin

Infoabend 17.12.02

Informationen unter
Te. 030/84 70 98 92

DALLY Großauswahl vom Fachmann

100 Klaviere ab 1.800,- • Flügel 6.000,-
Keyboards 49,- • Digital-Pianos 799,-
Gitarren, Verstärker, Noten

Musikhaus
Workstätten • Orgelunterricht • Tel. 6 22 10 36
Hermannstr. 204 • 12049 Berlin • Parkplatz

Raubberatung - Bauplanung
Stark, Bauleitung



Qualitätssicherung
Gulachten

Selbstbauberatung
Baustoffauswahl

WOLFGANG WEBER

Bauleitung - Ingenieur für Bauwesen
Erkelenzdammer 49
10999 Berlin
Tel. 030 / 61 60 91 80

So geht's auch!
Wir haben die besseren Ideen.
REGALE-INNENAUSBAU
Fa. Frank Westerwelle
Görresstr. 30/12161 Bin
Tel. 851 30 34

SCHWARZES SCHAF



direkt am S-Bhf. Lichterfelde - Ost • Jungfernstieg 4B
12207 Berlin • Telefon 7 72 53 56 • Gertrud Hillmann
Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 13 Uhr



Seniorentreffen Berlin – Nordrhein-Westfalen

Auf Einladung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen fuhr eine Gruppe Berliner Seniorinnen und Senioren nach Essen, um Erfahrungen in der gewerkschaftlichen Arbeit auszutauschen.

Foto: Privat

Schon am ersten Tag unseres Aufenthalts konnten wir bei einer Stadtrundfahrt einen Einblick erhalten wie sich die Struktur Essens von einer Industriestadt zu einer Stadt für Handel, Verwaltung, Dienstleistung und kultureller Nutzung ehemaliger Industrieanlagen gewandelt hat. Zum Meinungsaustausch mit Mitgliedern des Landesseniorenausschusses von Nordrhein-Westfalen kam die Vorsitzende des Bundesseniorenausschusses Ortrud Farken hinzu. Wir waren uns einig, dass wir im Alter noch eine wichtige Kraft für die Gewerkschaft sind und mit unseren Arbeits- und Lebenserfahrungen den Kampf der Gewerkschaft unterstützen können. Die KollegInnen aus Nordrhein-

Westfalen berichteten u.a., dass es ihnen wichtig ist, mit Ruheständlern, die sehr zurückgezogen leben, Verbindung aufzunehmen, sie mit ihren Problemen nicht allein zu lassen und in der Öffentlichkeit über die Situation älterer Menschen zu informieren.

Für uns Berliner standen Fragen des Zusammenwachsens von West- und Ostberlin im gewerkschaftlichen und persönlichen Bereich im Vordergrund. Unsere Gewerkschaft wurde mit vielen materiellen, rechtlichen und menschlichen Problemen ihrer Ostberliner KollegInnen konfrontiert. Dies galt auch für die Ruheständler. Viele wollen im Rentenalter aktive Gewerkschafter sein. Die Einheit brachte zunächst viele Unsicherheiten. So wurde die

Rentenproblematik zu einem bis heute dauernden wichtigen Anliegen unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Bekanntlich ist der Rentenwert Ost noch immer nicht dem Rentenwert West angeglichen. Mit Genugtuung wurde deshalb zur Kenntnis genommen, dass der Bundeskongress des DGB einstimmig gefordert hat, diese Angleichung vorzunehmen. Am folgenden Tag besuchten wir das Institut für Gerontechnik in Iserlohn. In diesem Institut wurde uns eine Zusammenschau fast sämtlicher gegenwärtig von der Industrie angebotenen spezifischen Produkte für den Lebensalltag älterer Menschen gezeigt. Es handelt sich hierbei z.B. um Erzeugnisse zur Verbesserung der Wohnqualität bei zuneh-

menden Behinderungen u.a. bei Küchengeräten, Badeinrichtungen, Gehhilfen und auch für die Freizeitgestaltung. Ein besonderes Erlebnis war für uns der Besuch der stillgelegten Zeche „Zollverein“ in Essen am dritten Tag unseres Aufenthalts. Diese Zeche ist als Weltkulturerbe anerkannt. Sehr beeindruckend war eine Schiffsrundfahrt durch den größten Binnenhafen Europas in Duisburg. Der Erfahrungsaustausch und das bessere Kennenlernen gemeinsamer und unterschiedlicher Aufgaben war für alle wichtig. Wir erfuhren eine beispielhafte Gastfreundschaft nicht zuletzt bei der Finanzierung unseres Aufenthalts. Dafür danken wir unseren KollegInnen in Nordrhein-Westfalen sehr herzlich. *Ernst Pilz*

Bildung ist keine Handelsware

Die GEW BERLIN unterstützt eine Initiative des Fachbereichs Erziehungswissenschaften der Universität Hamburg und unterzeichnete den folgenden Offenen Brief an die Bundesministerin für Bildung und Forschung.

Sehr geehrte Frau Ministerin,
vor wenigen Tagen ist der interne EU-Verhandlungszeitplan für die laufende Verhandlungsrunde im Rahmen des General Agreement on Trade in Services (GATS) der Welthandelsorganisation (WTO) bekannt geworden. Daraus geht hervor, dass die Europäische Kommission ihren Mitgliedsländern Mitte Januar 2003 weitere Vorschläge zur Liberalisierung im Bereich des tertiären Bildungs-

sektors – höhere Bildung, Erwachsenenbildung und Weiterbildung – vorlegen wird. Die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedsländer sowie das Europäische Parlament haben dann eine Frist bis Mitte Februar, um zu diesen weiteren Vorschlägen Stellung zu nehmen. Trotz bisheriger Beteuerungen, im Bildungsbereich keine weitere Liberalisierung vorzunehmen, fordert die EU-Kommission inzwischen die USA zur Öffnung ihres Marktes auf. Der Grund: Höhere Bildung, Erwachsenenbildung und Weiterbildung sind profitträchtige Segmente des „world education market“, auf denen die USA besonders exportorientiert ist, sich selbst aber nicht öffnen will. Mit dieser Initiative provoziert die EU-Kommission nicht nur

neue Liberalisierungsforderungen der USA, sondern sie schickt sich an, das öffentliche Gut höherer Bildung für ein Linsengericht zu verscherbeln: nämlich für die Möglichkeit des schrankenlosen Handels mit anderen, aus EU-Sicht vielleicht lukrativeren Dienstleistungen. Die Folge wäre eine weitere Privatisierung und Kommerzialisierung des europäischen Bildungsraums, bevor dieser sein spezifisches und vielfältiges Potential entfalten kann.

Davor warnt auch die European University Association (EUA) als Dachverband von 600 europäischen Hochschulen und 32 Hochschulrektorenkonferenzen. Gemeinsam mit amerikanischen und kanadischen

Hochschulverbänden erklärte die EUA schon im September 2001: „Höhere Bildung dient dem öffentlichen Interesse und ist keine 'Ware'. Die Verbände rieten ausdrücklich davon ab, dass europäische Länder sich im Rahmen des GATS-Abkommens zu weiteren Handelsliberalisierungen im Bildungssektor verpflichten. Sie selbst, Frau Ministerin, haben in einem Artikel (FR, 8. Juli 2002) davor gewarnt, Bildung zu einer Handelsware zu machen. Wir bitten Sie daher, die Öffentlichkeit über den Deutschen Bundestag umgehend über alle Vorgänge zu informieren, die hier hinter verschlossenen Türen von der EU-Kommission vorbereitet werden. Auf dem Spiel steht der Fortbestand eines öffentlichen, nichtkommerziellen und nicht privatisierten höheren Bildungssektors! ■

Theater und Schule



Szene aus dem neuen Stück „Extrakicks und Pausenfüller“ der Spielwerkstatt. Foto: Michael Ott

Kritisch gesehen

Da scheint sich ein kleines Wunder zu ereignen: ein „eigenes“ Haus für das **Kindermusiktheater Atze** im Max-Beckmann-Saal mit einem überzeugenden Konzept (das mancherlei Mitbeteiligung auch von Schulen vorsieht). Und zumindest bis zum Mai wird Atze sein Repertoire dort spielen können. Premiere hatte jetzt „*Ronja Räubertochter*“. Einiges daran scheint mir unnötig: Höllenschlund, Graugnommen und Rumpelwichte sind nur verbal vertreten, gewinnen keine szenische Präsenz. Dafür umso intensiver die Begegnungen zwischen Ronja und Birk, ihre Auseinandersetzungen mit den verfeindeten Eltern: eine Julia-und-Romeo-Geschichte mit einem glücklichen Ende. Die Musik eingängig in Songs und überzeugend als Stimmungsmittel auf der großen Bühne (von 5, meint Atze, das scheint mir etwas zu früh!, bis 11 Jahren). Gratulation der **Neuköllner Oper!** Seit 25 Jahren bietet sie Raritäten der Operngeschichte, oft intelligent in die Gegenwart hineingeholt, und viele, meist erfolgreiche Novitäten – ein immer wieder überzeugendes musikalisches Volkstheater. Dabei ab und auch etwas für Kinder. „*Kaisers Nachtigall*“ macht

schon den Kleinen (ab 6) Vergnügen, obwohl es mit seinen drei Ebenen (zu) kompliziert ist. Da ist einmal Andersens Märchen als Hintergrund und Herkunfts„land“ der Nachtigall; auf der Bühne ein Berliner Haus der Gegenwart mit einem einsam-ängstlichen Bastler, Erfinder, Denker (und teils überraschenden, teils nur dekorativen Maschinen); schließlich die Begegnung zwischen „ihm“ und der Nachtigall als Spannung männlich-weiblich, Angst-naive Neugier und (wirklich nur für Eltern) Determinist/Logiker vs. unbekümmerte Sponti-Frau. Hilfreich kann es sein, den Kindern vorher Andersens Geschichte zu erzählen, die als „Kaisers“ Nachtigall ein frisches Abenteuer, ein „musikalisches Märchen“ erlebt.

Neu bei **Grips**: „*Julius und die Geister*“ (ab 6). Julius ersetzt den abwesenden Vater durch eine reiche Fantasiewelt, spannend anzuschauen in witzigen und abenteuerlichen Szenen (eigentlich Rollenspielen). Das Stück zeigt aber auch die Ablösung aus der Traumwelt, deutlich gemacht im Wechsel von der geträumten, aber auf der Bühne sehr präsenten Mirabella zur realen Mitschülerin Lisa. Grips gelingt also eine

Richter Sparmann

urteilt: Wer sich Tilo Stöhrs Angebote jenseits jeder forensischen Gebührenordnung am Arsch vorbeigehen läßt, verstößt gegen die Gesetze der Vernunft.

Und auch das noch:
Das Verhandeln wie im Orient ist uns nicht fremd.



TILO STÖHR

Fernsehen · Radio · Hifi · Video · Elektrogeräte
Kaiserdamm 113 · 14057 Charlottenburg
Brunsbütteler Damm 51 · 13581 Spandau
Neben toom's und kaiser's mit Parkplätzen
Tel.: 320 950 und 320 95 351 · Fax: 320 95 999
www.tilo-stoehr.de · verkauf@tilo-stoehr.de



Ohne Theater ins Theater

Aussuchen. Anfordern. Anschauen.



TheaterGemeinde
Berlin/Brandenburg

Telefon 030/212 963 00 · www.theatergemeinde-berlin.de

AUSSCHNEIDEN UND EINSENDEN

Ja, ich möchte erfahren, wie ich in Zukunft ohne Theater ins Theater komme.

Schicken Sie mir kostenlos und unverbindlich Ihr Infopaket: Informationen über die TheaterGemeinde und je ein Probeheft von SPIELPLAN und TheaterRundschau.

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

TheaterGemeinde e.V. · Tauentzienstraße 3 · 10789 Berlin

schwierige Balance: die Reifung zur Realität als ein wichtiges Fortschreiten zu zeigen, ohne die Lust an eigenen, fantastischen Erfindungen zu diffamieren.

Süßes und andere Versuchungen bei der **Spielwerkstatt**: ein wichtiges, überdies vom Lehrplan gefordertes Thema, das gleichwohl quer liegt zur jetzigen Lebenswelt und den dominanten „Vor“bildern von Kindern. „*Extrakicks und Pausenfüller*“ zeigt die schwierig zu behandelnde Problematik in theatral kräftigen Episoden mit hohem Schau- und Inhaltswert und verknüpft sie in distanziert, kommentierender Form. Es gibt Möglichkeiten für viele Zuschauer, mit auf die Bühne zu kommen, und ganz sicher viele Chancen für LehrerInnen, im Nachhinein an die Szenen anzuknüpfen (ab 8). Berlin hat ein reiches Angebot auch an fremdsprachigem Theater, das sich für den Sprach- (und Kultur!) Unterricht nutzen lässt. Dazu gehören auch Gastspiele, die „*The American Drama Group Europe*“ in der **Akademie der Künste** veranstaltet. „*Au Revoir les Enfants*“ nach Louis Malles Film scheint sich wegen des Themas (Judenverfolgung zur NS-Zeit in Frankreich) und des Inhalts (fast alle Szenen spielen in einem Internat und bringen Schüler auf die Bühne) besonders gut zu eignen; Bearbeitung und Inszenierung spielen die Geschichte freilich mit vielen Worten sehr breit aus, wobei die Sprache nur wenig szenisch-dramatisches Leben gewinnt. Trotzdem eine gute Möglichkeit (Sek II).

Einbeziehen in ihre Planungen sollten LehrerInnen auch die Berliner Festivals; manchmal gibt es auch Karten für die „großen“ (nicht gerade das Theatertreffen!), häufiger aber für die wichtigen kleineren – so jetzt etwa die Jüdischen Kulturtag oder das deutsch-türkische Theaterfest Dyalog, inzwischen ein beachtlicher Teil des Berliner Kulturlebens.

Hans-Wolfgang Nickel

Theater Strahl

Romeo und Julia (ab 14) 10.12. um 11 und 19.30 Uhr; 11./12./13.12. jeweils um 11 Uhr.
Wilder Panther, Keks! (ab 14):

17.12. um 11 und 19.30 Uhr; 18./19.12. um 11 Uhr.
Spielort ist die Weiße Rose in Schöneberg, Martin-Luther-Str. 77. Info und Karten: 690 422 18 oder www.theater-strahl.de

Carrousel – Theater an der Parkaue

Komm, wir finden einen Schatz (ab 5): 9. bis 13.12. jeweils 10.30 Uhr; 29./30.12. jeweils um 16 Uhr.
Das kalte Herz (ab 10): 10./11.12. jeweils um 10 Uhr.
Die Schneekönigin (ab 6): 12.12. um 10 und 14 Uhr; 13.12. um 10 Uhr; 21./22.12. um 16 Uhr.
Die feuerrote Blume (ab 6): 14.12. um 16 Uhr; 15.12. um 11 und 16 Uhr; 16.12. um 10 Uhr; 17./18./19.12. jeweils um 10 und 14 Uhr; 20.12. um 10 Uhr.
Pettersson und Findus (ab 5): 17./18./19./20.12. jeweils um 10.30 Uhr; 23./26./27.12. jeweils um 16 Uhr.
Woyzeck (für Jugendliche): 11./13./16.12. jeweils um 18.30 Uhr; 12. und 17.12. um 20 Uhr.
Bungee Jumping oder Die Geschichte vom goldenen Fisch (Jugendliche): 18./19.12. um 18.30 Uhr.
Polter, Geist und Ti (ab 10): 8./10./13.12. um 10 Uhr; 9.12. um 10 und 18 Uhr.
Der Wolfsjunge (ab 9): 11.12. um 18 Uhr (Premiere!); 12.12. um 16 Uhr.
Carrousel Theater, Parkaue 29, 10367 Berlin, Tel. 55 77 52 0.

Spielwerkstatt

Extrakicks und Pausenfüller: Das neue Stück der Spielwerkstatt hatte am 5. November Premiere. Ein Theaterstück zum Thema Süßes und andere Versuchungen für Menschen ab 8 Jahre! Die Vorstellungstermine im Atrium im Dezember liegen leider alle vor Erscheinen dieser blz. Termine für Januar bitte erfragen unter Tel. 625 25 88 oder www.spielwerkstatt-berlin.de

Theater Salpuri

Clown sucht Weihnacht: Poesisch-clowneskes Theater für Menschen ab 4 Jahre, für Kinder, Schüler, für die ganze Familie. Maria Gonzales aus Korea spielt ANN, Soogi Kang aus Korea spielt TROPO. ANN & TROPO sind Clownin & Clown. Beide sind, wie jeder, wissensdurstig, neugierig und so herrlich naiv; und sie wollen unbedingt, sofort und hier und jetzt, ganz unmittelbar, ganz direkt und ohne Umweg, ganz sinnig-entdecken und erleben, wer oder was WEIHNACHT ist, – und was WEIHNACHT mit Schenken, mit Licht und Glanz, mit Zauber und Wunder zu tun hat. Spieltermine: 3./4./5./6./10./12./17./18./20. Dezember, 10.30 Uhr in der

Werkstatt der Kulturen Berlin, Wissmannstr. 32, 12049 Berlin, U-Bhf Hermannplatz. Anmeldung /Tickets: 609 770 – 0 oder www.theater-salpuri.de

Atze-Musiktheater

Anfang November ist ATZE, die neue Spielstätte für Kindermusiktheater im Max-Beckmann-Saal mit der Berliner Uraufführung von „*Ronja Räubertochter*“ nach einer Romanvorlage von Astrid Lindgren eröffnet worden. (siehe auch unter „Aktivitäten“) Atze hat aus der Geschichte unter der Regie von Herman Vinck ein mitreißendes, Theaterstück mit viel Rockmusik gemacht. Die insgesamt acht Darsteller, begleitet von Gitarre, Bass, Klarinette, Querflöte und Saxophon, führen in eine geheimnisvolle Welt von Gnommen und Druiden, Zaubewäldern und Höllenschlunden. Es geht um Freundschaft, die Konflikte überwindet, um den Prozess der Selbständigkeit und Ablösung von den Eltern, und es geht um Mut.

Mit Eröffnung dieser neuen Spielstätte kann nicht nur Atze die Anzahl seiner Aufführungen und damit die Zugänglichkeit für Kinder erhöhen, sondern auch anderen Gruppen eine Spielstätte für Kindermusiktheater bieten.

Ronja Räubertochter: 9./10.12. um 10.30 Uhr (im FEZ Wuhlheide); 18.12. um 10.30 Uhr; 19./20.12. jeweils um 10.30 und 14.30 Uhr; am 21./22.12. jeweils um 16 Uhr.

Steffi und der Schneemann: Ein Wintermusical für Kinder von 4 bis 10 Jahren. Am 11./12.12. jeweils um 10.30 und 14.30 Uhr; 13.12. um 10.30 Uhr; 14.12. um 16 Uhr.

Eine Woche voller SAMStage: Ein rock-fetziges Musical für Kinder von 5 bis 11 Jahren nach dem Buch von Paul Maar. Am 15.12. um 16 Uhr; 16./17.12. um 10.30 Uhr.

Spielort: Max-Beckmann-Saal, Luxemburger Straße 20 im Wedding (direkt am U-Bhf Amrumer Straße).
Karten und Info: ATZE – Musiktheater für Kinder, Tel. 61 40 21 62 oder www.atze.net

Grips Theater

Melodys Ring (ab 12): 9.12. um 10.30 Uhr.

Eins auf die Fresse (ab 13): 10.12.12. jeweils um 10 Uhr.
Kannst du Pfeifen Johanna (ab 6): 10./11.12. um 11 Uhr (Schiller-Werkstatt).

Hallo Nazi (ab 15): 12./13./16./17. –19.12. jeweils um 11 Uhr (Schiller-Werkstatt).

Julius und die Geister (ab 6): 14.12. um 16 Uhr; 16.–19.12. jeweils um 10 Uhr.

Linie 1: 20./21./22.12. jeweils um 19.30 Uhr.

Vorsicht Grenze! (ab 5): 21./22. und 26.–31.12. jeweils um 16 Uhr (Schiller-Werkstatt):
Grips Theater, Altonaer Straße 22 in Berlin-Tiergarten, Tel. 397 47 40 oder 397 47 477 oder www.grips-theater.de

Theatertage 2003

Die Theatertage 2003 stehen unter dem Motto „Großstadt-Geflüster“. Dieses Thema soll den Theatergruppen bei der Auswahl der Stücke und bei der Konzeption für Eigenproduktionen als Anregung dienen. Die Theatertage für Oberschulen finden vom 19. bis 28. Mai im Atrium-Reinickendorf statt, die Theatertage für Grundschule vom 12. bis 16. Mai an verschiedenen Spielorten. Anmeldungen für die Theatertage sollten schon jetzt erfolgen, um die Konzeption der Theatertage abstimmen zu können: Renate Breitig, Fax. 90 26 50 12 oder Renate.Breitig@senbjs.verwaltung-berlin.de

Aktivitäten

Fortbildung in der Staatsoper unter den Linden

Die Theaterpädagogen der Staatsoper unter den Linden und des Maxim Gorki Theaters veranstalten vom 24. bis 26. Januar 2003 eine Fortbildung für DS-Lehrer unter dem Titel Maskenspiel in der Comedia dell'Arte. Den dreitägigen Workshop leitet der italienische Schauspieler, Regisseur und Theaterleiter Mario Frascetti. Basierend auf den Techniken des Maskenspiels der Comedia dell'Arte und asiatischer Kulturen richtet er seine Aufmerksamkeit sowohl auf den körpersprachlichen Ausdruck der Figuren als auch auf die Kunst der Improvisation. Die Teilnehmerbeitrag für den 18-stündigen Workshop beträgt 90 Euro. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Informationen unter Tel. 2 02 21 – 315 oder unter theaterpaedagogik@gorki.de.

Bewegungs(t)räume

Der BewegungsspielRaum für Kinder von 3 bis 10 Jahren ist noch bis zum 30. Juni 2003 im Labyrinth Kindermuseum Berlin geöffnet!

Die Kleinen werden von einem pädagogischen Mitarbeiter in Empfang genommen und versammeln sich nach dem Ablegen von Jacken, Rucksäcken und Schuhen auf der großen Pausentreppe. Wenn die letzten soweit sind, geht's los: „Chik, Chikki-Tak, Chikki-Tak, Poff-Poff“, Chik, Chikki-Tak, Chikki-Tak, Poff-Poff, ...“ Die Kinder steigen begeistert ein. Lautmalerisch werden die Bewegungselemente begleitet: wechselnde Gesten, ungewohnte Armbewegungen, immer im gleichen Rhythmus. Danach sind alle

angekommen, munter und gespannt, wie's weitergeht. Nebenbei bei Balla Balla wird mit kleinen und großen Bällen gespielt – d.h. gebaut. Hier entstehen Türme, Burgen, bunte Gebilde aus kleinen und großen Bällen. Wie das geht? – Mit Phantasie, etwas Geschick, vielen Bällen und Setzringen. Diese und noch viel mehr Bewegungsmöglichkeiten und -anregungen bietet die Ausstellung im Labyrinth Kindermuseum. Im Winter (bis 31.03.): Di-Fr 14-18 Uhr, Sa ab 13 Uhr, So ab 11 Uhr. Immer: Mo-Fr 9-13 Uhr nur für angemeldete Gruppen. Ferienöffnungszeiten bitte telefonisch erfragen. Infos: 49 30 89 01 (Mo-Fr 9-13 Uhr, Mi 14-16 Uhr) oder www.labyrinth-kindermuseum.de oder kontakt@labyrinth-kindermuseum.de

Blindes Vertrauen

Die Möglichkeit zu einem altersgemäßen Einstieg zu Themen des Nationalsozialismus bietet die Ausstellung „Blindes Vertrauen – Versteckt am Hackeschen Markt“ in den authentischen Räumen des Bürstenfabrikanten Otto Weidt, die für Arbeiter und Angehörige Zufluchtstätte war. Für die Vorbereitung ist als Klassensatz Inge Deutschkrons Buch „Papa Weidt“, ein Kinderbuch über die Blindenwerkstatt für Kinder ab 10, in der Kinderbuchabteilung der Dr. Philipp-Schaeffer-Bibliothek ausleihbar. Das Museum bietet Führungen durch die Ausstellung



sowie zu den Orten in der Umgebung des Hackeschen Marktes, die in Verbindung mit dem Wirken von Otto Weidt stehen. Die Ausstellung ist für Jugendliche ab zehn Jahren geeignet. Eintritt pro Person 1,50 Euro, Führungen: 30 Euro pro Klasse inkl. Eintritt. Blindenwerkstatt Ott Weidt, Rosenthaler Str. 39, 10178 Berlin-Mitte, Mo bis Fr von 12 bis 20 Uhr; Sa-So 11 bis 20 Uhr. Anmeldung für Führungen: Tel. 285 99 407, Fax.

257 62 614 oder ausstellung@blindes-vertrauen.de oder www.blindes-vertrauen.de

Anti-Kriegs-Museum

- Dauerausstellung: Das Jahrhundert der Weltkriege – Was haben wir daraus gelernt? Zu sehen ist u.a. ein Original-Luftschuttkeller aus dem II. Weltkrieg.
- Sonderausstellung: Der klassische Pazifist Ernst Friedrich
- Ausstellung in der Peace Gallery im Anti-Kriegs-Museum: Russische Spuren – Verlassene Orte. Fotos, Fundstücke, Malerei von Squaw Hildegard Rose noch bis zum 24. November. Der Eintritt ist zu allen Ausstellungen frei!

Anti-Kriegs-Museum, Brüsseler Str. 21, 13353 Berlin-Mitte, U-Bhf. Amrummer Straße. Geöffnet: täglich 16.00-20.00 Tel. 454 90 110; Gruppenbetreuung: Tel. 402 86 91, E-Mail: Anti-Kriegs-Museum@gmx.de



Spurensuche und Zeitzeugen

Der Bund der Antifaschisten Treptow e.V. hat gemeinsam mit zwei Schulen im Bezirk Projekte über ehemalige Zwangsarbeiterlager durchgeführt. Schülerinnen des Archenhold-Gymnasiums und des Cousteau-Gymnasiums recherchierten die Geschichte der Lager und sprachen mit Zeitzeugen. Daraus entstand u.a. eine Lesung über Schicksale der Zwangsarbeiterinnen, die auch auf CD-ROM festgehalten wurde. Für weitere Informationen oder für Beratungen zu ähnlichen Projekten: BdA-Treptow, Tel. 532 86 44, Fax. 53 69 63 24 oder bda-treptow@web.de

Spurensuche: Wettbewerb

Der 18. Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten startet zum Thema Einwanderung: Wer ist einheimisch, wer ist fremd? In unserer eigenen Familiengeschichte treffen wir fast immer auf Angehörige, die einmal zugereist sind – sei es aus dem Nachbarort, einer anderen Region oder einem anderen Land. Migration bestimmt unsere Geschichte seit vielen Jahrhunderten: von der Ansiedlung der Hugenotten über die Eingliederung der Vertriebenen und die Anwerbung von Gastarbeitern bis hin zum Zusammenleben mit den Kindern der Zuwanderer heute. So viel-

fältig wie die Motive für das Verlassen der Heimat waren, so unterschiedlich wurden die Migranten von der aufnehmenden Gesellschaft empfangen. Der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten will Schülerinnen und Schüler motivieren, sich mit diesen Fragen genauer zu beschäftigen. Aussiedler aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion stellen einen hohen Anteil der Zuwanderer. Doch vor allem über den Alltag, die Probleme und Träume der Jüngeren wissen wir wenig. Das Berliner Archiv der Jugendkulturen (www.jugendkulturen.de) möchte in Kooperation mit der Körber-Stiftung Jugendliche besonders motivieren, im Rahmen des Geschichtswettbewerbs die Alltags- und Lebensgeschichte von Aussiedlerjugendlichen/-familien zu erforschen. Neben den regulären Preisen des Wettbewerbs im Gesamtwert von 250 000 Euro stellt das Archiv der Jugendkulturen eine eigene Buchveröffentlichung in Aussicht, in der die besten Beiträge gedruckt werden sollen. Die Ausschreibungsunterlagen und das Magazin Spurensuchen Nr. 16 bestellen bei der Körber-Stiftung, Bestellservice, Postfach 540 305, 22503 Hamburg

oder unter www.geschichtswettbewerb.de. Für LehrerInnen gibt es ebenso dort einen umfangreichen Materialband „Weggehen – Ankommen. Migration in der Geschichte“ mit zahlreichen Unterrichtsideen (10,- Euro).

Die Lebenswelt von Astrid Lindgren

Im Zusammenhang mit der Berliner Uraufführung des Stückes „Ronja Räubertochter“ von Musiktheaters Atze wird noch bis zum 22. Dezember die Wanderausstellung „Die Lebenswelt von Astrid Lindgren – Eine Ausstellung nicht nur für Kinder“ im Foyer Max-Beckmann-Saals, Luxemburger Str. 20 im Wedding (direkt am U-Bhf Amrummer Straße) gezeigt. Diese Schau wurde von dem Oldenburger Matthias Blum in Absprache mit Astrid Lindgren gestaltet und zeigt anschaulich das Leben und Werk der beliebten Autorin auf. Bereits über 100.000 kleine und große Besucher haben sich die Ausstellung in den verschiedensten Städten Deutschlands angesehen. Die kindgerechte und anschauliche Gestaltung vermittelt lebendig neue Eindrücke und Informationen über die Kinderbuchautorin Lindgren.

anzeige

GEW-Kalender 2003

bitte in der GEW anfordern

Der (grüne) GEW-Kalender mit Jahreskalendarium für alle Kolleginnen und Kollegen, die im Wissenschaftsbereich oder im Bereich Jugendhilfe/Sozialarbeit beschäftigt sind, sowie für alle Rentnerinnen und Rentner ist erschienen und wird auf Anforderung zugeschickt. Wer also auch im kommenden Jahr den GEW-Kalender nutzen will, schickt bitte den folgenden Abschnitt an die GEW BERLIN (aus organisatorischen Gründen keine telefonischen Bestellungen).

Udo Jeschal (Geschäftsführer)

Diese Regelung gilt nicht für den Berliner Lehrerinnen- und Lehrerkalender, der bereits über die Vertrauensleute an den Schulen verteilt worden ist.

GEW-Kalender 2003 **Ja,** den will ich haben!

Name: _____

Adresse: _____

- Ich bin:
- in einer sozialpädagogischen Einrichtung beschäftigt
 - im Bereich Hochschule und Forschung tätig
 - Rentnerin/Rentner bzw. Pensionärin/Pensionär

Bitte an die
GEW BERLIN, Ahornstraße 5, 10787 Berlin senden,
faxen (030 / 21 99 93-50) oder mailen (mitgliedsverwaltung@gew-berlin.de)

Institut für Kulturanalyse

Das Institut lädt zu folgenden Veranstaltungen ein:

• Wenn Lehrer sich bedroht fühlen... Handlungsstrategien im Umgang mit gewaltbereiten Schülern. Am 12. Dezember von 18 bis 21 Uhr und am 14. Dezember von 10 bis 16 Uhr. Info und Anmeldung für alle Veranstaltungen: Tel. 321 74 96 oder info@kulturanalyse.org

Call for paper:**Erfurt und die Folgen**

Der tödliche „Amoklauf“ eines Erfurter Gymnasiasten im April dieses Jahres hat (alte) Diskussionen über „die Jugend“, „die Medien“ und nicht zuletzt die Rolle der Schulen neu entfacht: Welche Wirkungen haben Gewaltdarstellungen in Medien? Muss der Jugendschutz verschärft werden? Lassen sich Taten wie diese vorhersehen? Wie kön-

nen Schule, Politik, Eltern und Medien präventiv wirken? Und Bundesinnenminister Otto Schily brachte gar die Heraussetzung des Volljährigkeitsalters in die Diskussion... Das Berliner Archiv der Jugendkulturen plant eine Buchveröffentlichung zu der Tat von Erfurt und ihren weitreichenden medien- und bildungspolitischen Folgen und ist an weiteren Beiträgen interessiert.

Kontakt: Klaus Farin, Archiv der Jugendkulturen, Fidinistraße 3, 10965 Berlin; Tel.: 030/694 2934; Fax: 030/691 3016; e-mail: klaus.farin@jugendkulturen.de; allgemeine Infos über das Archiv: www.jugendkulturen.de.

Exklusiv für GEW-Mitglieder hat das Archiv der Jugendkulturen eine umfangreiche Presseudokumentation zu diesem Thema erstellt. Diese umfasst zwei prall gefüllte Ordner (!)

und kann gegen einen Kostenbeitrag von 48 Euro (inklusive Versand) in Berlin bestellt werden.

Frauen und Schule

Am 29. Januar 2003 findet die Jahreshaupt-Mitfrauenversammlung von frauen+schule Berlin/Brandenburg e. V. um 19 Uhr in der Begine (Potsdamer Str. 139, 10783 Berlin-Schöneberg) statt. Wir laden dazu alle Mitfrauen und Interessentinnen herzlich ein.

Schulen mit „best practice“ beim interkulturellen Lernen gesucht

Viel zu selten wird in der Öffentlichkeit der Gewinn vermeldet, den die Anwesenheit von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Kulturen der schulischen Arbeit bringt. Auch der Erfolg, den engagierte Projekte der Kollegien bei

der notwendigen Integrationsarbeit haben, bleibt weitgehend nur den Eltern, Schülern und Lehrkräften der entsprechenden Schule bekannt.

Nun will das LISUM die kleinen und großen Erfolge beim interkulturellen Lernen an den Berliner Schulen im Sinne von „best practice“ ermitteln und veröffentlichen. Alle Berliner Schulen werden deshalb gebeten, Initiativen, Projekte, Programme und sonstige Anstrengungen zur interkulturellen Bildung und Erziehung beschreibend und mit Bildmaterial dokumentiert an Gerhard Weil, LISUM III 7, Alte Jakobstr. 12, 10969 Berlin oder per e-mail an weil@zedat.fu-berlin.de zu senden. Reine Initiativen im Bereich Deutsch als Zweitsprache (DaZ) ohne interkulturelle Aspekte sind dagegen nicht gefragt.

anzeigen



SCHULFAHRTEN 2003

Tel. 00 39/05 47/67 27 27
Fax 00 39/05 47/67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico/Italia
www.real-tours.de
24 h online buchen
E-Mail: info@REAL-tours.de

7/11 Tage Busfahrt nach Cesenatico mit Ausflügen zum Preis von € 213,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 5 Tage VP, Ausflüge: Venedig, Florenz, Ravenna.

5/11 Tage Busfahrt nach Cesenatico mit Ausflügen zum Preis von € 155,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 3 Tage VP, Ausflüge: Venedig, Florenz.

9/11 Tage Busfahrt nach Cesenatico mit Ausflügen zum Preis von € 239,- VP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage VP, Ausflüge nach San Marino, Venedig, Ravenna und Florenz.

Freiplätze CESENATICO 2003:
16 – 20 Schüler 1 Freiplatz, 21 – 35 Schüler 2 Freiplätze, 36 – 45 Schüler 3 Freiplätze, 46 – 60 Schüler 4 Freiplätze.

9/11 Tage Busfahrt zur Toskana-Küste mit Ausflügen zum Preis von € 254,- HP, € 285,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP oder VP, Ausflüge nach Florenz, Pisa, Siena, San Gimignano, Marmorbrüche von Carrara.

7/11 Tage Busfahrt zur Toskana-Küste mit Ausflügen zum Preis von € 229,- HP, € 252,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 5 Tage HP oder VP, Ausflüge nach Florenz, Pisa, Volterra, Siena, San Gimignano.

10 Tage Bahnfahrt Cesenatico mit Ausflügen € 290,- VP.

8 Tage Bahnfahrt Cesenatico mit Ausflügen € 229,- VP.

10 Tage Toskana Bahnfahrt mit Ausflügen € 288,- HP.

8 Tage Bahnfahrt Toskana mit Ausflügen € 256,- HP.

4 Tage Bustfahrt nach Südtirol mit Ausflügen zum Preis von € 172,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück (keine Nachtfahrt), 3 Tage VP, Ausflüge: Venedig oder Verona, Sterzing und Brixen.

6 Tage Bustfahrt nach Südtirol mit Ausflügen zum Preis von € 209,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück (keine Nachtfahrt), 5 Tage VP, Ausflüge: Venedig oder Verona, Sterzing, Bozen und Bruneck.

9/11 Tage Bustfahrt nach Rom mit Ausflügen zum Preis von € 270,- HP und € 321,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP oder VP im Mittelklassehotel ca. 50 km von Rom. Transfer in die Stadt mit Programmorschlägen.

9/11 Tage Bustfahrt zum Gardasee mit Ausflügen zum Preis von € 290,- HP und € 306,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP oder VP, Ausflüge nach Verona, Venedig, Merano und Gardaseerundfahrt.

7/11 Tage Bustfahrt zum Gardasee mit Ausflügen zum Preis von € 239,- HP und € 265,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 5 Tage HP oder VP, Ausflüge nach Verona, Venedig, Gardaseerundfahrt.

9/11 Tage Bustfahrt nach Sorrent mit Ausflügen zum Preis von € 300,- HP und € 305,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück mit Zwischenübernachtung, 7 Tage HP oder VP, Ausflüge nach Pompeji, Vesuv, Amalfiküste, Neapel/Capri.

9/11 Tage Griechenland mit HP zum Preis von € 312,-.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, Fähre Ancona – Patras, Halbpenskon und Ausflüge.

7/11 Tage London mit Ausflügen € 333,- HP und € 281,- mit UF.

6 Tage Paris mit HP und Ausflügen € 291,-.

6 Tage Prag mit HP und Ausflügen € 220,-.

10 Tage Busfahrt nach Spanien mit Ausflügen € 290,- HP.

8 Tage Busfahrt nach Spanien mit Ausflügen € 234,- VP.

INDIVIDUELL FÜR LEHRER UND BEGLEITER: Silvester nach Cesenatico € 276,- VP; Silvester nach Prag € 375,- HP; Ostern nach Sorrent € 290,- HP; Ostern nach Cesenatico € 276,- VP; Ostern Griechenland € 340,- HP; Ostern Toskana € 306,- HP.

Siehe fragen Sie nach unserem Katalog 2003.

Weitere Informationen auch bei A. Straubach, Meyersogasse 10, 87561 Oberstdorf, Telefon 0 83 22/9 53 00, Telefax 0 83 22/9 53 03.

WWW.REITERHOF-GROSS-BRIESEN.DE

☎ 03 38 46 - 41 6 73

Jugendgästehaus Osterode am Harz (Nds.)

direkt am Wald gelegen, 5 Min. zur Altstadt, 125 Plätze, Lehrerfreiplätze, div. Pauschalangebote ab 51 € für 4 Nächte incl. Programm und HP.

Tel.: 0 55 22/55 95, Fax 68 69,
jgh.oha@t-online.de

Info: www.Osterode.de

BOECKS SCHEUNE

Selbstversorgerhaus für junge Gäste aller Art 29 Betten, idyllische Lage a. Dorfrand nahe Kulmbach/Oberfr., umgeb. von Wald, Wiesen, Feldern – Spielw., Grillpl., Lagerf., TT...

Info: Uwe Boeck, Lehenthal 54,
95326 Kulmbach

Tel: 09221/81431, Fax: 09221/924839
www.boecks-scheune.de

Klassenfahrten

bis zur 7. Klasse

Kindererholung

bis 12 Jahre

KITA-Reisen

hauseigenes großes Hallenwellenbad, 15 ha großes Gelände, Grillen am Lagerfeuer, Angeln, Tischtennis, Kutschfahrten, Ponyreiten, Fußballplatz, Volleyball, Spielwiese, Reithalle



Internet: www.kinderferiendorf-forellenhof.de

Kinderferiendorf Familie Udtke
Mitglied im Schullandheimverband
FORELLENHOF
25785 Nordhastedt

SCHWUBS
SW- und Gewässerwissen für Familien

Tel. 0 50 41/98 90 60 • Fax 98 90 61
www.schwubs.com

Ihre Anzeige

in der blz

Tel: 030-21 99 93 46

Fax: 030-21 99 93 49

BUSART-TOURS
DAS BESTGELAUNTE BUS- UND REISETEAM
Stephanstraße 1 • 10559 Berlin • Montag - Freitag 10-18 Uhr
Fax: 395 43 60 • www.busart-tours.de • e-mail: info@busart-tours.de
☎ 030 - 395 90 91

KLASSENREISEN

BUSART-TOURS GMBH & WOLFGANG GÖDEL

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 215,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-
Oder Österreich ... Holland	

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London

KLASSENREISEN c/o W. Gödel
Westendallee 96 b 14052 Berlin
Tel. (030) 861 95 57 Fax (030) 861 17 79

Katalog 2003!
mit vielen neuen Zielen
030-8619557

www.Bustaxi.de
Tel. 030 48524-00 Fax -09



FERN · TRANSFER · TAGES- u. STADTFAHRTEN mit REISEBUSEN
BUSTAXI Berlin · Fahrschule Eick-Göthel 13187 Berlin Wollankstr. 20

info@agaria.de
www.agaria.de

Praga

Ab 49,99 €
4 Ü/F

Kostenlos: Ihr 20seitiger Reiseplaner Prag!
DAS TSCHJECHISCHE TEAM
FACHVERANSTALTER FÜR STUDIENREISEN
IN DIE TSCHJECHISCHE REPUBLIK & SLOWAKEI
Radek Byšek · Steintorweg 9 · 20099 Hamburg
Telefon 040/ 280 95 90 · Telefax 040/ 280 95 9-13

Sterntaler Reisen

Omnibusvermietung
Bus bis 49 Personen
Stadt- und Fernfahrten
Exkursionen
Fahrräder- und Skitransporte

Arno Filter
Walldürner Weg 9c
13587 Berlin
Tel. 3 36 49 64
Fax 3 35 51 87

Cultura
De Italia specialis
www.cultura.de

Eastline
PRAG
Jüdischer Tag, Theresienstadt
u. Lidice, 1 historische Führung,
Schulbesuch, Skodawerk
4 ÜF p. P. ab 88,- €

KRAKAU
Auschwitz Birkenau, Podgorze,
Pleszow, Salzbergwerk-Wieliczka,
das jüdische Viertel Kazimierz
4 ÜF p. P. ab 11,- €

BUDAPEST
Jugendstiftung - Szentendre
4 ÜF p. P. ab 86,- €

KARLSBAD
Goetheprogramm
4 ÜF p. P. ab 66,- €

PETERSBURG
Newskij - Prospekt, Cremitage,
Pawlowskij, Zwettzkyj Sankt,
Pawlowsk und Nowgorod
4 ÜF p. P. ab 82,- €

Alle Preisangaben inklusive
Programm und Anreise
Helmstr. 8 10827 Berlin
Tel. (030) 787 797 0
Fax (030) 787 797 11
www.Eastline.com

Unvergessliche Klassenreise auf Reiterhof i. d. Lüneburger Heide, auch andere Tiere vorhanden. Fußball-Volleyballplatz, Tischtennis, Billard, Lagerfeuer, Nachtwanderung, Reithalle, Ausritte, Sauna, Platz für 34 Schüler/innen 2.-10. Klasse. Individuelle Betreuung. Video anfordern. VP incl. 5 Reitst. Mo.-Fr. 135,- Euro.

Bienenbüttel
Tel. 0 58 23/73 67
www.hoflust.de

**Geburtstage, Kollegiumsfeiern,
private und dienstliche Feste**
Hochwertiges Catering, Richtung:
mediterran, ab 20 Pers.
Fergus MacDevitt
Fon/Fax 4 35 19 87

Darlehen supergünstig Festzins ab **4,7%** effektiver Jahreszins
Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter

AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Blsmarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen,
Faxabruf: (06 21) 82 88 08, Telefon: (06 21) 51 10 31, Telefax: (06 21) 51 94 88,
Bundesweiter unverbindlicher Beratungsservice z. Nulltarif. Info per Post/Tel.

Weihnachten · Winter · Ostern

REISEN in netter Gesellschaft:
Z.B. Ägypten · Burma · China/Yangtse-Kreuzi. · Ecuador/Galapagos · Emirate · Griechenland · Indien · Iran · Italien · Korea · Kuba · Malta · Namibia · Peru · Portugal · Spanien · Südafrika · Thailand · Tunesien · Vietnam/Kambodscha · Zypern · u.ä.

Lothar Kögel 12207 Berlin Tel. 771 30 10
Studienreisen Hartmannstraße 30 Fax 771 30 133

**Reisen in den
Schulferien
2002/2003**

Studienreisen / Klassenfahrten

8-Tage-Busreise z.B. nach	10-Tage-Busreise z.B. nach
Wien ÜF 192,- Euro	Südengland Ü 213,- Euro
Budapest ÜF 192,- Euro	Toscana Ü 202,- Euro
London ÜF 254,- Euro	Südfrankreich Ü 230,- Euro
Prag ÜF 199,- Euro	(Unterbringung in Selbstversorger- unterkünften)
Paris ÜF 224,- Euro	
Rom ÜF 238,- Euro	

Alle Ausflugsfahrten inklusive!
Flug- und Bahnreise sowie andere Ziele (z.B. Ferienparks in den Niederlanden oder Belgien) auf Anfrage möglich!

REISEBÜRO KRAUSE GMBH · MÜNSTERSTR. 55 a · 44534 LÜNEN
TELEFON (023 06) 7 57 55-0 · FAX (023 06) 7 57 55-49 · E-Mail: info@rsb-krause.de

Klassenfahrten? ruf einfach den d&aa an!

PRAG 4 ÜF (ohne Fahrtkosten inkl. Stadtlührung ab) EUR 56,-
LONDON 4 ÜF Seereise ab Capthor (einst. 10 Pers. inkl. d.) EUR 188,-

Holstenische Str. 14 **vm reisen** Tel. 030 - 79 70 19 40
12163 Berlin (Steglitz) www.vm.reisen.de Fax 030 - 79 70 19 45

ORANIENSTR. 18A

**Busse für jede
Gelegenheit**

Stadttrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers

Grenzenlos Reisen
Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

Verlockende Reisen

Korsika und Pyrenäen Wandertouren
Polen, Rad, Reiten, Kanu - Stille
Marokko Wanderkarawane ab 1540 €
Gomera Wandern & Relaxen ab 1165 €
Flüge und Fahren – weltweit und preiswert

LockeToursBerlin

Bundesallee 115 12161 Berlin
Tel. (0 30) 8 52 30 30 Fax 8 52 40 71

Tagungshaus in Wendland

Mit kleiner Tierhaltung, beliebt bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, weil unkompliziert im Umgang, unbeliebt als Widerstandstreff gg. Atomanlagen, max. 44 Betten, 9 €/Nacht, Selbst-, Teil-, Vollverpflegung, Exkursionen z.B. in Ebblauaue vermittelbar.
Meuchefitzer Gasthof, 29482 Meuchefitz 19
Tel. 0 58 41/ 59 77, Fax 0 58 41/ 69 76
E-Mail: gasthof@meuchefitz.de

propolis BAUGESELLSCHAFT MBH

ZIMMEREI
Holzbau · Kleingeriege
Holzwerkstätten-Service

MAUREREI
Neubau · Umbau · Sanierung
Reparaturen · Kleinarbeit

INNENAUSBAU
Trockenbau · Einrichtungen
Bauleitung · Holzbau-Arbeiten

PLANUNGSBÜRO
Planung · Modell · Umkleisatz
Bauplan · Baubiologie

Oranienstr. 18a · 10899 Berlin
Tel. 614 10 50 · Fax 61 60 93 75



Crash-Kurse Schulrecht

Die GEW BERLIN bietet Anfang 2003 wieder Crash-Kurse zur Prüfungsvorbereitung (2. Staatsexamen) an:

- **Donnerstag, 9. Januar** Nur für Frauen!
- **Freitag, 10. Januar**
- **Donnerstag, 16. Januar**
- **Freitag, 17. Januar**
- **Donnerstag, 23. Januar** speziell für Sonderschule
- **Freitag, 24. Januar**
- **Donnerstag, 30. Januar** speziell für berufsbildende Schulen
- **Donnerstag, 13. Februar** speziell für Grundschule
- **Freitag, 14. Februar**
- **Donnerstag, 27. Februar**
- **Freitag, 28. Februar**

Immer von 15.30 Uhr bis 19.00 Uhr

im GEW-Haus, Ahornstr. 5, 10787 Berlin (Nähe U-Bahnhof Nollendorfplatz).
Kosten: für GEW-Mitglieder keine. Wer (noch) nicht GEW-Mitglied ist, zahlt zu Beginn des Kurses einen Teilnahmebeitrag von 10 Euro. Wir bitten um Anmeldung bis 13. Dezember 2002 an GEW BERLIN, Ahornstr. 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-0, Fax 21 99 93-50, mail: wissenschaft@gew-berlin.de
Alle Infos im Internet unter www.gew-berlin.de/referendariat

Mittelbau international: Austausch: Bedingungen & Förderung

Veranstaltungsreihe Mittelbau aktuell: Mit Dr. Anette Schade (FU Berlin, EU-Forschungsförderung), David Bowskill (Lektor, HU Berlin)

Freitag, 10. Januar um 15 Uhr im GEW-Haus

Schule, Jugendarbeit und Soziokultur – umgeben von einer national befreiten Zone?

Dienstag, 10. Dezember um 19 Uhr im GEW-Haus

Haben Neonazis in den neuen Bundesländern ihr politisch-strategisches Konzept der „national befreiten Zonen“ bereits umgesetzt? Der Vortrag von David Begrich stellt ausgehend von einer exemplarischen Analyse Erscheinungsformen rechts-extremer Sozialraumstrategien in den neuen Ländern dar.
David Begrich ist Bildungsreferent bei Miteinander e.V. (Magdeburg) mit dem Arbeitsschwerpunkt Jugendkulturen und Rechtsextremismus in Ostdeutschland
Veranstalter: Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage

GEW-Haus, Ahornstraße 5 (U-Bhf Nollendorfplatz)

Mo bis Fr 9-12 und 12.30 bis 16 Uhr;

Mi bis 17 Uhr/ Fr bis 15 Uhr

Tel. 21 99 93-0

Fax. 21 99 93-50

Persönliche Beratung in der Rechtsschutzstelle nur nach Vereinbarung: Tel. 21 99 93 45.

info@gew-berlin.de

www.gew-berlin.de

GEW im Dezember 02/Januar 03

9.12.	18.00 Uhr	Fachgruppe Sonderpädagogik: Dehnklasse-Förderklasse-Kleinklasse, Raum 31
10.12.	17.00 Uhr	AG Arbeits- und Gesundheitsschutz, Raum 33
	19.00 Uhr	Abteilung Berufliche Schulen, Raum 33
11.12.	10.00 Uhr	SeniorInnen in der GEW, Raum 31
	17.00 Uhr	AG LehrerInnenbildung, Raum 32
	19.00 Uhr	Attac, Raum 33
12.12.	14.00 Uhr	AG Renten, Raum 34
	19.00 Uhr	Abteilung Berufliche Schulen: Gymnasiale Oberstufe an berufsbildenden Schulen, Raum 31-32
18.12.	16.00 Uhr	Info-Veranstaltung: Einstellungssituation Schuldienst, Raum 31-32
	18.00 Uhr	Fachgruppe sozialpäd. Aus-, Fort- und Weiterbildung, Raum 34
19.12.	16.00 Uhr	AG Gender Mainstreaming, Raum 34
	16.00 Uhr	WIP-Rat, Raum 47
	18.00 Uhr	Junge GEW, Raum 34
24.12.	18.00 Uhr	Schöne Bescherung!
9.01.	16.30 Uhr	AG Sekundarstufe I, Raum 47
13.01.	18.00 Uhr	Fachgruppe Sonderpädagogik: Sonderpädagogisches Gutachten, Raum 13
14.01.	18.00 Uhr	Fachgruppe sozialpäd. Aus-, Fort- und Weiterbildung
	19.00 Uhr	AG Schwule Lehrer, Raum 47
15.01.	18.00 Uhr	AG Schwerbehinderte, Raum 34

Bild des Monats



Die biz wünscht allen schöne Weihnachten und ein gutes neues Jahr!